

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (gültig für festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen nach erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Der Kampf um das Erbe der Türkei!

Hände weg!

Die bulgarischen und serbischen Kanonen verrichten ihr Werk. Blutströme fließen und fließen. Zerstückelte Menschenleiber, zerfetzte Hände und Beine und Köpfe bedecken die weiten Schlachtfelder. Der Massenmord raft und so entsetzlich sind die Opfer, daß weder Sieger noch Besiegte die furchtbare Zahl zu nennen wagen.

Brauchen wir noch zu sagen, daß, wenn ein Mittel in unserer Verfügung stünde, diesen entsetzlichen Greueln Einhalt zu tun, wir alles täten, um es anzuwenden? Aber noch hat das Proletariat, das den Krieg haßt und den Frieden will, ihn überall und unter allen Umständen will, nicht die Macht. Die herrschenden Klassen Europas aber haben diesen Krieg nicht zu verhindern vermocht, und wenn ihre Diplomatie jetzt wieder geschäftig am Werk ist, wir bringen den Geschäftsführern der kapitalistischen Interessen, die sich wie die Raubtiere gegenseitig belauern, kein Vertrauen und keine Hoffnung entgegen.

Die Kanonen haben nicht nur Festungsmauern niedergelegt und blühende Menschenleiber in unkenntliche Fleischklumpen verwandelt, sie haben auch die berühmte Formel für die „Einigkeit Europas“ vernichtet. Der Status quo existiert nicht mehr, und die Wiederherstellung des früheren Zustandes, den die Diplomaten zwar nicht wollten, aber zu wollen vorgaben, ist zur völligen Unmöglichkeit geworden. Die Balkanstaaten haben große Teile türkischen Gebietes bereits im Besitz, und sie beginnen damit, es unter ihre eigene Verwaltung zu stellen und dort ihre staatliche Macht auszuüben. Von allen Seiten sind sie im unaufhaltsamen Vordringen begriffen, und die Widerstandskraft der Türkei ist vernichtet. Das türkische Heer scheint demoralisiert, die Truppen schwächert und zum Teil unzuverlässig. Das Heer war die einzige Stütze des innerlich längst morschen Reiches und die Gewalt das einzige Mittel, eine innerlich längst zermürbte Fremdenherrschaft aufrechtzuerhalten. Jetzt ist diese Gewalt zerstückt und der Verfall der Türkei erscheint nicht mehr aufzuhalten. Weiß man doch nicht einmal, ob nicht schon der nächste Tag zu neuen Niederlagen nicht auch innere Empörungen und Revolutionen führen wird.

Und da kommen nun die Diplomaten und wollen intervenieren! Diese Intervention bedeutet aber in Wirklichkeit die Herausbeschwörung der ernstesten Gefahren. Es ist eine Lüge, wenn die europäischen Staatsmänner immer wieder versichern, daß sie nur den Frieden wollen und darin einig sind. In Wirklichkeit entfesselt der Zusammenbruch der Türkei alle imperialistischen Raubinstinkte. Stücke von der Türkei möchten die Großmächte alle haben. Die diplomatischen Verhandlungen sind nichts anderes als Verhandlungen über den Verteilungsanteil, und darin besteht die Gefahr, daß diese Verhandlungen scheitern können und daß dann die Fortsetzung der Diplomatie die Generale übernehmen. Insbesondere ist es der Gegensatz, in den Österreich zu den siegreichen Balkanstaaten und damit zu Rußland geraten ist, der jeden Augenblick zu den ernstesten Komplikationen führen kann. Denn ein aktives Vorgehen Österreichs würde auch Rußland auf den Plan rufen.

Deshalb kann man den europäischen Diplomaten nur zurufen: Hände weg! Der Balkan ist kein Objekt für eure Raubzüge und die internationale Sozialdemokratie, die in den westeuropäischen Staaten die Vorkämpferin der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ist, verwirft mit Abscheu jeden Gedanken einer kriegerischen Beteiligung an der Lösung des Balkanproblems. Die Arbeiter haben keine Lust, sich um kapitalistische Interessen willen, um das Ausbeutungsfeld des Großkapitals zu erweitern und seine Macht zu stärken, auf den Schlachtfeldern hinmeheln zu lassen. Der Balkan gehört den Balkanvölkern und so sehr wir die kriegerische Lösung verabscheuen, in die die Dynastien diese Völker getrieben haben, so wenig sind wir gewillt, für die Korrekturen, die die Großmächte vornehmen wollen, gar unser eigenes Blut zu vergießen.

Die Balkanstaaten scheinen entschlossen zu sein, im Fall ihres Sieges ihren Bund aufrechtzuerhalten und durch ein gemeinsames Zollgebiet aus dem Balkan ein lebensfähiges Wirtschaftsgebilde zu schaffen. Das europäische Proletariat hat nicht die geringste Ursache, diese Entwicklung fördern zu lassen, um die Großmachtgelüste Österreichs oder Expansionsbestrebungen des Zarismus oder die Erringung neuer Stützpunkte für die englische Welt Herrschaft zu fördern. Insbesondere das deutsche Proletariat muß von seiner

Regierung die Bewahrung striktester Neutralität und absoluter Nichteinmischung verlangen. Die Abenteuerlust der österreichischen Regierung muß durch die bestimmte Erklärung gedämpft werden, daß Deutschland nicht daran denkt, auch nur die Knochen eines einzigen Arbeiters zu opfern, um den österreichischen Balkanplänen Hilfe zu leisten. Das deutsche Volk geht der Balkan nichts an und es würde es als unerträgliches Verbrechen empfinden, wenn sein Gut und sein Blut für fremde Zwecke eingesetzt würde.

Der französische Ministerpräsident hat Sonntag in Nantes eine Rede gehalten, aus der trotz aller Verkaufserklärungen der große Ernst der Situation hervorgeht. Herr Poincaré hat von einem fortgesetzten Meinungsaustausch der Mächte gesprochen und von der Möglichkeit, daß eine Vermittelung bald erfolgen könne. Aber selbst dieser Minister, dessen Kundgebungen von einem durch die Tatsachen immer wieder widerlegten Optimismus zeugnis ablegten, hat diesmal darauf verzichtet, von der Einigkeit Europas zu sprechen und zu sagen unterlassen, daß der Meinungsaustausch zu irgend einem günstigen Resultat geführt hat. Dagegen hat er mit großem Nachdruck die französische Bündnistreue Rußland und England gegenüber betont. Weder Rußland noch England sind aber dem Balkan gegenüber uninteressiert und die Betonung der Bündnistreue in einem solchen Momente kann nur bedeuten, daß der alte Gegensatz zwischen Dreibund und Tripelentente auch in der Orientfrage der Herrschende geblieben ist. So tut sich schon am Beginn der erneuten Interventionsversuche der alte Abgrund von neuem auf, der zwischen den kapitalistischen Mächten klafft.

Deswegen hat das europäische Proletariat mit den Interventionsversuchen der Diplomatie, die imperialistischen Motiven entspringen und imperialistischen Zwecken dienen, nichts zu tun. Wir wollen keine Intervention und die Großmächte haben nicht den geringsten Anspruch auf Kompensationen. Und wenn Herr Wassermann die alberne und unter den jetzigen Umständen gewissenlose Phrase wagt, daß Deutschland hinter dem besfreundeten Österreich stehen müsse, so erklären wir mit allem Nachdruck: Das deutsche Volk will von österreichischen Räuberzügen auf dem Balkan ebensovienig etwas wissen, wie von irgendwelchen anderen. Der Balkan gehört den Balkanvölkern!

Und das internationale Proletariat wird all seine Macht aufbieten, um seinen Friedenswillen zur Geltung zu bringen. Das beweist uns der Beschluß des Internationalen Sozialistischen Bureau. Was seine Vorkämpfer in Brüssel beschlossen, den Kampf gegen die Kriegsgefahr mit aller Energie, aller Unermüdlichkeit und allem Nachdruck zu führen, diesen Beschluß werden die Arbeiter aller Länder auszuführen wissen. Und diese proletarische Intervention ist die für die Erhaltung des Friedens allein wirksame und bedeutsame.

Eine Kundgebung der Internationale.

Brüssel, 28. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Internationale Sozialistische Bureau trat am Montag zu einer Tagung zusammen, an der alle Mitglieder außer Bebel, Guesde und den Delegierten der Balkanstaaten teilnahmen.

Die Diskussion über die internationale Lage ergab eine völlige Uebereinstimmung namentlich darüber, daß eine internationale Aktion gegen die Ausdehnung des Krieges dringend nötig ist. Zu diesem Zwecke wird ein Manifest erlassen, das eine aus Kautsky, Jaurès, Vaillant, Gauche, Rosa Luxemburg und Viktor Adler bestehende Kommission redigieren wird. Einstimmig beschloß das Internationale Bureau, möglichst bald und spätestens bis 1. Januar 1913 einen außerordentlichen Internationalen Kongreß einzuberufen, mit dem einzigen Punkt als Tagesordnung: Die internationale Lage. Der Kongreß wird voraussichtlich um Weihnachten in der Schweiz stattfinden; seine Arbeiten und die Resolutionen dazu werden von einer Kommission vorbereitet, in der Deutschland, England, Rußland und Frankreich durch je einen Delegierten vertreten sind. Mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Engländer wurde beschlossen, den ordentlichen Internationalen Kongreß bis 1914 zu verschieben.

Neuen Entscheidungen entgegen.

Es ist ein statisches Gebiet, das die Türken den Heeren der Balkanstaaten überlassen haben. Vom Sandtschal, in dem Serben und Montenegriner sich vereinigt haben, an den Grenzen Serbiens und Bulgariens entlang bis zur Küste des Schwarzen Meeres, auf einem Landstreifen von 40 bis 50 Kilometer Breite haben Serben und Bulgaren nach zweiwöchentlichem Vormarsch festen Fuß gefaßt. So wenig an sich gegen das Prinzip der Defensiv einzuwenden wäre — am wenigsten von uns, deren Rüstfordern auf diesem Prinzip zum Teil mit beruht — so sehr zeigt sich, daß die türkische Heeresleitung außerstande war, dieses Prinzip energisch durchzuführen. Ließ man den Feind schon über die Grenze kommen, so hätte die serbische Offensive doch in Höhe von Pristina zum Stehen gebracht werden, die bulgarische aber auf der Linie Adrianopel—Kirklisse abgeschlagen werden müssen. Das wäre nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Gründen unbedingt notwendig gewesen. Was die türkische Armee jetzt tut, ist nicht das Resultat einer überlegenen Kunststrategie, sondern ein durch den Druck der Ereignisse ausgezwungener Rückzug auf allen Linien. Dieser Rückzug mag an verschiedenen Punkten wieder zum Stehen kommen, es mag noch verzweifelte Kämpfe geben, aber auf türkischer Seite mühten Wunder der Tapferkeit und der Feldherrnkunst geschehen, wenn das in der ersten Kriegsepoche infolge Richtungslosigkeit und Desorganisation Versäumdte wieder gut gemacht werden sollte.

Große Kämpfe werden heute nicht gemeldet. Das ist erklärlich. Ein Teil der bulgarischen Armee ist jetzt mit der Einschließung und Beschießung Adrianopels beschäftigt. Die Hauptmacht aber wird jetzt in Gewaltmärschen in Front und Flanke der zurückgehenden Türken vorgehen und sie zu einer Entscheidung zwingen. Der bulgarische Vormarsch wird durch die vom Herbstregen grundlos gewordenen Wege erschwert; den bulgarischen Bataillonen werden ungeheure Marschleistungen zugemutet, vor allen denen die die türkischen Flügel bei Lule-Bourgas und Dimotiza umzingeln sollen.

Die Serben, die durch die Besetzung von Uesküb einen wichtigen strategischen Punkt beherrschen, werden ebenfalls einige Tage brauchen, um ihre aneinander gegengenen Heeresteile zu einem weiteren Vorstoß im Vardarale in Richtung auf Saloniki zu konzentrieren. Auf diesem Kriegsschauplatz ist über Stellung und Absicht der türkischen Truppen so gut wie gar nichts bekannt. Ausschlaggebend wird hier auch das Verhalten der Albanesen sein, auf die die Türken jetzt kaum noch sicher rechnen können.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Operationen der bulgarischen Armee.

Wien, 27. Oktober. Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet aus dem Hauptquartier der bulgarischen Ostarmee: Die im Zuge befindlichen Operationen der bulgarischen Ostarmee zielen auf Einschließung der an der Maritza und auf dem Rückzug über den Ergeneßfluß befindlichen türkischen Streitkräfte hin. Der Vormarsch der Armee des Generals Dimitriew gegen den Ergeneßfluß erfolgt in sehr breiter Form. Der rechte Flügel geht beiderseits der Linie Zenidze—Baba-Eski, eine westliche Kolonne auf Havsja vor. Das Gros hat hier bereits die Linie Zeniköj—Havsja erreicht. Die mittlere Kolonne, die im Anmarsch gegen die Linie Baba-Eski—Lüleh-Burgas begriffen ist, war durch den Widerstand von Kirklisse aufgehalten, hat aber nunmehr die Gegend von Kavakli und die Waldzone südlich von Kirklisse erreicht. Die Kolonnen des linken Flügels führen nach vollständiger Zerspaltung der von Kirklisse zurückflutenden türkischen Besatzungstruppen in Gewaltmärschen eine große Schwemfung über Bunar Hisar, Bija und Marasch gegen die Linie Lüleh Burgas—Corlu durch und sollen morgen schon in der Flanke der türkischen Hauptkraft stehen. Von dem Gros der türkischen Armee, das nach der Schlacht von Kirklisse den Rückzug in südlicher Richtung auf Baba-Eski und Lüleh Burgas antrat, befinden sich noch bedeutende Streitkräfte nördlich der Bahnlinie. Bei Corlu—Kartiköj und Jstrandza sollen stärkere türkische Besatzungen stehen. Dort hin und nach Midia wurden bulgarische Kolonnen entsendet.

Ueber die Lage vor Adrianopel heißt es, am erfolgreichsten seien die Bulgaren auf der Südwest- und Nordostfront. Im Nordosten ist der Fall der Gruppe Arnautköj unmittelbar bevorstehend, womit die Nordfront durchbrochen und die ganze Linie aufgerollt ist, so daß die starke Catalzavosition im Rücken genommen werden kann. Zur Dedung des Angriffs auf Adrianopel gegen Südwest ist eine starke Kolonne aus dem Ardatale gegen die Bahnlinie vorgegangen und hat Salpistatar und Emirlar besetzt.

Die Bulgaren gewinnen im Süden von Kirkilisse Terrain.

Sofia, 28. Oktober. Bunarhissar, wohin sich die Garnison von Kirkilisse zurückgezogen hatte, ist von bulgarischen Truppen genommen worden. Der aus zehn Wagen bestehende Zug, der von den Bulgaren im Bahnhof von Baba Eski erbeutet wurde, wird nach Kirkilisse gebracht werden.

Der türkische Kreuzer „Barbaros Pairedin“ ist gestern wieder vor Warna erschienen, ohne jedoch einen Angriff zu unternehmen. Vor Burgas liegt ein Kriegsschiff.

Die Kriegskorrespondenten sind nach Mustafa-Pascha abgereist.

Der türkische Rückzug abgebrochen?

Wien, 28. Oktober. Der Kriegsberichterstatter der Reichspost meldet unter dem heutigen Datum: Das konzentrische Vorgehen der Bulgaren gegen die türkische Ostarmee ist trotz des ungünstigen Wetters im händigen Vorwärtsschritt. Der Rückzug der Türken nach Konstantinopel ist bereits abgebrochen. Die Bahnlinie Konstantinopel-Burgas ist bei Tschertesköj unterbrochen und die dortige Eisenbahnbrücke über den Tscharlouk in die Luft gesprengt worden. Die türkische Armee ist jetzt gezwungen, die Schlacht am Ergeneß anzunehmen. Die Stärke der im Gebiete von Gökibaba-Burgas befindlichen türkischen Streitkräfte wird auf vier Armeekorps geschätzt. Ein Teil der türkischen Truppen von Adrianopel hat nach dem Rückzug längs der Mariza nach Dimlitia antreten können. Der Rest der Besatzung ist bereits eingeschlossen.

Unter der Beute, die bei Kirkilisse gemacht wurde, befindet sich auch die ganze Bagage des Generals Mahmud Mukhtar Pascha, des Sohnes des Großwesirs, insbesondere auch der mit Brillanten besetzte Ehrenfächer, den Mukhtar Pascha vom Sultan erhalten hat.

Der Kampf bei Kirkilisse in türkischer Darstellung.

Konstantinopel, 28. Oktober. Ueber die Niederlage der Türken bei Kirkilisse verlautet aus sicherer Quelle: Die aus dem 3., 16. sowie einem unabhängigen Korps, im ganzen aus acht Divisionen bestehenden türkischen Truppen waren nördlich und nordöstlich von Kirkilisse bei Petra aufgestellt. Der Angriff der Bulgaren begann am 22. und dauerte unter heftigem Artilleriefeuer bis zum 23. fort. Gegen 4 Uhr begann der fluchtartige Rückzug der ganzen türkischen Armee, welche nach der früheren Eisenbahnstation Napli flüchtete; nur eine Division unter Oberst Hilmi bewies eine heldenmütige Haltung, indem sie den Rückzug deckte. Ein Teil der Armee soll sich nach Bunar Hissar zurückgezogen haben. Später trafen die an der Spitze des Schwarzen Meeres bei Zniada unter General Torqut Scheffet gelandeten türkischen Truppen ein, welche die Armee bedeutend verstärkten.

Die Zustände im türkischen Heere.

Konstantinopel, 27. Oktober. Da mehrere Offiziere äußern, sich auf die ihnen zugewiesenen Posten zu begeben, hat das Kriegsministerium einen Zirkularbefehl erlassen, worin diejenigen, die ohne stichhaltige Gründe verläufen, den an sie ergangenen Befehlen nachzukommen, mit Strafe bedroht werden. — Jdam verlangt, daß sich der Sultan auf den Kriegsschauplatz begeben.

Der ägyptische Prinz General Aziz Pascha, der bei dem Rückzug vor Kirkilisse die Kavallerie kommandierte, sowie der Gouverneur von Kirkilisse und einige Offiziere sind hierhergebracht worden und unter Anklage gestellt, die Flucht der Armee verschuldet zu haben.

Auf Anordnung des Kriegsministers sind heute 200 Soldaten aus demselben Grunde erschossen worden.

Türkische Grausamkeiten.

Sofia, 27. Oktober. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Türken ließen sich zu großen Ausschreitungen gegen diejenigen bulgarischen Soldaten hinreichend, deren sie sich bemächtigen konnten. Man fand verstreut in alle Leichen bulgarischer Soldaten, ohne Waffen und Ohren und von Messerschneiden durchbohrt. Die Türken lassen ihre Toten und Verwundeten auf dem Gelände liegen. — Die bulgarischen Hospitäler sind mit verwundeten türkischen Offizieren und Soldaten überfüllt, die eine sorgfältige Pflege erfahren.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Serben und Montenegriner im Sandtschale.

Rjeva, 26. Oktober. Die montenegrinischen und serbischen Truppen haben sich gestern in Siencha vereinigt, wo eine freudige Begrüßung erfolgte. In Cetinje und Rjeva erweckte die Meldung große Begeisterung.

Die Serben in Neoküb.

Belgrad, 28. Oktober. Laut amtlichen Nachrichten aus Branja erfolgte der Einzug der serbischen Truppen in Neoküb Sonnabendabend 6 Uhr. Die türkischen Truppen zogen sich in großer Unordnung nach Köprülü und Kalkanbelen zurück und ließen Waffen, Munition und Train im Stich. Die serbischen Truppen fanden in Neoküb achtzehn Mörser und zwei Feldgeschütze. Im ganzen sind von den serbischen Truppen bisher 98 Kanonen weggenommen worden. Die Serben haben bei der Verfolgung der Türken bereits das Obische Polje erreicht, wo ein kurzer Kampf stattfand, nach dem die Türken ihre Flucht fortsetzten. Die Serben besetzten darauf Nikschin an der Südseite des Obische Polje. Eine serbische Offizierspatrouille, die nach Kalkanbelen vorgeschickt war, meldete, daß die Türken ihre Flucht nach Monastir fortsetzen. Zahlreiche türkische Soldaten ergeben sich in den Albanensdorfern.

Nach amtlichen Nachrichten aus Ohlan haben die serbischen Truppen Nitrowiza eingenommen und marschieren durch das Defilee von Ratshank nach Verisovitsch. Hier sind 15 türkische Kanonen genommen worden.

Die Serben in Nischip.

Belgrad, 28. Oktober. Die Türken ziehen sich von Nischip gegen Belesch (Köprülü) zurück. Die Bevölkerung von Nischip befindet sich im Aufstande gegen die Türken und bemächtigte sich der Waffen aus türkischen Magazinen. Die serbischen Vortruppen trafen abends in Nischip ein.

Türkische Waffenrechnung.

Belgrad, 28. Oktober. Einem amtlichen Bericht zufolge hat sich eine nach Tetovo (Kalkanbelen) geflohene türkische Kolonne der sich verfolgenden serbischen Kavallerie ergeben und die Waffen niedergelegt. Auf der Strecke Neoküb-Tetovo wurden weitere 125 türkische Geschütze erbeutet.

Operationen der bulgarischen Westarmee.

Sofia, 27. Oktober. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Die Operationen in dem Tal der Vregalniza

werden fortgesetzt. Die Straße zwischen Kotschana und Jstip ist besetzt mit Ausrüstungs- und Bekleidungsstücken, welche der Feind zurückgelassen hat. — Infolge der wolkigen und regenreichen Regengüsse der letzten Tage sind die Straßen aufgeweicht, der Verkehr geht mit Schwierigkeiten vor sich, an einigen Stellen hat sich der Marsch nach vorwärts verlangsamt.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Der Kampf um Skutari.

Rjeva, 27. Oktober. Kronprinz Danilo dirigierte heute elf Bataillone und mehrere Gebirgsbatterien von Golemi über den Drinisch zur Umgehung der Höhen zwischen Vardanjolt und der Stadt Skutari. Gleichzeitig überschritt die rechte Kolonne unter General Martinowitsch bei Samric den Bojanafuß, um Skutari von der Südseite her anzugreifen. Ein mächtiges Artilleriefeuer unterstützte die Infanterie. Der Kampf dauerte um 3 Uhr nachmittags noch an.

Erfolge der montenegrinischen Nordarmee.

Rjeva, 28. Oktober. Die Brigade Dukotitsch ist bis zur Höhe von Rodschai vorgezogen und hat damit eine wichtige Stellung vor Jpet bezogen.

Vom südlichen Kriegsschauplatz.

Griechische Erfolge im südlichen Epirus.

Athen, 27. Oktober. Hier ist folgendes Telegramm des Generals Sapundjakis aus Arta eingetroffen: Unsere Armee hat gestern abend Philippiadha, Luros, Leotherochori, die Brücke über den Pantanassa und darauf Strivina eingenommen. Die türkischen Truppen befinden sich auf der Flucht und haben große Mengen von Munition, Lebensmitteln und Kriegsmaterial zurückgelassen. Ein türkischer Offizier und zwölf türkische Soldaten wurden gefangen genommen. Ich habe die nötigen Befehle gegeben, um die Sicherheit der Bewohner des eroberten Landes ohne Unterschied der Religion zu gewährleisten.

Eine türkische Siegesmeldung.

Konstantinopel, 27. Oktober. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende amtliche Meldung aus Janina: Um den Feind in das Innere zu locken und ihn dann zu vernichten, hat die Militärverwaltung die Raza Luros absichtlich ohne Truppen gelassen. Die Türken unternahmen am 23. d. M. einen Angriff auf Kumuza und die Höhen von Gribowo. Die Höhen wurden sämtlich wieder genommen. Der Feind, der bedeutende Verluste erlitten hat, wird eifrig verfolgt.

Die diplomatischen Verhandlungen.

Rantes, 27. Oktober. Ministerpräsident Poincaré hielt eine Rede, in der er versicherte, die Regierung brauche das Vertrauen aller Franzosen, um sich der schwierigen Aufgabe gewachsen zu fühlen. Poincaré sprach von dem Sturm, der soeben auf dem Balkan losgebrochen sei und erinnerte daran, daß die Regierung, getreu ihren vor den Kammern übernommenen Verpflichtungen, die französischen finanziellen Unternehmungen vorzubehalten, welche der französischen Politik dienen, in keiner Weise, trotz der friedlichen Versicherungen Bulgariens, die Offenbarung des französischen Marktes für eine bulgarische Anleihe verhindern habe. Frankreich habe sich dann bemüht, den drohenden Krieg zu verhindern und für den allzu wahrscheinlichen Fall eines Mißerfolges dieser Bemühungen die Feindseligkeiten zu lokalisieren und zu verhindern, daß der beginnende Brand die europäischen Großmächte ergreife. Poincaré fuhr fort: Die Vielfältigkeit der Probleme, die die nächste Zukunft bringen kann, macht in der Tat eine allgemeine Uebereinstimmung notwendig, wenn man will, daß der unermessliche Gegensatz der Interessen nicht früher oder später in Meinungsverschiedenheit und Konflikt ausartet. Wir haben die Genehmigung gehabt, festzustellen, daß die friedliche Initiative, die von Frankreich in Uebereinstimmung mit seinen Freunden und Verbündeten ergriffen worden ist, von allen Regierungen aufgenommen und gebilligt wurde. Ihr erstes Resultat war ein Meinungsaustausch, der täglich zwischen den Mächten fortgesetzt wird, und der ihnen erlaubt, den Gang der Ereignisse gemeinsam zu überwachen und der, wenn der Tag gekommen ist, eine Vermittlung, wie ich hoffe, begünstigen wird. Vielleicht ist dieser Tag schon nahe. So nützlich und unerlässlich diese allgemeinen Besprechungen sind, so dürfen sie weder heute noch morgen den Zweck oder das Ergebnis haben, die wesentlichen Linien unserer auswärtigen Politik zu verändern. Frankreich ist einer Unbeständigkeit oder einer Intrigue nicht fähig. Wir suchen auch keine Freundschaften zum Wechseln und glauben, daß eine große Nation es sich selbst schuldig ist, in der Leitung ihrer auswärtigen Politik Beständigkeit ihrer Ideen und Festigkeit ihrer Absichten zu zeigen. Wir bleiben eng verbunden mit Rußland, unserem Verbündeten, und mit England, unserem Freunde, wir bleiben verbunden mit ihnen durch fest verknüpfte, unzerbrechbare Bande des Gefühls, des Interesses und der politischen Rechtfertigung. In den schwierigen Fragen, die der Krieg im Osten aufrollt, haben sicherlich sie wie wir das Recht, besondere Neigungen bezüglich der zu studierenden Lösungen zu haben, aber da wie in diese Prüfung im Geiste vollen Vertrauens und unverbrüchlicher Freundschaft eintreten werden, wird nichts das Einvernehmen durchbrechen können, dessen Festigkeit notwendig bleibt für das europäische Gleichgewicht. Frankreich hat ohne Unterlaß alle seine Kräfte gebraucht, um diese Uebereinstimmung zu verstärken und zu festigen. Und wenn es hier und da vorkam, daß ein Teil der öffentlichen Meinung sich nervös und ungeduldig zeigte, so haben die drei Regierungen in der Ueberzeugung, den tiefen und dauernden Gedanken ihrer Länder zum Ausdruck zu bringen, nicht aufgehört, in Ruhe und Kaltblütigkeit zusammenzuwirken.

In dieser fortbestehenden Herzlichkeit finden wir einen der besten Gründe für die Hoffnung, daß der Krieg auf den Balkan beschränkt bleiben wird, und daß er im ersten günstigen Augenblick von Europa zum Stillstand gebracht werden können. Die Unterzeichnung des italienisch-türkischen Friedensvertrages hat bereits die Möglichkeit gefährlicher Verwicklungen vermindert. Eine Explosion nicht zu unterdrückender Kräfte ist immer möglich. Es hing nicht von uns ab, den Frieden den andern zu erhalten. Am ihn immer für uns selbst zu erhalten, müssen wir die ganze Geduld, Energie und den ganzen Stolz eines Volkes zeigen, das den Krieg nicht will, das ihn aber trotzdem nicht fürchtet. Poincaré betonte dann die Notwendigkeit für die aufrichtig friedlichen Völker, allen Möglichkeiten gegenüber bereit zu bleiben, indem sie ihre Armeen stark und ihre Flotte mächtig erhalten, aber auch dadurch, daß sie voll und ganz ihre vaterländische Pflicht erfüllen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wird von der französischen bürgerlichen Presse sehr beifällig aufgenommen.

Bürgerliche Stimmen gegen einen Allianzkrieg.

Paris, 25. Oktober. (Fig. Ver.)

Wir haben schon in unserem Artikel über die „Allianzverdrossenheit“ auf die Abneigung der bürgerlichen Schichten Frankreichs hingewiesen, sich durch eine panslawistische Politik

Rußlands in eine kriegerische Verwickelung mit Deutschland hineintreiben zu lassen und dargelegt, daß ohne die Ungeklärtheit der deutschen Marokkopolitik, deren fragwürdiger Gewinn im Congo durch eine Neubelebung des französischen Chauvinismus mehr als aufgewogen worden ist, die deutsch-französische Annäherung in der jetzigen Situation sich entscheidend hätte durchsetzen und höchst bedeutende internationale Wirkungen hervorbringen können. In den letzten Tagen sind nun in der republikanischen Presse eine Reihe von Stimmen laut geworden, die die Rolle Frankreichs in einem Krieg zwischen Rußland und Oesterreich und das Verhältnis zu Deutschland unter dem von uns charakterisierten Gesichtspunkte behandeln. So schrieb am 21. Oktober dieses Jahres J. Perchot im Leitartikel des „Radical“:

„Das französische Volk, das den Gedanken des Krieges im Augenblick, da er gerecht gewesen wäre (d. h. während des Marokkokonflikts), ohne Schwäche ins Auge gefaßt hätte, ist jetzt friedensfreundlich, denn es begreift, wie widersinnig es wäre, sich in einen Konflikt hineinzuziehen zu lassen, wo andere Mächte ihre ausschließlichen Interessen verfolgen können, aber die unsere nicht zu suchen haben. . . . Wir glauben, daß es einige Punkte gibt, worüber man einer Meinung sein müßte: dazu gehört vor allem die Tatsache, daß Frankreich, das kein unmittelbares Interesse auf dem Balkan hat, die Rolle des Dupierten spielen würde, wenn es sich dazu hergäbe, anders denn als Mittler des Friedens zu intervenieren.“

An demselben Tage schrieb Marcel Prose im Leitartikel der gleichfalls radikalen „Aurore“ über die „Allianzpflichten“ folgendes:

Welches wäre unsere Haltung, wenn Rußland, alle unsere Ratsschlüsse zurückweisend, sich mit Bulgarien vereinigte? Frankreich ist Rußland durch einen Vertrag verbunden, dessen Inhalt das französische Volk, obgleich es unter dem republikanischen Regime lebt, nicht kennt. Wir haben gegenüber unserem Bundesgenossen fest umschriebene Pflichten, aber wir kennen sie nicht. Der in der Regel gut informierte Korrespondent der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ schreibt, daß das Gerücht über die Ausschließung der orientalischen Angelegenheiten vom französisch-russischen Bündnisvertrag völlig unbegründet sei. Es ist aber sicher, daß die Frage zuerst bei der Reise Poincarés nach Petersburg behandelt worden ist und wir sind gewiß, daß sich unser Ministerpräsident nicht verpflichtet wollte.“

Der Artikel setzt dann weiter auseinander, daß eine Pflicht zur Unterstützung Rußlands nur gegeben wäre, wenn Rußland angegriffen und vom Dreieck provoziert werden würde. Heute aber sei dies nicht der Fall und der Konflikt könnte nur durch eine bewußte Aktion Rußlands hervorgerufen werden.

„Unter diesen Bedingungen ist ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich nicht möglich. Es gibt zur Stunde zwischen den beiden Ländern kein Motiv der Feindseligkeit. Wenn die Regierungen, verblendet und vom Fieber der politischen Radeschaften ergriffen, einen einzigen Augenblick die Möglichkeit eines solchen Ereignisses ins Auge faßten, würden sie die Bevölkerung sowohl diesseits des Rheins wie jenseits sich in einem furchtbaren Sturm der Entrüstung erheben sehen und in einem Orkan der Revolte weggeblasen werden. Wir sind darüber mit Herrn Laurès durchaus einer Meinung. — Dies kann die russische Regierung nicht übersehen. Sie weiß sehr gut, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen, wie auch die Bedingungen unseres Allianzvertrages lauten, gegenüber dem koalitierten Europa allein stünde, wie nach San Stefano.“

Den beiden zitierten Blättern gefell sich nun auch die „France“ zu, ein den großkapitalistischen Kreisen des gemäßigten Radikalismus nahestehendes Blatt. Der Deputierte Ajam schreibt heute in ihrem Leitartikel:

„Biele gutgemeinte, überhaupt patriotische, von ungeschwächtem Ehrgefühl besetzte Leute fragen sich heute, ob wir verpflichtet sind, unserem Bundesgenossen Rußland auch in Unternehmungen, die uns toll und unnützlich erscheinen, Gefolgschaft zu leisten. Wir haben aufrichtiges Mitgefühl für die von den Türken gequälten drei kleinen Völkern, aber wir fühlen kein Bedürfnis, 100 000 oder 200 000 unserer Söhne zur Befestigung der Balkanmächte zu opfern. . . . Was sagen unsere hitzigen Nationalisten? Daß unsere Armee stark, der Augenblick günstig ist, um über Deutschland herzufallen, daß Elsaß-Lothringen diese Nähe wohl wert ist, daß England nie mehr bereit war, uns zu unterstützen und daß es gilt, von dem guten Willen dieser mit Unterbrechungen bundesgenössischen Macht zu profitieren. . . . Wenn Deutschland uns bedroht, werden wir alle zur Verteidigung unseres Vaterlandes bereit sein. Aber am Morgen nach einem Abkommen, das uns gestattet, ein wenig aufzuatmen, in einer wunderbaren industriellen und kommerziellen Blüte — sollte es da wirklich möglich sein, daß die Politiker daran denken, über unser Land die Greuel des Krieges — und welches Krieges obendrein! — zu bringen? — Ich verrete eine ländliche Bevölkerung, die einen flammenden patriotischen Zorn kundgibt, als sie die germanische Verästelung sieht. Wenn man morgen ihre Söhne mobilisieren wollte, unter dem Vorwand, daß Bulgarien die Feuer des Halbmonds nicht auszulösen vermöchte, wäre sie niedergeschmettert und würde nicht begreifen. Würde sie marschieren? Würde sie der Disziplin gehorchen? Mit gepreßtem Herzen antworte ich, daß ich es nicht weiß. Die öffentliche Meinung Frankreichs, die ich hier wiedergebe, fordert, daß unsere auswärtige Politik Rußland nicht machen soll, daß wir ihm, wenn es sich wegen des türkisch-bulgarischen Konflikts in einen Krieg stürzt, nicht folgen. Das ist nicht der Sinn des Vertrages, den wir mit ihm geschlossen haben. . . . Aber wäre es nicht möglich, lästert man mir zu, im Fall eines österreichisch-russischen Konflikts von Deutschland eine mit der unseren parallele Enthaltung zu erlangen? — Es bedürfte dann eines Abkommens mit Deutschland. — Und warum nicht?“

Zweifellos ist Herr Ajam, der dem Milieu angehört, wo die Caillauxsche Politik des nüchternen Profitinteresses ihre Förderung gefunden hat, nicht immer als ein zuverlässiges Echo der Volksstimmme anzusehen. Aber mit seiner Schilderung der freundschaftlichen Stimmung in den Massen hat er wenigstens im Augenblick recht. Damit ist nicht gesagt, daß die Komplikationen der internationalen Politik nicht wieder einen Umschlag herbeiführen können und im Fall der Niederlage der Türken namentlich auch der chauvinistische Hochmut des Kleinbürgertums durch den Hinweis auf ihre deutschen militärischen Erzieher wieder erweckt wird. Die jetzige friedensfeindliche Gefinnung aller Klassen macht die Propaganda der Sozialisten für den Frieden und die Demonstrationen der internationalen Solidarität des Proletariats sicher nicht überflüssig.

Die Haltung Rumäniens.

Bukarest, 28. Oktober. Bei der Vereidigung des neu gebildeten Koalitionsministeriums hielt König Karol folgende Rede:

„Ich begrüße die Bildung des neuen Kabinetts mit lebhafter Genugtuung, besonders unter den gegenwärtigen ernsten Umständen. Diese Umstände legen uns die Pflicht auf, wichtige Entschlüsse zu fassen. Nur eine starke Regierung, die sich auch auf das Vertrauen des Landes stützt, kann den gegenwärtigen Anforderungen gerecht werden. Glücklicherweise hat sich eine solche Regierung gebildet. Seit dem Beginn des Krieges sind alle Blitze auf uns gerichtet, und Rumänien gewinnt noch viel mehr an Ansehen angesichts der wichtigen Rolle, die ihm zufallen wird. Lassen wir alle Auseinandersetzungen über innere Angelegenheiten beiseite und beschäftigen wir uns mit der politischen Lage des Landes, die zwar schwierig ist, der wir aber kraft unserer militärischen Stärke und der Würde unseres Staates die Stirne zu bieten wissen werden.“

Der Ministerrat hat mit Rücksicht auf die auswärtige Lage bedeutende Kredite für das Heer beschaffen.

Massenmord!

Die „Bosnische Zeitung“ erhielt von einem Augenzeugen einen Bericht über den Zusammenstoß zwischen Serben und Albanen bei Merdare, wo 9000 Albanen serbische Infanterie überfielen. Die entsetzliche Wirkung der modernen Mordmaschinen wird folgendermaßen geschildert:

„Schon in aller Frühe des nächsten Morgens stürmte eine ungeheure Albanenschar auf unsere Infanterie ein. Sie drang mit großer Kühnheit vor, über die Leichen der Gefallenen hinweg, und näherte sich immer mehr unsern Vorderreihen. Auf einem Flügel war man schon handgemein geworden und kämpfte mit aufgeflossenen Bajonetten. Obwohl unsere Bataillone den Feind zurückdrängen begannen, wurde dennoch vom Kommandanten das Signal zum Rückzug gegeben. Dieser Befehl erschien im ersten Augenblick unverständlich. Doch ließ es sich gehorchen. Die Infanterie zog sich also zurück und die Albanen rückten vor. Und erst als die Infanterie um fast einen halben Kilometer zurückgewichen war, wurde „Schleuniger Rückzug“ kommandiert. Unser Kommandant hatte offenbar die Absicht, die Infanterie vom Feinde loszulösen, um mit der Artillerie operieren zu können, und dieser Plan gelang ihm glänzend. Der schleunige Rückzug der serbischen Infanterie brachte die Albanen unserer verdeckt gehaltenen Artillerie bis auf 100 Meter Distanz nahe. In den nächsten Augenblicken schon hatten unsere Kanonen die schrecklichsten Verheerungen unter ihnen angerichtet. Die Albanen fielen haufenweise. Ihr Blut und Schmerzensgeschrei kam fast an Stärke dem Donner der Kanonen gleich. Durch die Luft flogen Hände, Füße, Köpfe und Fleischstücke der Albanen. Und als das Artilleriefeuer eingestellt wurde, war das Schlachtfeld bedeckt nicht mit Leichen, sondern mit zerstückelten Gliedern, die das Aussehen einer mit karmoisinroter Farbe überflossenen Masse hatten. Was von Albanen noch übrig blieb, floh in wilder Flucht auseinander. Aber es war höchstens ein Drittel der Angreifer, die mit dem Leben davontamen.“

Auch die kühnste Phantasie vermag sich das Bild nicht auszumalen, das sich ergeben müßte, wenn die Armeen der modernen Militärsstaaten sich im Kampfe gegenüberstehen würden. Der moderne Krieg läuft auf eine infame Menschenjagd hinaus.

Protestkundgebungen gegen den Krieg.

Eine glänzend verlaufene Demonstration gegen den Krieg veranstalteten die Leipziger Arbeiter am Sonntagmorgen. Tafeln mit der Aufschrift: Gegen den Krieg! wurden in den Zügen getragen, die sich nach dem städtischen Marktplatz bewegten, wo unsere Redner von fünf Tribünen herab Ansprachen hielten. Nur einmal störte die Polizei die Friedensdemonstration, indem ein übereifriger Wachtmeister eine der Schilder konfiszierte. Noch nie waren auf dem Marktplatz so viele Menschen beisammen.

Eine große Kundgebung gegen den Krieg hatte am Sonntagmorgen auch die Arbeiterchaft von Bayreuth veranstaltet. Die Versammlung mußte auf einem Privatgrundstück abgehalten werden, da der „liberale“ Magistrat sich mit einer Stimme Wehrheit geweigert hatte, einen städtischen Platz zu dieser Friedensdemonstration zu überlassen — Oberbürgermeister Dr. Casselmann, der Führer der bayerischen „Liberale“ und mit sozialdemokratischer Hilfe in den Landtag Gewählte, gab die Entscheidung in reaktionärem Sinne.

Eine Balkandemonstration im Agramer Theater.

Die Freitagvorstellung der Verbischen Oper „Der Radenball“ im Agramer Stadttheater war von unausgesetzten Ovationen für den — Balkanbund begleitet. Das ganze Publikum sang das Slawenlied „Auf Slawen!“ (Melodie: Noch ist Polen nicht verloren) mit und der Korpskommandeur General Garba hörte stehend zu. Als die Polizei schließlich das Publikum hinauswarf, demonstrierten die Studenten stürmisch gegen den Diktator Zwoj, der Sammlungen für das Rote Kreuz auf dem Balkan verboten hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Oktober 1912.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt am Montag den Entwurf eines Gesetzes betreffend das Schlepplimonopol auf dem Rhein-Wefer-Kanal und Wippe-Kanal an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Regierung erfüllt mit der Einbringung ihrer Vorlage eine Verpflichtung, die ihr bei dem Wasserstraßengesetz im Jahre 1905 auferlegt worden ist. Während die National-Liberale und Fortschrittler sich gegen das Monopol aussprechen, weil dadurch der Verkehr nicht erleichtert, sondern erschwert wird, bekannte sich Genosse Leinert, obwohl auch er zugeben mußte, daß diese Vorlage, wenn sie unverändert Gesetz wird, verkehrshemmend wirkt, doch grundsätzlich als Anhänger des Monopols. Allerdings ließ er darüber keinen Zweifel, daß er und seine Freunde zu dem Staate nicht das Vertrauen haben, daß er das Monopol im Interesse der Bevölkerung des Verkehrs ausüben wird. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion machte unser Redner von der schließlichen Gestaltung des Entwurfs abhängig, vor allem von der Gestaltung der Tarife und von der Sorge für die durch das Gesetz brocklos werdenden Bevölkerungsteile, deren Interessen sich Leinert als einziger Redner aus dem Hause annahm.

Der Rest der Sitzung wurde ausgefüllt durch die Beratung von Petitionen von Unterbeamten, deren Wünsche in dem Genossen Lieblincht einen beredten Fürsprecher fanden. Daß das Haus die Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiegt, anstatt sie dem sozialdemokratischen An-

trag folgend — zur Berücksichtigung zu überweisen, nimmt bei der reaktionären beamtenfeindlichen Zusammensetzung dieser sogenannten Volksvertretung kein Wunder.

Am Dienstag steht der Gesetzentwurf betr. die Anlegung von Sparrassenbeständen in Inhaberpapieren in zweiter Lesung auf der Tagesordnung.

Keine demokratische Reichstagskandidatur.

Der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung sowie sein Vorstand des Verbandes Berlin-Brandenburg, haben beschloffen, für die Nachwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreis keinen eigenen Kandidaten aufzustellen. In der Begründung zu diesem Beschlusse wird gesagt, daß seit der Hauptwahl im Januar d. J. in den politischen Verhältnissen des Wahlkreises keine Veränderung eingetreten sei. Bei der Stichwahl im Januar hat die Demokratische Vereinigung offiziell die Unterstützung der Sozialdemokratie beschlossen und empfohlen. Demgemäß würde der Verzicht auf eine eigene Kandidatur die Aufforderung zur Unterstützung der Kandidatur unseres Genossen Dülweil bedeuten.

Mit den Angestellten und Beamten hat es der Freisinn nun gründlich verhähtet. Der Preussische Handwerkskammertag, der kürzlich in Berlin tagte, hat unter der hervorragenden Mitwirkung konterbatter Drohtäter unter anderen folgenden Forderungen aufgestellt: Verbot des Warenhandels durch Beamte; ferner schärfere Besteuerung der Konsumvereine. Sodann demonstrierte er gegen die Unterstützung von Beamtenwohnungsvereinen durch das Reich usw. mittels Gewährung billiger Kredite. Daß alle diese Forderungen sich direkt gegen die Beamten und Angestellten richten, liegt auf der Hand. Für diese Forderungen erklärte aber auch namens der fortschrittlichen Volkspartei der Abgeordnete Wente seine volle Zustimmung. Daß sich ob dieser Haltung des Freisinn, der als unsicherer Rekonstruktionsläufer längst anrüchig war, in den Kreisen der Beamtenchaft Rührung bemerkbar macht, ist erklärlich. Es gibt kaum noch ein Gebiet, auf dem die Beamten und Angestellten von dem vollständig unter dem Einflusse des Bankkapitals und eines koalitionsrechtsfeindlichen Fabrikantentums stehenden Freisinn noch etwas Gutes zu erwarten hätten. Man kann daher auch mit einiger Sicherheit annehmen, daß ein erheblicher Teil der freisinnigen Mitläuferchaft aus diesem Lager bei der Nachwahl die Gefolgschaft verlassen wird.

Um die mecklenburgische Verfassung.

Als Antwort auf die neue mecklenburgische Verfassungs-„Reform“ hat der liberale Verein für beide Mecklenburg eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der der Reichstag ersucht wird, für ein dem Reichstagswahlrecht ähnliches Wahlrecht in Mecklenburg zu sorgen.

Eine saubere Tripelallianz.

Wir berichteten in der Sonntagsnummer darüber, daß in einer Reihe Oststaaten Rheinland-Westfalens zwischen den National-Liberalen und Liberalen Wahlbündnisse abgeschlossen worden sind, die den Zweck verfolgen, die Sozialdemokraten aus den Stadtkollegien fernzuhalten. Die Zahl dieser Bündnisse nimmt noch immer zu, und zwar nehmen in einigen Städten auch die fortschrittlichen an diesem gegen die Sozialdemokratie gerichteten schönen Bündnis teil. So weiß die nationalliberale „Dortm. Ztg.“ aus Jferlohn zu melden:

Zusammengehen der bürgerlichen Parteien bei den Stadtverordnetenwahlen. In der Generalversammlung der fortschrittlichen Volkspartei ist beschlossen worden, an dem Kompromiß des Vorjahres mit den National-Liberalen und Zentrum auch in diesem Jahre festzuhalten. Es stehen sich bei den im nächsten Monat stattfindenden Stadtverordnetenwahlen nur Bürgerliche und Sozialdemokratie gegenüber. Durch dieses Zusammengehen wird der letzte Sozialdemokrat aus dem Stadtparlament verschwinden.

Ein Sensationsprozeß in den Reichslanden.

In dem Beleidigungsprozeß, den der Statthalter Graf Wedel gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ angestrengt hatte, und der mit einer Verurteilung des Redakteurs endete, stellte einer der Verteidiger die Behauptung auf, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ bezöge ihre Informationen von Stellen, die man sich gar nicht hoch genug denken könne. Im Organ des Abg. Wetterlé, dem „Kouveliste“, wird nunmehr erklärt, die Informationen der „Rhein.-Westf. Ztg.“ gingen auf den Staatssekretär Mandel zurück. Der Unterstaatssekretär, dem damit vorgeworfen wird, daß er den ihm vorgelegten Statthalter in der Presse hinterlistig angegriffen habe, hat gegen den „Kouveliste“ Strafantrag gestellt.

In den Reichslanden erwartet man von diesem Prozeß sensationelle Enthüllungen.

Oesterreich-Ungarn.

Die innere Krise in Ungarn.

Budapest, 28. Oktober. Der ungarische Reichstag wird am 30. Oktober eröffnet. Das öffentliche Interesse, das durch den Ausbruch des Balkankrieges kurze Zeit von der inneren Politik abgelenkt wurde, ist jetzt wieder durch die eigenen Angelegenheiten gefesselt. Regierung und Opposition rüsten sich zu neuen Kämpfen, vielleicht auch zu Friedensverhandlungen. Wenigstens bemüht sich die Regierung, der Opposition Konzessionen zu machen, um so die Herstellung normaler parlamentarischer Verhältnisse zu erreichen.

Das Exekutivkomitee der Regierungspartei hielt bereits Freitag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sitzung ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, nochmals die Opposition zur Teilnahme an der Parlamentsarbeit und an der Delegationsmission aufzufordern. Die Regierung geht soweit, daß sie schon in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses durch die Mehrheit einen Antrag einbringen lassen will, der einen von allen Parteien des Hauses gebildeten Ausschuh zur Revision der Hausordnung einzusetzen verlangt. Mit diesem Beschluß gibt die Regierung die in der letzten Session zustande gebrachte Hausordnung als ungesetzlich preis.

Die Beschlüsse des Exekutivkomitees werden von der Regierungspartei sicher angenommen werden. In hiesigen eingeweihten Kreisen vermutet man, daß der Annäherungsversuch der Regierung an die Opposition nicht deren eigenem Willen entspricht, sondern der Initiative der Wiener Diplomatie zuzuschreiben ist. Ministerpräsident Lukacs kann sich nach den jüngsten Erklärungen der oppositionellen Führer kaum im Klaren darüber sein, daß die Opposition mit ihm nicht verhandelt; in den Erklärungen Jusztis, Karolys und Desps ist auf das Bestimmteste die Entfernung Lukacs und Tiszas gefordert.

Warum die Wiener Diplomatie den ungarischen Premier trotzdem zur Versöhnungszugzwangt, ist leicht erklärlich. Den Kriegsgeschichten käme die Fortdauer des Konflikts ungelogen, jeht, wo sie ihre Macht vor ganz Europa zeigen und die Balkanpolitik leiten wollen. Ob die Opposition sich auf Verhandlungen einläßt, gilt als ungewiß. Andrassy wäre wohl dazu bereit, jedoch ist sein Anhang viel zu gering, um Einfluß auf die Opposition zu haben. Bemerkenswert ist es, daß Tisza an der Beratung des Exekutivkomitees nicht teilnahm, obwohl er sich in den Lokalitäten der Regierungspartei aufhielt.

Der Besuch des Königs, der anlässlich der Delegationsberatungen nach Budapest kommen und der Regierung in ihrer Politik behilflich

sein sollte, unterbleibt, da die Wiener Diplomatie vor dem angeführten Demonstrationen der Bürgerschaft und der Arbeiterschaft große Angst hat.

Die sozialdemokratische Partei bereitet anlässlich der Parlamentsöffnung Demonstrationen vor. Am 30. Oktober abends will die Partei in der Hauptstadt 10 große Versammlungen veranstalten. In denselben Tagen sollen auch in den größeren Provinzialstädten Versammlungen abgehalten werden. Ferner will die Opposition zur selben Zeit, wo die Abgeordneten sich nach der Hofburg begeben, um die Thronrede anzuhören, auf der Straße demonstrieren, um die bewaffnete Macht zum Einschreiten zu zwingen.

Ueber das Wahlrechtsgesetz herrscht in allen Kreisen gegenwärtig tiefe Stille.

Frankreich.

Die Beamten im Kampf um das Koalitionsrecht.

Paris, 26. Oktober. (Fig. Ber.)

Das Urteil, das das Pariser Justizpolizeigericht am Dienstag über die Vorstandsmitglieder der Lehrergewerkschaft des Seine-Departements gefällt hat, ist ein Schlag gegen das Koalitionsrecht aller öffentlichen Beamten überhaupt und — politisch betrachtet — eine Erhebung der von der konservativen Bourgeoisie beherrschten Justiz gegen die von der Strömung der demokratischen Entwicklung bewegte Gesetzgebung. 1906 hat das Parlament den Lehrergewerkschaften den Status quo bis zur Ausarbeitung des Beamtenstatuts bewilligt und es war gerade die Gewerkschaft des Seine-Departements, der dieser Beschluß zugute kam. Am Dienstag aber sind die angeklagten Lehrer zu 50 Fr. Buße verurteilt und überdies die Auflösung der Gewerkschaft verfügt worden. Im Urteil wird ausgesprochen, daß nach dem Gewerkschaftsgesetz nur die Unternehmer und die Arbeiter sich koalieren dürfen, aber nichts im Gesetzestext und in den Vorarbeiten zur Reinigung berechtigt, daß der Gesetzgeber das Koalitionsrecht auch den Beamten habe geben wollen. Die — vom Parlament bewilligte — Duldung könne das Recht des öffentlichen Anklägers auf die gerichtliche Verfolgung nicht aufheben und diese Duldung habe überdies durch die von der Verwaltungsbehörde an die Gewerkschaft gerichtete Aufforderung zur Auflösung ein Ende genommen!

Dieses irrtümliche Urteil wurde in contumaciam gefällt. Die Angeklagten hatten den Saal verlassen, da ihren Einwendungen gegen die Kompetenz des Gerichts keine Folge gegeben wurde. Sie verlangten, daß das Gericht dem Parlament nicht präjudiziere und seine Entscheidung abwarte. Dieses Argument ist so einleuchtend, daß auch die kapitalistische Presse, die das Koalitionsrecht der Beamten bekämpft, ein anderes Argument für die Geschwuldigkeit der Lehrergewerkschaft sucht und behauptet, daß die Lehrer durch ihren dem Parlamentsbeschluß von 1906 folgenden Eintritt in die Arbeitsbörse und die Arbeitskonföderation den Status quo selbst verlegt hätten. Die Haltlosigkeit dieses Einwands ist aber offenbar: denn das Recht des Anschlusses an die lokalen und nationalen Organisationen fließt ohne weiteres aus der — vom Parlament anerkannten — Anwendung des Gesetzes von 1884. Bekanntlich aber ist die ganze Hege gegen die Lehrer eine politische Gelegenheitsaktion, die durch nationalisierende und radikale Scharmacher provoziert worden ist. Angebliche „antipatriotische“ Kundgebungen des Lehrerkongresses von Chambéry geben den Vorwand. Wie faul dieser war, geht indes schon aus der Tatsache hervor, daß das Gericht selbst die politische Stellung der Lehrer aus dem Spiel gelassen und sich auf formal juristisches Gebiet zurückgezogen hat. Ein weiteres Skandalum war, daß das Gericht, um seine Kompetenz vor einer prozessualen Einwendung der Verteidigung zu retten, erklären mußte, daß die Lehrer keinen Teil der öffentlichen Autorität in Händen haben. Gerade diese Behauptung aber wurde ebendam für den Ausschluß der Beamten vom Koalitionsrecht ins Feld geführt. So wird in der Tat jedes der ordnungsetzerischen Argumente vom anderen abgehan.

Das bedeutet freilich nicht, daß die Gefahr für das Koalitionsrecht darum geringer wird. Im Gegenteil bedroht die Entscheidung des Pariser Gerichts, die sich hinter die negative Formel verschängt, daß das Koalitionsrecht die Beamten nicht ausdrücklich einbezieht, das Koalitionsrecht auch der anderen Beamtenkategorien, die sich seiner bisher bedienen konnten. Dazu kommt die koalitionsfeindliche Tendenz des Kommissionenentwurfs zum Beamtenstatut. Angesichts dieser Situation ist der Verbandsvorstand der Post- und Telegraphenbeamten mit dem auf dem Gewerkschaftskongress in Laon konstituierten Komitee der an die G. B. T. angeschlossenen Angestellten der öffentlichen Dienste in Verbindung getreten. Es handelt sich darum, gegen das Prinzip eines besonderen Statuts überhaupt und für die Anwendung der allgemeinen vereinbarungsgesetzlichen Bestimmungen auf die Beamtenhaft einzutreten. Sehr bemerkenswert ist, daß auch der Verband der „Amicales“, d. h. der große Zentralbund der Lehrerschaft an der vorbereitenden Versammlung teilnimmt. Es scheint derart, daß die vom Baun gedrohte Verfolgung der kleinen Lehrergewerkschaft die bürgerliche Demokratie vor das ganze Problem der sozialen Rolle der öffentlichen Angestellten stellen wird und diese Frage könnte in der jetzigen innerpolitischen Situation leicht bald in den Mittelpunkt der Politik gelangen.

Aus der Partei.

Eine Demonstrationsversammlung.

In Gallichau (Loush) protestierten auf öffentlichem Platz am Sonntag etwa 600 Personen gegen Volksentziehung, Feuerung und Krieg. Nach einem Referat des Genossen Grauer wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen.

Totenliste der Partei.

In Basel ist im Alter von erst 40 Jahren unser Parteigenosse Dr. Josef Auer an einem Herzleiden gestorben. Als Sohn eines schlichten Arbeiters gelang es ihm nur mit Ueberwindung großer Schwierigkeiten — so verlor er als Student nebenbei den Dienst eines Kirchendiener — sich akademische Bildung zu erwerben und es zeigt von großem Talent, daß er bereits mit 21 Jahren das Examen als Dr. juris mit Erfolg bestehen konnte. Er fand dann zunächst eine Existenz als Sekretär der schweizerischen Gesandtschaft in Tokio und nach seiner Rückkehr in die Heimat widmete er sich der Advokatur. Vom katholischen Lager fand er dann den Weg zur Sozialdemokratie, in deren Reihen er eine eifrige und geschätzte Tätigkeit entfaltete, wofür er von der Arbeiterschaft mit der Uebertragung verschiedener Vertrauensämter belohnt wurde, so auch durch die Wahl in den Großen Rat. Die Baseler Arbeiterschaft wird dem verdienstvollen verstorbenen Genossen ein dankbares Andenken bewahren.

Parteiausschuh. Der Bezirksvorstand des Agitationsbezirks Oberschlesien (Kattowitz) wählte in seiner letzten Sitzung zum Mitglied des Parteiausschusses den Genossen Dürsing-Deuthen, Oberschlesien, und zu seinen Stellvertreter den Genossen Paul Gule-Kattowitz.

Gewerkschaftliches.

Polizeiaktion gegen die Forderung von Lohn- erhöhungen in den Berliner Metallbetrieben.

Der Transportarbeiterverband hatte zum Sonntag eine Versammlung in den Metallfabriken beschäftigten Transportarbeiter nach den „Germaniafabriken“ in der Chausseestraße einberufen, die sich mit der in Folge der Teuerung notwendig gewordenen Lohnenerhöhung für diese Arbeiter beschäftigen sollte. Dem dadurch bedrohten Unternehmertum kam die Staatsgewalt zu Hilfe: die Polizei inhibierte kurzerhand die Versammlung, angeblich weil sie politisch sei.

Nunmehr berief die Versammlungsleitung eine Mitgliederversammlung nach den Pharusfabriken in der Müllerstraße ein. In einem imposanten Zuge gingen die Versammlungsteilnehmer, die Mitglieder des Verbandes waren, dorthin, und bald war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Gesangsverein der Berliner Transportarbeiter leitete die Versammlung mit einem beifällig aufgenommenen Liede ein.

In seinem Referat betonte Fromke, daß gerade die niedrigstlohnenden Arbeiter am meisten unter der Teuerung zu leiden haben, und daß darum ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne dringend geboten sei. Es zeigte sich aber, daß die Großbetriebe, die doch gut fundiert seien und riesige Gewinne abwürfen, ihre Arbeiter noch schlechter bezahlen als die Mittel- und Kleinbetriebe. Der Transportarbeiterverband habe darüber eine Statistik aufgenommen, die insgesamt 185 Betriebe mit 13 000 Beschäftigten umfasse. Redner gab im einzelnen die durch die Statistik ermittelten Lohnzahlen wieder.

Soweit war der Referent mit seinen Ausführungen gekommen, als plötzlich wieder die Polizei erschien. Der Polizeileutnant forderte den Vorsitzenden auf, dafür zu sorgen, daß der Saal geräumt wird. Dieser wie auch der Referent wiesen ihn darauf hin, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelt, deren Auflösung gegen das Reichsversteckgesetz verstoße. Hierauf antwortete der Polizeileutnant: „Sollten Sie mir keine Vorträge über das Gesetz, das fenne ich ebenso gut wie Sie!“ Der Versammlungsleiter rief hierauf den Anwesenden zu: „Kollegen, wir fügen uns der äußeren Gewalt; aber unsere Versammlung wird am nächsten Sonntag trotzdem stattfinden!“

Die Auflösung erfolgte, weil ein Kriminalschuttmann beobachtet haben will, daß ein Versammlungsbesucher sich auf eine fremde Legitimation Einlaß verschaffen wollte. Den Kontrollleuten ist ein Verstoß nicht zuzuschreiben, da diese ihre Aufgabe gewissenhaft ausübten. Sie können jeden, der Einlaß begehrt, nicht persönlich kennen, für sie genügt es, wenn Einlaßsuchende sich in vorgeschriebener Weise durch Legitimation ausweisen. Daß der auflösende Polizeileutnant sich seiner Sache nicht ganz gewiß war, geht auch daraus hervor, daß er sich nachträglich zum Wirt begab und Nachfrage hielt, wann ihm die Absicht bekannt geworden sei, bei ihm eine Versammlung stattfinden zu lassen. Ein anderer Polizeileutnant, der vorher über die Versammlung Erkundigungen eingezogen hatte, erklärte, daß die geübte Kontrolle den Vorschriften völlig genüge. Was bei dem ganzen Vorgang besonders auffiel, war, daß die Versammlung von drei Polizeileutnants, 5 bis 7 Polizeiradfahrern und 25 bis 30 Schuttleuten mit voller Waffenausstattung beobachtet wurde.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband.

Wie wir vor kurzem mitteilten, beabsichtigt der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, dem nächsten Verbandstag, der am 12. Januar 1913 in Jena abgehalten wird, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu empfehlen. Der Zweigverein Berlin beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung, die am Sonntag in Wörnersaal in der Kappensstraße tagte. — Der Vorsitzende Hanke eröffnete die Versammlung mit einem erhellenden Rückblick auf den verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böhmelsburg. Dann ging der Redner auf den Gegenstand der Tagesordnung ein. Er führte unter anderem aus: Die Lohabermessung im Jahre 1910 hat gezeigt, daß es den Unternehmern an Geldmitteln fehlte, um den Kampf so durchzuführen, wie sie es beabsichtigt hatten. Es war den Arbeitgebern nicht möglich, ihre kapitalistischen Mitglieder ausreichend zu unterstützen. Deshalb haben die Unternehmer gleich nach Abschluß der Lohnbewegung mit Sammlungen zu einem Fonds begonnen, den sie Wehrschah nennen. Auf ihren Tagungen haben die Arbeitgeber gesagt, die Mittel des Wehrschahs seien befriedigend. Wie weit das zutrifft kann man nicht wissen. Aber die Bildung des Wehrschahs deutet darauf hin, daß die Unternehmer die bevorstehende Lohnbewegung anders führen werden als die vorige. Es muß uns mit Militäranalogen erfüllen, daß die Unternehmer alle Einzelheiten aus ihrem Lager verheimlichen, um uns über ihre Maßnahmen hinsichtlich der Lohnbewegung im unklaren zu lassen. Und ist eine solche Heimlichkeit nicht möglich. Wir sind leider gezwungen, alles auf offenem Markte zu verhandeln. Die Unternehmer sind also in der Lage, unsere Maßnahmen genau zu prüfen. Wenn sich 1910 in dieser Hinsicht bei uns einiges geändert hat, so müssen sich die Kollegen mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch bei der bevorstehenden Lohnbewegung eine Situation eintreten kann, wo es nicht möglich ist, erst einen Verbandstag einzuberufen und wo man deshalb der Verbandsleitung das Vertrauen entgegenbringen muß, um ihr in bestimmten Fällen freie Hand zu lassen. Was uns besonders interessiert, das ist die Tatsache, daß sich der Arbeitgeberverband im Baugewerbe, der früher nur das Maurer- und das Zimmerergewerbe umfaßte, inzwischen auch die Arbeitgeberorganisationen der anderen Bauberufe angegliedert hat. Das deutet auf die Absicht der Unternehmer hin, einen Kampf gegen uns zu führen. Mit Rücksicht auf diese Sachlage haben wir die Pflicht, unsere Organisation zu stärken und alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung des Kampfes notwendig sind.

Der Verbandstag wird zur Lohnbewegung selbst noch keine endgültigen Maßnahmen treffen können, da ja zur Zeit seiner Tagung die Vorschläge der Unternehmer noch nicht vorliegen und ihre Absichten nicht bekannt sein können. Dagegen hat sich der Verbandstag mit einigen Statutenänderungen zu beschäftigen, die für das Verbandsleben von großer Bedeutung sind. Der Vorstand schlägt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Erziehung einer Jugendabteilung vor. Für die letztere sollen die Lehrlinge und die ungelernen jugendlichen Arbeiter gewonnen werden. Die jungen Leute sollen gegen einen geringen Beitrag an allen Unterstufungsleistungen des Verbandes, soweit sie auf ihr Arbeitsverhältnis zutreffen, beteiligt sein und nach beendeter Lehrzeit als vollberechtigte Mitglieder angesehen werden. Das größte Interesse hat der Vorstand der Arbeitslosenunterstützung. Wenn der Verband diesen Unterstufungsweig erst jetzt einzuführen beabsichtigt, nachdem er sich in anderen Gewerkschaften längst eingebürgert hat, so liegt das daran, daß die Kräfte des Verbandes bis jetzt durch die Verbesserung der Lohnverhältnisse in Anspruch genommen wurden. Deshalb war bisher an die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung nicht zu denken. Jetzt aber ist die Zeit gekommen wo auch dieser Gedanke verwirklicht werden kann. Das verlangen nach einer Arbeitslosenunterstützung war übrigens bei unseren Kollegen längst vorhanden. Man hielt aber die Durch-

führung nicht für möglich wegen der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, mit der das Baugewerbe jeden Winter zu rechnen hat. — Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprechen sehr gewichtige Gründe. Sie ist vor allem eine starke Bekundung der Solidarität der Arbeitenden gegenüber den Arbeitslosen. Es wird auch für die bevorstehenden Kämpfe von Bedeutung sein, wenn die Kollegen wissen, daß sie in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht ganz hilflos dastehen. — Der Redner ging auf die Einzelheiten der Vorlage des Vorstandes ein. Eine Vertragsänderung ist zunächst nicht beabsichtigt. Aber in der Vertragsleistung soll eine Veränderung eintreten insofern, daß statt jährlich 40 Wochen 44 Wochen zu bezahlen sind. Für den gleichen Zeitraum werden auch die Unterstufungen gewährt, die sich nach der Dauer der Mitgliedschaft abtufen. Im Januar und Februar, wo mit einer allgemeinen Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, soll es keine Arbeitslosenunterstützung geben. Der Redner erklärte, er sei von jeder ein Anhänger der Arbeitslosenunterstützung gewesen, aber mit den Vorschlägen des Vorstandes sei er nicht in allen Punkten einverstanden. Er wünschte, daß der Verbandstag über die Frage der Arbeitslosenunterstützung diskutiere, die Abstimmung darüber aber hinausgeschoben werde bis nach Beendigung der Lohnbewegung.

Nachdem zwei Diskussionsredner gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, daß die Angelegenheit in den Viertelversammlungen diskutiert werden soll.

In der Glasfabrik Stralau drohen ernste Differenzen auszubrechen, und wenn die Firma nicht einigermaßen entgegenkommen zeigt, dürfte die Arbeitseinstellung kaum abzuwenden sein. Stets, wenn die Hauptkonjunktur vorüber ist, sucht die Firma Änderungen im Fabrikbetriebe einzuführen, mit denen sich die Arbeiter nicht so ohne weiteres einverstanden erklären können. Für die Flaschenpfleger sollte die Arbeitszeit um fast zwei Stunden pro Tag verlängert werden, und auch für die Nachschicht sollte die gleiche Verlängerung eintreten. Die Pfleger weigerten sich anfänglich, doch erklärte sich schließlich die Mehrzahl der Pfleger damit einverstanden. Die Sache wäre auch wohl ohne Aufregung verlaufen, wenn die Firma nicht gegen die Ausnahmebestimmungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gehandelt hätte. So werden junge Leute unter 16 Jahren angehalten, Ueberstunden zu machen. Ein 15jähriger Arbeitsburche, der bereits eine volle Arbeitschicht von morgens 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr die heißen Flaschen von der Arbeitsstelle nach dem Abfließen getragen hatte, wurde veranlaßt, noch eine zweite Arbeitsschicht zu machen und arbeitete bereits in der zweiten Schicht bis nach 8 Uhr abends. Als der Meister von einem Flaschenpfleger darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der junge Mensch zu schwach sei, um die Nachschicht noch arbeiten zu können, und die Beschäftigung auch gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung verstoße, wurde der Arbeitsburche nach Hause geschickt. Am anderen Tage wurde der Flaschenpfleger entlassen! Dies Vorgehen der Firma zeigt, daß sich die Glasindustrie über alle Ausnahmebestimmungen hinwegsetzt und wenn sie von irgend einem Arbeiter darauf aufmerksam gemacht werden, daß die jungen Leute die Arbeit nicht mehr ausführen können, dann treffen sie wohl Änderungen, aber der Arbeiter wird auf die Strafe verwiesen.

Als der Arbeitersausschuß deshalb vorstellig wurde und die Weiterbeschäftigung nur anregte, wurde ihm gesagt, daß davon gar keine Rede sein könne! Als dann nochmals erklärt wurde, daß der betreffende Arbeiter doch nur seine Pflicht erfüllt habe, drinsteuerte Herr Direktor Werbit sofort auf und erklärte auch das Ausschussmitglied als entlassen, obgleich dieser bereits 22 Jahre im Betriebe beschäftigt ist und als einer der fähigsten Arbeiter gilt.

Am Sonntag nahmen die Arbeiter zu den Entlassungen in einer überaus gut besuchten Versammlung Stellung und wurde fast einstimmig beschlossen, die Kündigung einzureichen, um den fortgesetzten Entlassungen der Arbeiterausschussmitglieder einen Riegel vorzusetzen. Herr Direktor Werbit erklärte, daß er das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkenne; aber in welcher Weise das geschieht, zeigt der vorstehende Fall. Ferner ist aber aus diesem Vorgang klar ersichtlich, daß die Glasindustrie fortgesetzt gegen die Ausnahmebestimmungen des Bundesrats verstößt und jeden Arbeiter hinauswerfen, der gegen solche Verläufe Einspruch erhebt.

Erwähnt sei noch ein Auspruch des Direktors Werbit. Der Herr erklärte dem Arbeitersausschuß gegenüber, solche Leute, die jede Situation geschickt anzunehmen verstehen und die glauben, so radikal wie möglich in die Erscheinung treten zu müssen, solche Leute kann ich auf die Dauer nicht gebrauchen.

Alle Flaschenmacher werden dringend ersucht, Stralau und die Zweigfabriken in Rädny und Kaufcha zu meiden.

Fenster- und Messingpugler! Die Kollegen Messingpugler vom Betrieb Karl Vogel sind mit dem heutigen Tage in den Streik getreten. Anlaß zur Differenz ist die Nichtanerkennung des Generaltarifes. Alles Nähere in der morgigen Nummer. Zutritt ist streng fernzuhalten.
Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Wäutung, Metallarbeiter! In Ragdeburg stehen 500 Kollegen im Streik.

Wir ersuchen, den Zutritt fernzuhalten.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Vom Kampf der Papierwarenarbeiter in Achtersleben

sind erbauliche Sachen zu melden. Jetzt haben die „Abbes von Achtersleben“, wie sich früher die Kommerzienräte Westhoren nennen hörten, sogar einen Einhaltsbefehl gegen den Wachhüterverband erwidert, um ihn zu hindern, der Kundendienst der Firma Westhorns Mitteilung über die hygienischen Verhältnisse zu machen, unter denen die Papierwaren hergestellt werden. Ja, die Firma kennt die Gesetze genau, wenn es sich um Schädigungen ihrer selbst handelt; aber wenn arme, durch die Heimarbeit um ihre Jugend betrogene Kinder in Verfall kommen, dann scheint diese Gesetzeskenntnis zu versagen, trotz der Abteilung für Rechtsfragen, die die Firma ihr eigen nennt. In einer Familie wurde festgestellt, daß die vier Kinder Krüppel bekommen, wenn sie bei den Westhornschen Heimarbeiten nachts um 11 Uhr einschlafen; eine Heimarbeiterin räumte sich, daß ihre neunjährige Tochter pro Tag 1600 und die elfjährige Tochter sogar 2000 Dänen klobt. Morgens um 4 und abends um 11 Uhr konnte man die armen, notdürftig bekleideten Kinder am Tisch sitzen sehen. In der Schule klagte tränenden Auges ein vom Schläfe übermannetes Mädchen, daß es bis abends 11 Uhr Dänen kloben müsse. Diese Uebertretungen des Kinderarbeitsgesetzes dürften auch der Firma nicht unbekannt sein. Der Reichsgewerbeordnung zufolge sieht man Kinder unter 13 Jahren schwer beladen Heimarbeiten aus der Westhornschen Fabrik abholen und wieder hinführen, sieht man jugendliche Arbeiterinnen nach jeztständiger Arbeit im Betriebe nach Heimarbeit mit nach Hause schleppen.

Von solcher Kinderandringung, von solchen Gesetzesübertretungen hören und sehen anscheinend weder die „sozial einsichtigen“ Kommerzienräte Westhoren noch die Behörden und Gerichte etwas, desto mehr muß die Öffentlichkeit davon unterrichtet werden. In den Behauptungen der Achterslebener Papierwarenarbeiter sieht es vielfach schauerhaft aus und die Verbraucher von Lebensmitteln, von Tee, Kaffee, Schokolade, Zigarren und Zigaretten würden sich schontens bedanken für die Verpackungen, die in solchen, als Arbeitsraum, Schlafzimmer, Küche und Wohnraum zugleich benutzten Wohnungen hergestellt werden. Die Gerichte und Behörden sehen, wie gesagt, von solchen Zuständen nichts, sie haben genug mit der Verfolgung und Beurteilung der um besten Lohn kämpfenden Papierwarenarbeiter zu tun, sie haben den Westhorns Einhaltsbefehle gegen die Streikenden und Ausgesperrten und deren Organisation, den Wachhüterverband, zu liefern. Es kann daher nur immer der Ruf an die öffentliche Meinung wiederholt werden: Helft den Papierwarenarbeitern Achterslebens durch den Druck auf die millionenschweren Westhorns!

Angestelltenversicherungswahl in Leipzig.

Die am Donnerstag vorgenommene Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung in Leipzig hat für die Freie Vereinigung einen schönen Erfolg gebracht. Sie vereinte auf ihre Liste die größte Stimmenzahl. Der Hauptausfluß hatte 6 Listen aufgestellt. Die Freie Vereinigung erhielt 2809 Stimmen, 2 Vertreter und 4 Erfahrpersonen, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 2008 Stimmen, 2 Vertreter und 3 Erfahrmänner, der V. D. N. 2216 Stimmen, 1 Vertreter und 3 Erfahrpersonen, die Liste des Deutschen Technikerverbandes und Werkmeisterverbandes und des großen Fabrikbeamtenverbandes 409 Stimmen und keinen Vertreter, die Liste des Frauenwahlbundes (Verband kaufmännischer Gehilfen, kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Leipziger Lehrerinnen-Verband und Musiklehrerinnen-Verband) 1950 Stimmen, 1 Vertreter und 3 Erfahrpersonen. Der 58er Verband erhielt 231 Stimmen und keinen Vertreter und die Liste einer größeren Anzahl kleinerer Gruppen zusammen 1121 Stimmen, 1 Vertreter und 1 Erfahrmann.

Da die 6 Listen der Gegner der Freien Vereinigung verbunden sind, erhielt der Hauptausfluß 8821 Stimmen und 16 Vertreter, die Freie Vereinigung 2809 Stimmen und 6 Vertreter. Da Leipzig eine Hochburg des sogenannten nationalen Handlungsgehilfenums ist, kann die für die Freie Vereinigung abgegebene Stimmenzahl (ein Viertel aller abgegebenen Stimmen) als ein erfreuliches Ergebnis für die Freie Vereinigung gelten.

Die braven Gelben.

Ein kritischer Tag erster Ordnung für die Gelben in Kolbermoor in Bayern war der 23. Oktober 1912. Vom Schöffengericht Bad Aibling wurden die beiden gelben Häuptlinge Scherenberg und Stadler, beide Spinnerarbeiter aus Kolbermoor wegen schwerer Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges, zu 33 resp. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Als am 25. August d. J. sieben Gelbe eine Wirtshaus in Kolbermoor besuchten, hat ein freiorganisierter Arbeiter angeblich die Bemerkung fallen lassen: „Da kommen die gelben Kanarienvögel.“ Diese Äußerung soll nun die Gelben derartig aufgeregt haben, daß sie vermeinten, ihre verletzte Ehre nur mit Blut abwuschen zu können. Besonders der Angeklagte Scherenberg schlug nach seiner eigenen Aussage wahllos und ziellos mit einem schweren Hirschhornstößel auf den Antritt ein und verletzte drei Personen. Als am Abend der Arbeiter Weindberger in Hemdärmeln und Pantoffeln nach seinem Bruder Knoschauer hielt, verließen die beiden Angeklagten die Wirtshaus. Knoschauer hatte Stadler den freiorganisierten Weindberger erblüht, so rief er: „Da steht auch so ein Schuft, haut ihn gleich zusammen.“ Weindberger suchte sich durch die Flucht zu retten, kam aber zu Fall. Scherenberg schlug nun wie rasend mit dem Hirschhornstößel auf den am Boden Liegenden ein, bis er betäubt war. Er war vier Wochen arbeitsunfähig und ist auch heute noch nicht völlig gesund. Das ärztliche Attest besagte, daß er durch die Schläge eine Gehirnerschütterung davongetragen habe. An der Stirn und Vorderkopf befanden sich drei 7-8 Zentimeter lange, 1 Zentimeter breite und 1 Zentimeter tiefe Wunden. Auch im Rücken und am Arm trug er Verletzungen davon. Infolge der Rißhandlung erlitt er am 28. August einen epileptischen Anfall. Nach dem ärztlichen Attest kann die Wiederholung dieses Anfalles die dauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben. Trotz der klaren Sachlage suchten sich die Angeklagten als die verfolgte Unschuld darzustellen. Nach der Beweisaufnahme leitete der Amtsanwalt keine Anklage mit einer längeren Entschuldigungsrede für die gelben Roflinge ein, um dann aber doch zum Schluß zu kommen, daß von einer Notwehr unter keinen Umständen gesprochen werden könne. Dies war so weniger, als auch kein einziger der Angeklagten sowohl als der damals beteiligten Gelben auch nur behauptet hat, einen Schlag in dem Gedränge erhalten zu haben. Dabei müßte man bedenken, daß die Gelben zu sieben Personen, dagegen die Gegner, nach Aussage der Angeklagten zu mindestens 50 Personen an dem Streik beteiligt gewesen seien. Er beantragte gegen Scherenberg wegen schwerer Körperverletzung in 4 Fällen eine Gesamtstrafe von 3 Wochen Gefängnis, gegen Stadler wegen desselben Delictes in einem Fall eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen, sowie für beide Angeklagten die Tragung der Kosten.

Das Gericht ging weit über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und verurteilte die beiden Angeklagten zu den eingangs angeführten Strafen.

Letzte Nachrichten.

Der Entwurf des Gesetzes über den Kriegszustand vor dem bayerischen Landtage.

München, 28. Oktober.

Die Kammer der Abgeordneten beriet heute das Gesetz über den Kriegszustand, das eine Lücke in dem bestehenden Recht ausfüllen soll. Die Regierung hatte in dem Ausschuh einzelne Verschärfungen, welche über das preussische Recht hinausgehen, fallen lassen. Mehrere Anträge der Sozialdemokraten, alle Reate aus dem Entwurf herauszunehmen, die sich nicht auf Spionage beziehen, wurden vom Ausschuh abgelehnt und das ganze Gesetz mit allen Stimmen gegen die der sozialdemokratischen angenommen. In der Debatte machte der Justizminister darauf aufmerksam, daß der Entwurf nur für den Kriegsfall ausgearbeitet sei. Die in einem Teil der Presse aufgetauchte Besorgnis, als fänden die Maßnahmen auch bei einem wirtschaftlichen Streit Anwendung, sei grundlos. Kriegsminister Freiherr von Krosch betonte, daß das Gesetz lediglich auf militärischen Rücksichten im Interesse der Landesverteidigung entstanden sei. Die Heeresverwaltung habe schon wiederholt versucht, eine Regelung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen, da dies aber noch nicht gelungen sei, habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, den Gesetzentwurf dem Landtage zu unterbreiten. Der Entwurf soll verhindern, daß Bayern auf eine Schutzwaaffe verzichten müsse, die die übrigen Bundesstaaten und die Nachbarländer schon längst haben. In der Spezialberatung erklärten sich das Zentrum und die Liberalen für den Gesetzentwurf, während die Sozialdemokraten eine ablehnende Haltung einnahmen. Die einzelnen Artikel wurden dann in der Fassung der Regierungsvorlage bezw. in der Ausschuhfassung angenommen, unter Ablehnung einer Reihe von sozialdemokratischen Änderungsanträgen und eines liberalen Antrages. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich in später Abendstunden das ganze Gesetz mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen; dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten.

Keine Immunität der Dumaabgeordneten.

Petersburg, 28. Oktober. (W. T. N.) Der Senat hat beschlossen, daß die Abgeordneten der Duma der Prozeduralen Verfolgung für Reden in der Duma und in der Kommission sowie für Interpellationen an die Regierung unterliegen, wenn sie dabei die Strafgesetze verletzen. Alle Straftaten der Abgeordneten der Duma als solche müssen vor dem höchsten Strafgericht verhandelt werden, selbst dann, wenn eine Privatklage eingereicht ist.

Finanzsorgen in China.

Peking, 28. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Dem Beispiel des italienischen Gesandten folgend, haben die Bankiers der Reichsmandatantelie dagegen Protest erhoben, daß die Einnahmen aus der Salzsteuer, soweit sie 12 Millionen Anels übersteigen, vermindert werden, da die Entschädigung aus dem Boxerkrieg noch nicht bezahlt ist. — Nach einer Meldung der Peking Daily News beabsichtigt das Finanzministerium, in allen Provinzen Finanzvertreter zu ernennen, die ermächtigt sein sollen, die Finanzen der Provinzen zu kontrollieren und monatliche Berichte darüber zu liefern haben. Diese Maßnahme wird als bemerkenswerter weiterer Beweis für die steigende Macht der Zentralregierung angesehen.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung. Montag, den 28. Oktober 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Das Schlepplimonopol auf dem Rhein-Weiser- und dem Lippe-Kanal.

Minister v. Breitenbach: Das Schlepplimonopol war ein wesentlicher Bestandteil des Kompromisses auf Grund dessen 1905 das Wasserstraßengesetz zu Stande kam. Die Regierung war auf Grund dieses Gesetzes zur Einführung des Schlepplimonopols verpflichtet. In einer Ausnahme für den Dortmund-Ems-Kanal, die vielfach gewünscht worden ist, hat sich die Regierung nicht verstehen können, da nach dem Wasserstraßengesetz der gesamte Verkehr vom Rhein zur Weiser mit den anschließenden Wasserstraßen unter das Schlepplimonopol fallen sollte. (Bravo!)

Abg. Herold (Z.): Der Gesamtwasserstraßenbeitrag sowie der westfälische Provinzialbeitrag sind über die Auslegung des Wasserstraßengesetzes anderer Ansicht als der Minister. Sie halten die Ausdehnung des Schlepplimonopols auf dem Dortmund-Ems-Kanal nicht für notwendig auf Grund des Wasserstraßengesetzes. Ich möchte wünschen, daß das Haus sich möglichst einmütig auf den Standpunkt des westfälischen Provinzialparlamentes stellen wird. Die Einzelheiten werden in der Kommission zu erörtern sein; wir beantragen eine solche von 21 Mitgliedern.

Abg. v. Pappenheim (L.): Bei der Beratung der Kanalvorlage war man allgemein der Auffassung, daß das Schlepplimonopol sich auch auf den Dortmund-Ems-Kanal erstrecken sollte. Wenn das Schlepplimonopol tatsächlich durchgeföhrt wird, wird auch der Hafen von Emden, für dessen Ausbau auch meine Freunde so viel getan haben, nicht geschädigt werden. Ich muß annehmen, daß die Regierung durch anderweitige wichtige Konzessionen an den sogenannten Rüstungskonzern diese Schädigung Emdens auszugleichen entschlossen ist. (Bravo!) Redner spricht sich des Weiteren für die Zulassung von Selbstfahrern neben dem Schlepplimonopol unter gewissen Bedingungen aus.

Minister v. Breitenbach: Die Anregungen im Interesse des Emdener Hafens sind bei der Regierung immer auf fruchtbaren Boden gefallen. In der Frage der Verweigerung der erwähnten Konzession muß ich Erklärungen ablehnen; das ist Sache des Handelsministers.

Abg. Graf Nolte (H.) [auf der Tribüne fast unverständlich] schließt sich gegen die Ausdehnung des Schlepplimonopols auf den Dortmund-Ems-Kanal auszusprechen.

Abg. Hirsch-Effen (natl.): Wir haben nicht zu den Vorteilen gehört, die das Kanalgesetz nur machen wollten mit dem Schlepplimonopol, wir waren vielmehr von vornherein gegen das Schlepplimonopol. Auch heute ist unsere Stellung noch dieselbe. In der Frage des Dortmund-Ems-Kanals hat man die Handelskammern zwar gehört, aber ihnen nur wenige Tage Zeit zur Antwort gelassen. (Hört! hört!) Die Ausdehnung des Monopols auf diese Strecke wäre gerade eine wirtschaftliche Schädigung Emdens. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lippmann (Sp.): Auch wir sind von vornherein Gegner des Schlepplimonopols gewesen. Wir müssen alles tun, um den Verkehr zu erleichtern. Die Kommission wird deshalb gründlich zu prüfen haben, ob der § 18 der Kanalvorlage, soweit er das Schlepplimonopol vorsteht, noch aufrecht zu erhalten ist. Die Tarife müssen möglichst billig gestaltet werden. Rücksicht auf die Eisenbahntarife dürfen dabei nicht in Frage kommen. (Bravo links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Das Gesetz wird nicht verkehrsfördernd, sondern verkehrshemmend wirken. An sich sind wir für das Staatsmonopol, aber wir haben zu dem Staate nicht das Vertrauen, daß er das Monopol im Interesse der Bevölkerung und des Verkehrs ausüben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Beschluß über das staatliche Schlepplimonopol war immerhin noch der beste der ganzen Kanalvorlage und es ist nur bedauerlich, daß er auf den Rhein-Weiser-Kanal beschränkt worden ist. Auf keinen Fall darf aus dem Schlepplimonopol nur eine Finanzfrage gemacht werden. Am besten hätte die Regierung gleich die Frage des Verkehrsmonopols angeknüpft. Durch das Verkehrsmonopol, das sich bei den Eisenbahnen ja ganz gut entwickelt hat, würde auch der Verkehr auf den Kanälen am ehesten gefördert werden können. Einer

Kleines feuilleton.

Die Schwierigkeiten des modernen Schlachtberichts schildert der englische Militärschriftsteller, der unter dem Namen „Linedman“ für die „Daily Mail“ schreibt. Nach seiner Meinung sind die Tage des Kriegskorrespondenten vorüber. Die Schnelligkeit, mit der Nachrichten sich jagen, und die ungeheuren Entfernungen des Schlachtfeldes haben sich miteinander verschworen, um ihm seinen Beruf unmöglich zu machen. Die Kriegsführenden verlegen ihm das Handwerk, und schon der alte Ohm-Krieger ist auf diese Weise vorgegangen, indem er die Prekente tatsächlich zu Gefangenen machte, bis die Schlacht sich im vollen Gange befand. Dann fliegen die Männer von der Feder auf die Ballist und was finden sie dort? Ein Schlachtfeld von 100 Kilometer, ein geheimnisvoll wimmelndes Leben überall und eine unübersehbar große Menge Einzelheiten. Von fernher, von der Front, kommt vielleicht ein anhaltendes und aufregendes Geräusch, wie wenn irgend ein Kobold mit einem Stock an irgend welchen Ötterschwänzen entlang rasselte. Das ist die Feuerlinie, die mitten im Gefecht ist. Rufe, dumpfe, großtöne argentinieren dieses Geräusch, wie das schwere Aufschlagen gefällter Baumstämme. Das Getöse wächst an, es schwillt fast zu einem Wellen. Die dumpfen Schläge verdoppeln sich, wachen zu furchtbarem Donner, verlingen wieder zu dem eintönigen Wirbel von Riesenrollen. Die Schlacht hört auf. Heiß ist's zugegangen in der Front. Aber der Kriegskorrespondent kann da nicht hin. In den ersten Reihen zu sein, ist ihm verboten. Und selbst wenn er hinkäme, so würde er nichts sehen, was des Berichtes wert ist. Ist so der Kriegskorrespondent unfähig, seine schwierige Aufgabe zu vollbringen, so muß etwas Besseres an seine Stelle treten, um den Wirrwarr von widersprechenden Nachrichten zu verhilfen, der in dem jetzigen Kriege das klare Bild trübt. Niemals vorher sind wohl so viel Falschmeldungen in die Zeitung gekommen, und es sind nicht journalistische, sondern offizielle Falschmeldungen. Die wichtigste Quelle der Wahrheit ist vergriffen.

Nach der Ansicht des englischen Hochmannes sind die Brigadeführer die einzigen Individuen auf dem Schlachtfeld, die so viel sehen können, wie überhaupt ein einzelner Mensch sehen und verstehen kann; daher würde der beste Schlachtbericht von den Führern der einzelnen Abteilungen abgegeben und von einem obersten Korrespondenten gesammelt und bearbeitet werden. Heute müssen die Korrespondenten, so gut es geht, diese Arbeit, die kein einzelner vollbringen kann, selbst zu verrichten suchen. Wenn sie die Erlaubnis erhalten, dann rasen sie nach den Orten, wo gefämpft wird. Von Rüstschiffen bis Kirchtürme dehnt sich die Front, entwickelt sich der gewaltige Organismus einer modernen Schlacht. Hier wird ein Fort, dort wird eine Batterie in den Lärm des Feuers gezogen; langsam schwillt es an und pflanzt sich fort in den Gräben und Wäldern, die gestern noch so ruhig waren wie das Gras und heute selbst große Gräber sind. Wer kann mehr als einen Bruchteil eines so kolossalen Kampfes mit den Augen erfassen? Wo soll der Beobachter seinen Stand nehmen? Es dürfen auf diesem ver-

änderung des Kanalgesetzes in dieser Richtung würden wir durchaus zustimmen. Der Wunsch nach Ausnahme des Dortmund-Ems-Kanals aus dem Schlepplimonopol ist uns unbegrifflich. Will man das staatliche Schlepplimonopol, so muß man es auch möglichst ausdehnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Versteuerung des Verkehrs würde nur eintreten, wenn die Tarife so gestaltet werden, wie die Regierung das vorschlägt. Aber es liegt ja in der Hand des Hauses, die Tarife abzuändern. Allerdings gehört zur Ausführung solch großer Probleme eine Staatsverwaltung, die anders zusammengefügt ist als die heutige. Eine bedeutende Ersparnis an Betriebsausgaben wäre wohl durch die Einführung der elektrischen Triebwerke zu erzielen und zugleich könnten dann die am Kanal liegenden Orte mit billigem elektrischen Licht versorgt, es könnten auch die großen Zälpferren des Staates ausgenutzt werden und so Kulturfortschritte über die Vorlage hinaus erzielt werden. (Bravo!) Dem Kleinbetrieb der Selbstfahrer wollen auch wir nicht entgegen treten; allerdings führt die Entwicklung doch dazu, ihn immer mehr einzuschränken. Das wichtigste ist der Tarif. Nicht die Güter, sondern lediglich die Last sollte seiner Verrechnung zu Grunde gelegt werden. In den Tarifen auf der Eisenbahn dürfen diese Tarife in gar keine Beziehung gebracht werden. Sollte, wie aus der Begründung hervorgeht, die Absicht vorliegen, die Tarife denen der Eisenbahn gleichzusetzen und die jetzige Wirtschaftspolitik der Regierung auf die Wasserstraßen auszudehnen, dann mühten wir gegen das Monopol stimmen, weil es dann nicht verkehrsfördernd, sondern verkehrshemmend wirken mühte. Eine wesentliche Voraussetzung für unsere Zustimmung zum Monopol ist, daß Nahrungs- und Futtermittel auf den Kanälen zu den billigen Preisen befördert werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Haus anders zusammengesetzt wäre, würde man ohne weiteres fordern müssen, daß das Parlament bei der Festsetzung der Tarife beteiligt wird. Im Prinzip sind wir natürlich für diese Forderung, weil bei einem vernünftigen Wahlrecht die Bedürfnisse des Volkes durch das Parlament besser zum Ausdruck kommen. Bedauerlicherweise hat die Regierung eine Entschädigung der Bediensteten der jetzigen Schlepplimonopole nicht vorgesehen; nur Härten sollen beseitigt werden. Wir halten es für eine Pflicht der Regierung, die bisherigen Arbeiter mit ihren Schiffen zu übernehmen. Mich hat es gewundert, daß das Zentrum auf diese Frage gar nicht eingegangen ist. Soweit die Arbeiter nicht übernommen werden, müssen sie schadlos gehalten werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Also wir sind durchaus zur Mitarbeit an dieser Vorlage bereit. Wir bedauern es, daß der Minister auf Wunsch der Konservativen mit großer Energie erklärt hat, daß durch dieses Gesetz die ganze Kanalfrage zum Abschluß gebracht werden soll. In Wahrheit wird sie erst recht in Bewegung gebracht, denn das staatliche Schlepplimonopol wird sich nur dann rentieren, wenn der Durchgangsverkehr zur Erde geschaffen wird. Erst dann wird das Kulturwert des Kanals seine Krönung erhalten und wirkliche Vorteile für das Volk bringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Debatte wird geschlossen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgen Petitionen

von verschiedenen Unterbeamtenkategorien des Justizressorts, wobei die Abgg. Bartscher (Z.), Wilmann (natl.), Krause (H.) und v. Arnim (L.) insbesondere für Besserstellung der Gerichtsdienstmänner und Gerichtsaktuar eintreten.

Eine Petition Meßner-Kiel um Gleichstellung der Justizunterbeamten mit den Sicherheitsbeamten beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung, die Fortschrittler: zur Erwägung, die Sozialdemokraten: zur Verhütung.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Petition führt aus, daß Angriffe gegen die Gefängnisbeamten nicht auch als Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen werden. Das soll aber nur ein untergeordnetes Faktum für die namentlich im Gehalt bestehende Zurücksetzung der Justizunterbeamten sein. Die Frage, ob diese Beamten Sicherheitsbeamte sind, hat die Rechtsprechung zu entscheiden. Sie bedürfen aber auch einer Sicherung vor unrechtmäßiger Behandlung. Hauptsache ist die Gleichstellung der Gerichtsdienstmänner mit den Schulgelehrten usw. im Gehalt. Der Redner begründet diese Forderung. Es liegt diese Ungleichheit darin begründet, daß die Regierung und die herrschenden Klassen eben mehr Gewicht darauf legen, daß die Schulgelehrten und Gendarmen zu trieben und darum willfährig sind, als daß die angestregten, verantwortungsvollen und

worrenen und unendlich schwer zu übersehenden Kriegsschauplatz selbst die Leitenden über die Bewegungen und Erfolge der einzelnen Forts nur schwer Klarheit gewinnen. Wußt da der Kriegskorrespondent nicht erst recht im Dunkeln tappen?

Theater.

Komödienhaus: „Die Generalsede“. Lustspiel von Richard Stowronne. In dem Stückchen, das ein paar Stunden harmlos unterhalten will und diesen Zweck durch die schamlos fast launige Schilderung eines Aufstandes der Koboldbader Regimentstambouren gegen ein Futterbot des Obersten ganz gut erreicht, wachen bei aller sonstigen Outgeistigkeit immerhin auch einige satirisch-schärfere Bemerkungen auf. Den militärischen Antipathiegeist in seiner kindlich-kleinlichen Reglementierungstrennung trifft manches Schlaglicht. Das Krähwinkelum des Regies, in dem das Regiment des gestirnten nach den Generalseparatellen schiefenden Herrn von Jenseits stationiert ist, potenziert sich sozulegen durch diese Krözung mit dem Militärischen. Die Frau Oberst zum Beispiel versammelt die Ehehäften der nachgeordneten Stellen, die Frauen der Leutnants usw. allwöchentlich zu einem Tee, um ihnen Noten über gutes und schlechtes Betragen auszustellen. Und der Artikel eines armen Jellenerhebers, der in dem städtischen Wäldchen sein Mißfallen darüber ausdrückt, daß die verderblich sittenlose Mode der großen Wagenräderhüte nun auch schon bei den Damen der Koboldbader Offiziere Eingang gefunden habe, reicht hin, den Oberst mit Furcht und Schrecken zu erfüllen. Wird man ihn nicht am Ende auch dafür verantwortlich machen? Schon daß ein Leutnant sich mit der Tochter eines Fabrikanten, mit dem die Frau des Divisionskommandeurs vor Jahren Knack gehabt hat, sich verloben will, ist eine Staatsaffäre, die nach eigener Einschätzung des Obersten sein Generalabnancement aufs erste geföhrt. Das sind so Sorgen! und dabei ist fraglich, ob die Verpflegung hier dem Kern nach abertreibt! Stowronne streift das nur. Seinen Erfolg verdankt das Lustspiel der Reihe munterer Szenen, die sich um die Dufflampagne gruppieren. Die sonst so disziplinbegeisterter Frau Oberst übernimmt, als der erregte Gemahl in die geheiligten Jirzel ihrer Teegesellschaft dringt und die Auslieferung der verhängnisvollen Kopfbedeckungen verlangt, die Führung in dem Bonfott. So wenig wie der Oberst, vermögen die Offiziere sich Gehör in ihrem Hause zu verschaffen; sie flüchten aus dem kampferfüllten Heim in Scharen zum Kasino.

Die beiden ersten Akte wurden sehr belacht, im dritten störte die Gezwungenheit der Konstruktion. Die Listen der Frau Oberst, die zu guter Letzt selbst die betagte Oberkommandeuse für die verurteilten Hölle zu entlassen will und die Auslösung mit dem Fabrikanten inszeniert, buherten so den würdigen Gatten in den Posen der erschütterten Generalsgattin.

Man wolle flöt. In erster Reihe wäre Adele Hartwigs elegante Oberstin, Erich Ziegels borstig charakteristischer Kommandeur und Louis Impeleloven in der bekannten, noch immer dankbar ausgewonnenen Rolle eines sprödehändig redenden, dämlich-verstümmelten Offiziersbüchsen zu nennen.

notwendig viel intelligenteren Gerichtsdienstmänner und Gefängnisbeamten ausreichend bezahlt sind. Das alles gilt auch für die weiblichen Gefängnisbeamten mit ihrem ungemein schweren Dienst. Wir beantragen deshalb Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoff (Sp.): Diese Beamten haben es mit den gefährlichsten Verbrechern zu tun, deshalb dürfen wir über diese Petition nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen.

Ein Regierungskommissar gibt zu, daß der Dienst dieser Beamten schwer und dem der Sicherheitsbeamten ähnlich sei. Es gibt aber auch wieder Verschiedenheiten. Erst bei einer späteren, allgemeinen Revision der Befoldungsordnung wird bieten Wünsche näher zu treten sein. Dem Abg. Liebknecht erwidere ich, daß die Staatsregierung für alle ihre Beamten ein gleich warmes Herz hat. Die Justizunterbeamten haben auch zu ihren Vorgesetzten volles Vertrauen. Der Abg. Liebknecht wird zwischen sie und uns einen Keil nicht treiben können. Dieses Beglügen wird scheitern an dem gelunden Sinn unserer Beamten.

Abg. Bartscher (Z.) wünscht Leuzerungszulagen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Unter den Justizbeamten ist das Wort gefallen: unter diesem Minister haben wir nichts zu erwarten. Die Regierung möge einmal etwas tun, dann werden die Beamten ja sehen ob sie wirklich ein so warmes Herz für die Justizunterbeamten hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bartscher (Z.): In der ersten Lesung der Beamtenbefoldungsvorlage ist seinerzeit von dem sozialdemokratischen Vertreter kein einziger Antrag zugunsten der Justizunterbeamten gestellt worden. (Abg. Hirsch: Einwahr!) Erst in der zweiten Lesung hat dann Herr Hirsch eine große Reihe von Anträgen gestellt, die allerdings weit über das Ziel hinausgehoben.

Ein Regierungskommissar betont gegenüber dem Abg. Liebknecht, er könne aus den Akten nachweisen, daß viele Justizunterbeamte in ihren Eingaben für die erfolgte Besserstellung ihren Dank ausgesprochen hätten.

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Behauptung des Abg. Bartscher ist tatsächlich unrichtig. Die sind 1908 in der Kommission für die Besserung der Lage einer großen Reihe von Unterbeamten und Arbeiter eingetreten und haben auch entsprechende Anträge gestellt. (Abg. Bartscher: In der zweiten Lesung!) Kein auch in der ersten Lesung, das wird das amtliche Protokoll erweisen.

Abg. Ströbel (Soz.): Ich kann das nur bestätigen. Ob wir die Anträge früher gestellt haben oder das Zentrum, ist eine ganz untergeordnete Frage. Charakteristisch für die Beamtenfreundlichkeit des Zentrums war die Äußerung des Herrn Bartscher, unsere Anträge seien zu weitgehend gewesen. Unsere Anträge wären sehr gut durchführbar gewesen, wenn das Zentrum bei anderen Gelegenheiten, z. B. den Pfarrergehältern, gepart hätte. (Sehr wahr!)

Abg. Bartscher (Z.) hält seine Behauptung gegenüber dem Abg. Hirsch aufrecht. Erst als die Kompromißverhandlungen eingeleitet hatten, sind die Sozialdemokraten mit Anträgen ebenfalls hervorgetreten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Sie wissen genau, daß unsere Partei sich der Unterbeamten — des Proletariats der Staatsbeamten — stets so ernstlich wie möglich angenommen hat. Unsere ganze Politik kann aber nur darauf hinauslaufen, die Wünsche der Unterbeamten zu vertreten. In Ihrer Hand liegt es, etwas für diese Beamten zu tun. Sie haben die Macht in Händen. Sie sind verantwortlich für die außerordentlich unzureichende Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Kommissionsantrag auf Tagesordnung wird abgelehnt, der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei auf Erwägung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Ein vom Abg. Frhr. v. Jedlich (H.) gestellter Vertagungsantrag wird vom

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) unter Hinweis darauf bekämpft, daß immer, wenn die Unterbeamtenfrage endlich herankommen soll, das Haus erschöpft sein soll. Ist das Ihre Unterbeamtenfreundlichkeit? Das werden sich die Beamten merken!

Die Vertagung wird gegen die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen und einige Zentrumsmitglieder beschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Sparfassen-gesetz, Rest der heutigen Tagesordnung.)

Humor und Satire.

Rehr Kinder!

Herrn Vorngräber hören wir es rühen, daß wir zu wenig Kinder kriegen. Darüber tut er fürchtbar belien und sucht nach Mitteln abzuhelfen. Es mühte hier vor allen Dingen, meint er, die Weislichkeit einzuimpfen. Als letztes, allerbestes Mittel, empfiehlt er Polizei und Amittel! Nun ist das Polibat gewiß den Preistern ja kein Hindernis; sie tun schon längst, was sie vermögen — viel Kinder sind ja Gottes Segen. Doch in der heutigen bösen Zeit fehlt oft Moral und Gläubigkeit. Drum, Polizei, komm du heran, tu, was du kannst und brich den Damm. Nimm jedes Vuch, das nicht die Bibel und wirf ins Feuer dieses Uebel, wirf ins Gefängnis Frau und Mann, die mind'tens nicht acht Kinder han. Dann weigt du, Michel, guter Christ, was du dem Staate schuldig bist: „Wenn auch der Hunger Dual dir schuß, Zeug' Kinder, das ist dein Beruf, und lehr' sie hungern früh und spat, denn solche Diener braucht der Staat.“

E d e.

Notizen.

— Weingartners Lustige Dubertüre fand bei ihrer Uraufführung im ersten Gärzeng-Konzert in Köln einen glatten Erfolg, der zum Teil freilich auch der Person des selbstglühenderen Komponisten galt, dem man ja gerade heute gerne seine Sympathien äußert. Es ist ein gefälliges, schön und elegant gearbeitetes Werk, mehr grazios eigenlich als humorvoll, es fehlt auch wieder ein lässlicher Wolzer nicht, der keineswegs urprünglich ist, obschon er diesmal nicht Strouss'isch klingt. Thematische Ursprünglichkeit ist überhaupt nicht die Stärke der Dubertüre, wohl aber Unmittelbarkeit und Unterholtsamkeit.

— Der Direktor des deutschen Schauspielhauses, Dr. Karl Hagemann, dessen Vertrag mit Ende dieses Jahres abläuft, gedenkt seinen Posten definitiv aufzugeben.

— Die Kommune, Romau von Paul und Viktor Marguerite, bringt ihrer Parteiverlag, die Buchhandlung Volkstimme in Frankfurt a. M., in einer billigen, ungelagerten Volksausgabe auf den Büchermarkt. Das hervorragende, jedoch infolge seines hohen Preises von 10 resp. 12 M. in Arbeiterkreisen fast gar nicht verbreitete Werk kostet in dieser Ausgabe drohschicht 1 M. und gebunden 1,50 M.

Die Teuerung.

Sier Bundesstaaten gegen Preußen.

Die die „Braunschweigische Landeszeitung“ zuverlässig erfährt, liegen gegenwärtig beim Bundesrat noch vier Bundesregierungsanträge auf Erleichterung der Fleisch-einfuhr vor.

Der Kleinhandel zur Teuerung.

Die ganze Rückständigkeit des Kleinkaufmannstandes offenbart sich wieder einmal auf der Tagung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe. Anstatt sich gegen die Zollwucherer aus dem agrarischen und industriellen Lager zu wenden, die alle notwendigen Lebensmittel verteuern und dadurch den Konsum verringern, ereifern sich die kleinen Kaufleute gegen die Konsumenten und den „Teuerungsdrummel“, gegen Warenhäuser, Konsumvereine und die „handeltreibende Beamtenchaft“. Auch die Regierung und die Städte erfahren auf der Tagung scharfe Angriffe, weil sie durch die Teuerungsmassnahmen den selbständigen Mittelstand ruinierten, der doch das beste Bollwerk gegen das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie sei. So hörte man: Das Gespenst der Teuerung wurde erst hervorgerufen durch die gesamte rote und eine mit ihr verwandte Presse. Allein die Börsenspekulation sei an der Teuerung schuld. Die Vorwürfe gegen den Profitwucher des Kleinkaufmannstandes seien vollkommen unberechtigt. Trotzdem wären die Städte, und sogar auf Anregung der Regierung, zur Errichtung „kommunistischer“ Betriebe übergegangen. Aber nur den Beamten und solchen Kreisen, die es nicht nötig haben, kämen diese Erleichterungen zugute. Die Kaufleute „erwarten daher, daß die Gemeinden den beschrittenen Weg verlassen“. In Zeiten auffallend hoher Preisbildungen sollten die Handwerks- und Gewerbetreibenden als geschäftlich berufene Vertreter für Handel und Gewerbe in Gemeinschaft mit den ortsansässigen kaufmännischen und gewerblichen Organisationen die zur Abhilfe geeigneten Mittel beraten und gegebenenfalls in die Wege leiten!

Die But der Kleinkaufleute über die Regierung und die Mehrheitsparteien versehen wir wohl. Gaben sich bisher jene doch stets in Worten als Mittelstandstrotter aufgespielt und jetzt verfolgen sie ganz offen Bestrebungen, den Zwischenhandel völlig auszuschalten. Nur fürchten wir, daß diese Erkenntnis die Kaufleute politisch nicht erzieht wird; denn sonst könnten sie nicht in so sinnloser Weise auf die Konsumvereinigungen der Arbeiterschaft schimpfen.

Auf den Reichstag kommt es an.

Das „Resultat“ der Teuerungsdebatten im Landtag war zu erwarten. Die ganze reaktionäre Dreiklassenstimmung bedauerte mit Worten die außerordentliche Teuerung, erklärte sich aber gegen jede wirkliche Hilfe. Um so wichtiger ist es, daß der Reichstag zu den Regierungsmaßnahmen Stellung nimmt. Die Regierung hat ja selbst darauf verwiesen, daß dort über die Frage der Fleisch-einfuhr-erleichterungen entschieden werden muß. So schreibt aus die „Frankfurter Zeitung“:

Die Teuerungsdebatten im preussischen Landtag sind bloß ein Zwischenspiel. Denn nur auf den Reichstag kommt es jetzt an. Was man ihn noch einen Monat lang in den Ferien lassen, mag man die wirkliche Betretung des Volkes in dieser schweren Not noch ein paar Wochen auszuschalten suchen — auch diese Wochen gehen vorüber. Wie dann der Reichstag sprechen, wie er handeln wird, das allein ist von Wichtigkeit. Wie der preussische Landtag sprechen würde, wußte man im voraus. Dieses hohe Haus, in dem die Linke nur reden, aber nicht handeln kann, in dem sogar das Zentrum noch viel reaktionärer, sogar die Nationalliberalen noch viel agrarischer sind als in dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts — dieses Haus, in dem heute die Konzeptionen beinahe allein die Mehrheit haben, ist nur dazu da, die Regierung an ernsthaften Maßnahmen zu hindern, wenn sie solche wirklich ergreifen wollte. Das wußte man vorher. Und man wußte auch vorher, was Herr von Bethmann Hollweg sprechen würde; er hat uns oft genug gesagt, welche ernsthaften Maßnahmen er nicht ergreifen wolle. Deshalb sind diese Debatten jetzt nur ein Zwischenspiel, auf das es nicht ankommt. Ankommen kann es jetzt einzig und allein darauf, ob sich im Reichstag eine entschlossene Mehrheit findet, die sich auf ein Mindestprogramm zur Bekämpfung der Teuerung einigt und mit allen Mitteln parlamentarischer Nachhütung, bis zur Verweigerung des Etats, die Regierung zur Verwirklichung dieses Mindestprogramms zwingt. Gelingt dies, dann werden wir vorwärts kommen; gelingt es nicht, dann müssen die Volksmassen weiter darben.

Ueber die Arbeiten der Kommission zur Untersuchung der Fleischpreise.

Die nach der im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgten Ankündigung des preussischen Ministerpräsidenten demnächst zusammenzutreten wird, veröffentlicht die „Pöfzeitung“ jetzt folgende Einzelheiten: Um die Ursachen der großen Preissteigerungen, namentlich bei Schweinefleisch, festzustellen, soll die Kommission umfassende Erhebungen über die Höhe der landwirtschaftlichen Produktionskosten und über die Rentabilität der Viehzucht anstellen. Weiter soll die Kommission untersuchen, in welchem Verhältnis die verschiedenen Viecharten bzw. Fleischarten zur Fleischversorgung des deutschen Volkes stehen und welche Verschiedenheiten hier unter den einzelnen Landesteilen vorhanden sind. Ermittelt soll auch werden, in welchem Umfang beim Detailfleischverkauf dem reinen Fleische Knochen und Fettgewebe beigegeben werden und welche Höchstgrenzen für die Beigaben evtl. festzusetzen wären. Endlich ist eine ausgedehnte Zusammenstellung anderer Lebensmittelpreise überhaupt nach Landesteilen vorgesehen. — Alles das festzustellen, was hier angeführt ist, wird natürlich eine riesige Zeit in Anspruch nehmen. Um Mittel und Wege zu finden, die herrschenden Preisnot abzuheben, braucht man solche Untersuchungen nicht. Die Sozialdemokraten haben wiederholt gezeigt, was geschehen müßte, eine Verringerung der Not zu erzielen. Da die Regierung den von unserer Partei gezeigten Weg nicht gehen will, bleibt eben keine andere Vermutung, als die: die Regierung will das Volk hinhalten.

Massnahmen gegen die Teuerung.

In Herford beschloßen die Vertreter einer Anzahl kleinerer westfälischer und sippischer Städte, gemeinsam holländisches Schloßvieh aufzukaufen, obgleich der Preis auf den Großhandelsplätzen infolge der starken Nachfrage erheblich in die Höhe gegangen ist. Der Magistrat von Detmold hatte versucht, größere Posten Gemüße bei den Landwirten aufzukaufen, um es zu billigen Preisen abgeben zu können. Die öffentliche Aufforderung zur Einreichung von Angeboten hat aber fast gar keinen Erfolg gehabt; die Landwirte halten ihre Waren für den selbständigen Verkauf zurück.

Die Stadtverwaltung von Neuh (Rheinland) verkauft jetzt wöchentlich 30 bis 40 Zentner Seefische. Anfänglich wurden in den Volksschulen Fischschüsseln verteilt. Der städtische Fischverkauf hat zur Folge gehabt, daß auch die Privatfischhändler zu wesentlich herabgesetzten Preisen verkaufen und ebenfalls guten Absatz finden. In Fürth hat die Stadtverwaltung dänisches Fleisch durch eigene Angestellte ausfinden lassen, da die Metzger sich weigerten, ausländisches Fleisch zu verkaufen. Da der Preis für das dänische Fleisch sehr hoch war, machte ein Metzger im Verein mit einem Viehhändler der Stadt das Angebot, zu den gleichen billigen Preisen, zu denen die Stadt dänisches Fleisch verkauft, das Fleisch inländischer Ausgewählte Tiere in guter Qualität verkaufen zu wollen. Auf dieses Angebot ging die Stadt ein. Sie stellte den eigenen Fleischverkauf ein und überließ dem Metzger das städtische

Fleisch mit der Einrichtung, in dem der Metzger nun das Fleisch um 15 bis 20 Pf. das Pfund billiger verkauft, als der übliche Preis in letzter Zeit war.

Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung in der Schweiz.

Die Stadt Zürich, die auf manchem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik mit gutem Erfolge vordrängte, steht im Begriffe, einen weiteren bedeutungsvollen Schritt zu machen durch die Einführung der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung für ihre Arbeiter, Angestellten und Beamten, nachdem die Frage bereits seit Jahren anhängig und auch in der Gemeindeordnung von 1907 vorgelegen ist. Nach jahrelangen Vorarbeiten hat jetzt der Kleine Stadtrat dem Großen Stadtrat die Statuten einer Versicherungsanstalt vorgelegt, die alle vollbeschäftigten Beamten, händigen Angestellten und Arbeiter, ihre Witwen und Waisen sowie weitere Angehörige in die Versicherung einbezieht. Die Leistungen der Kasse bestehen in der Ausrichtung von Alterspensionen, Invalidenpensionen, Pensionen an Witwen und Waisen und andere Hinterlassene, von Entschädigungen bei Betriebsunfällen, bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und von Abgangsentchädigungen. Jeder versicherte Aktive, der das 70. Altersjahr und mindestens 30 Dienstjahre zurückgelegt hat, ist berechtigt, die Pensionierung zu verlangen. Die Alterspension beträgt 60 Proz. des Jahreseinkommens.

Wird ein Versicherter nach Eintritt des 11. Dienstjahres infolge Krankheit oder infolge Nichtbetriebsunfalls voraussichtlich dauernd unfähig, seine bisherigen Dienstobligationen zu versehen, so wird er in den Ruhestand versetzt und hat Anspruch auf eine Pension. Die Rente beträgt im 11. Dienstjahr 30 Gehaltsprozente und steigt mit jedem Dienstjahre um 1 1/2 Proz.; mit dem 31. Dienstjahre wird das Maximum, 60 Gehaltsprozente, erreicht.

Die Witwenpension wird lebenslanglich ausgerichtet und beträgt 40 Proz. der dem Manne zukommenden Invalidenpension. Eine Erhebung der Witwenpension um ein Viertel findet statt, wenn die Ehefrau mehr als 20 Jahre jünger ist oder wenn die Ehe nach dem vollendeten 50. Lebensjahre des Mannes abgeschlossen wurde. Die Pension kommt ganz in Wegfall, wenn zur Zeit des Todes die Ehe getrennt war; wenn die Witwe nicht für ihre Kinder sorgt oder schuldhafter Weise längere Zeit von ihrem Manne oder ihren Kindern getrennt gelebt hat. Bei Wiedererwerbstätigkeit auf Ende des Monats, in dem die Heirat stattfand, tritt eine Abfindung im doppelten Betrag der Jahrespension ein.

Die Waisenpension beträgt für jedes eheliche Kind bis zum zurückgelegten 20. Lebensjahre 15 Proz. der dem Vater zukommenden Invalidenpension. Der Anspruch aller Waisen beträgt im Maximum 60 Proz. der Invalidenpension.

Die Witwenpension beginnt für die Witwen der Aktiven mit dem Tage, an dem der Bezug des Gehaltes aufhört, für die Witwen der bereits pensionierten Versicherten mit dem ersten Tage des auf den Todesmonat folgenden Monats. Eine Ehe, die nach dem 60. Altersjahre oder nach Anerkennung der Invalidität geschlossen wurde, gibt keinen Anspruch auf Witwenpension. Kinder, die nach dem 60. Altersjahre des Vaters oder nach Ablauf von 300 Tagen nach erfolgter Invalidität geboren werden, erhalten keine Waisenpension.

Wenn ein Versicherter, der zehn volle Jahre im Dienst der Stadt gestanden hat, ledig oder als Witwer ohne unterstützungsbedürftige Kinder stirbt und Eltern, Enkel oder erwerbsunfähige Geschwister hinterläßt, die auf seine Unterstützung angewiesen waren, so erhalten die Verwandten je nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit einen Teil, zusammen aber höchstens 30 Proz. der Invalidenpension. Die Pension wird ausgedehnt, so lange die Bedürftigkeit dauert, an Enkel und Geschwister aber nur bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit übernimmt die Kasse, nachdem die Stadt drei volle Monate das Gehalt bezahlt hat, drei weitere Monate die Bezahlung von 75 Proz. des Gehaltes. Dauert die Arbeitsunfähigkeit noch länger, so richtet die Kasse für drei weitere Monate 50 Proz. des Gehaltes mindestens aber den Betrag der entsprechenden Invalidenpension aus. Hat die Arbeitsunfähigkeit ununterbrochen 9 Monate gedauert, so wird der Versicherte pensioniert oder abgehenden.

Wenn ein Versicherter voll arbeitsfähig aus dem Dienst der Stadt ausscheidet, bevor er das pensionsberechtigende Alter erreicht hat, so hat er Anspruch auf 50 Proz. der von ihm selbst gemachten Einzahlungen, ohne Zins, als Abfindung. Bei Betriebsunfällen zahlt die Kasse, wenn die statutarischen Leistungen geringer sind, die im Fabrikgesetz vorgesehenen Entschädigungen, gleichgültig, ob der Versicherte dem Fabrikgesetzpflichtig untersteht oder nicht.

Für diejenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die beim Inkrafttreten der Versicherungsanstalt bereits im Dienste der Stadt stehen, ist bestimmt, daß die, die beim Eintritt in den städtischen Dienst das 40. Jahr und beim Inkrafttreten der Statuten das 60. Altersjahr überschritten haben, nicht in die Hinterbliebenenversicherung eintreten, aber sich in sie einkaufen können. Die Pensionisten des Polizeikorps, die Krankenassen des Gaswerks, der Straßenbahn und des Postamtes werden in die Versicherungsanstalt einbezogen.

Die Kasse ist auf dem sog. Deckungsverfahren aufgebaut, der einzig ganz sicheren Grundlage, gegenüber dem Umlageverfahren, das darin besteht, daß jedes Jahr nur die zur Deckung der laufenden Ausgaben nötigen Beträge erhoben werden. Das Deckungsverfahren sieht die Anlage von Reserven vor.

Ueber die Kosten der Versicherung wird gesagt, daß sich ein jährlicher versicherungspflichtiger Beitrag von 8 1/2 Millionen Frank mit Beiträgen von 1 100 000 Frank ergibt, den mit 425 000 Frank die Versicherten und mit 680 000 Frank die Stadt ausbringen soll. Anderer Berücksichtigung verschiedener Faktoren reduziert sich die jährliche Reineinnahme der Stadt auf 380 000 Frank.

Der Stadtrat beantragt, vorläufig nur die Alters- und Invalidenversicherung einzuführen und abzuwarten, welchen Einfluß die eidgenössische Kranken- und Unfallversicherung auf die Versicherung der städtischen Angestellten haben wird. In diesem beschränkten Umfang soll die Wirksamkeit der Versicherungsanstalt am 1. Januar 1913 beginnen. Alle die Kranken- und Invalidenversicherung der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu ordnen, auf welchen Zeitpunkt die Versicherung auf die Witwen und Waisen und allfällige auf andere Verwandte der Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgedehnt sei, welche Fürsorgeeinrichtungen für die Angestellten, die nicht Mitglieder der Kasse werden können, zu treffen seien, wird vom Stadtrat noch zu prüfen sein.

Ist einmal die Versicherungsfrage unter Dach, so reißt sich dann damit die Stadt Zürich den anderen Schweizerstädten Winterthur, St. Gallen, Bern, Basel und Lausanne, die bereits Pensionisten für invalide Arbeiter und Angestellte haben, an, während in anderen Städten, so in Schaffhausen und Frauenfeld, die Schaffung von solchen in Aussicht genommen ist.

Aus Industrie und Handel.

Politik und Börse.

Der Ruhe der letzten Tage folgte am Montag ein erneuter Ansturz an der Berliner Börse: Die führenden Montanwerte sanken um 5 und 6 Proz., ebenso die Elektrizitätswerte. Starke Kursrückgänge erlitten russische Bankwerte; die Aktien der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ verloren 11 Proz., die deutschen Bankwerte wichen um etwa 2 Proz. Durch Zwangsverkäufe kam auf verschiedenen Gebieten Material heraus, das nur schwer Aufnahme fand. Es sollen Exkulationen u. a. auch für das Bankhaus Fr. von Einem in Reichenbach erfolgt sein, für das zweite Bankhaus in Reichenbach, das nun seine Zahlungen eingestellt hat. Im

Anschluß daran entstanden Befürchtungen über weitere Zahlungsschwierigkeiten; von den Banken sind zweifellos verschiedene Firmen gestützt worden. Daß die zuversichtliche Stimmung, die während des größten Teils der vergangenen Woche geherrscht hat, nun umschlug, ist vornehmlich auf die veränderte politische Situation zurückzuführen. Nach der Rede des französischen Ministers Poincaré ist auch in den Kreisen, die bisher zu einem starken Optimismus neigten, die Erkenntnis für die politischen Schwierigkeiten geweckt worden. Im weiteren Verlaufe trat eine leichte Erholung ein, auf die Meldung von einer ruhigeren Haltung der Londoner Börse.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sandshafs.

Das bedeutende Interesse, das Oesterreich-Ungarn am Sandshaf bekundet, hat seine Ursache jedenfalls mehr in dem strategischen Wert dieses Landstriches und überhaupt in militärischen Rücksichten. Die dauernde Besetzung des Sandshafs durch Serbien oder Montenegro würde Oesterreich-Ungarn für immer von den türkischen Gebieteilen der Balkanhalbinsel trennen und damit der Donaumonarchie die Geltendmachung ihres Einflusses in gegebenen Momenten sehr erschweren. Die wirtschaftliche Bedeutung des Sandshafs ist vorläufig nicht allzu hoch einzuschätzen, obgleich das ganze Gebiet bei geordneter Verwaltung und bei Verwendung größerer Kapitalien zur Verbesserung der Verkehrsmittel usw. noch einer stärkeren Entwicklung fähig ist. Oesterreich-Ungarn läßt das Wirtschaftsleben des Sandshafs durch sein Generalkonsulat in Stutari aufmerksam beobachten. Der Bericht des Generalkonsuls für das Jahr 1911 zeigt, wie sehr dieses ganze Gebiet schon seit Jahren unter der dauernden politischen Unruhe und dem Mangel einer strengen Verwaltung leidet. In den Jahren 1910 und 1911 standen Handel und Gewerbe in Stutari wie im übrigen Teile des Sandshafs im Zeichen einer starken Depression. Neben der Mähernte des Jahres 1910 haben die Ereignisse des Jahres 1911, vor allem der Mäheraufstand, der Krieg mit Italien und die Choleraepidemie einen sehr schlechten Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgeübt. Die beunruhigenden Ereignisse in den Bergen und die mit ihnen zusammenhängende Unsicherheit im Verkehr der Bergbewohner mit Stutari unterbanden die Beschäftigungen zwischen Stadt und Land gänzlich. Ein großer Teil der Kaufleute sperrte in der Stadt und im Bezirk die Läden und begab sich ins Ausland. Die Zahlungen wurden in die Länge gezogen, die Kreditgewährung seitens der ausländischen Firmen wurde fast gänzlich eingestellt. Derartige Hemmnisse sind die wirtschaftliche Entwicklung des Sandshafs immer wieder ausgebreitet gewesen, obwohl schon oft ein Anlauf zur Besserung genommen wurde. Die kommt namentlich auf dem Gebiete der gewerblichen Tätigkeit zum Ausdruck, wo der Mangel an Kapitalien, dann aber ganz besonders die Anspruchlosigkeit der Bevölkerung und die damit zusammenhängende geringe Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen den bestehenden Betrieben nur eine geringe Bedeutung einräumt. Die Gesamteinfuhr und -Ausfuhr Stutaris, mit Ausnahme des Transitverkehrs, repräsentierte im Jahre 1911 einen Wert von 7,91 Millionen Kronen gegen 6,07 Millionen Kronen im Vorjahre. Diese Zunahme kommt ausschließlich dem erhöhten Export zu gute, während der Export aus dem Sandshaf im Berichtsjahre ein verschwindend kleiner war. Die Gesamteinfuhr ist von 4,89 auf 7,43 Millionen Kronen gestiegen. Hieron entfallen auf:

	Wert in Kronen	
	1910	1911
Oesterreich	1 459 895	2 005 075
Ungarn	164 985	971 540
Italien	1 036 616	1 552 700

Der Import aus Italien betrifft nach wie vor hauptsächlich Reis- und Baumwollgarne. Der italienische Absatz in Baumwollwaren, Spiritus, Seide, Seiler- und Kurzwaren ist wiederum beträchtlich zugunsten der österreichischen Einfuhr zurückgegangen. Der Transitverkehr Stutaris mit Montenegro ist im Jahre 1911 von 1,78 Mill. K. auf 1,19 Mill. K. zurückgegangen. Die Gründe für diesen Rückgang dürften in der Ausgestaltung des Hafens von Antivari und der damit erzielten Erleichterung der Warenverladung, welche in früheren Jahren infolge der fehlenden Hafenanlagen mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft war, zu suchen sein. Die österreichischen Schiffsahrtsgesellschaften haben dem stetig wachsenden Bezug von Waren aus der Donaumonarchie durch Ausgestaltung ihrer Verkehrsnetze Rechnung getragen. So hat der Oesterreichische Lloyd ab 1. Januar 1912 einmal wöchentlich mit dem Dampfer Stutari eine direkte Verbindung Stutari-Cattaro aufgenommen, während die Ungaro-Kroata ihre Fahrten bis Patras auszudehnen beabsichtigt.

Der geheimnisvolle Fischenkauf.

Die im äußersten Süden des Ruhrgebietes liegende Pecher Deutschland, auf der eine 1200 Mann starke Belegschaft beschäftigt ist, soll stillgelegt werden. Das Kohlenyndikat tritt dieses Mal als Käufer auf, weigert sich aber, den Namen der Gruubenverwaltung zu nennen, die die Beteiligungsziffer zu übernehmen gedenkt. Die Pecher soll angeblich unrentabel sein, wiewohl die Ausbeute im letzten Vierteljahr noch 225 000 M. betrug.

Soziales.

Unverschuldeter Verzug des Arbeitgebers.

Gegen den Fuhrunternehmer Wrasch Nagle der Kutscher C. vor dem Gewerbegericht auf Zahlung eines Restlohnens im Betrage von 16,50 M. Kläger war mit einem Wochenlohn von 25,50 M. ohne Kündigung eingestellt. Als bei dem Beklagten die Fuhraufträge schüben und ein Pferd krank wurde, hat dieser den Kutscher nicht entlassen, weigerte sich aber auch Lohn zu zahlen. Der Kutscher war täglich zur Arbeit erschienen; erst nach vier Tagen wurde ihm gesagt, daß er sich eine andere Beschäftigung suchen müsse. Die Kammer VII des Gewerbegerichts verurteilte den Beklagten dem Klageantrag entsprechend, denn der Arbeiter könne nicht verantwortlich gemacht werden, wenn das Geschäft keine Aufträge habe. Wenn für ihn keine Arbeit vorhanden gewesen wäre, hätte man den Kutscher entlassen müssen.

Die Entscheidung entspricht durchaus dem Gesetz. Der Arbeitgeber hat Lohn zu zahlen, wenn er die Arbeitsverhältnisse aufgibt. Ob die Nichtstellung auf einer Verletzung beruht oder ohne sie erfolgt (z. B. bei verspäteter Lieferung der Materialien, Brand usw.), ist unerheblich. Denn § 293 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat die bis 1900 in der Gesetzgebung der einzelnen deutschen Staaten verschiedentlich beantwortete Frage, ob zum Verzug Verschulden gehöre, verneint. § 293 des Bürgerlichen Gesetzbuches lautet: „Der Gläubiger kommt in Verzug, wenn er die ihm dargebotene Leistung nicht vornimmt.“

Konferenz sächsischer Baugenossenschaften.

Dresden, 27. Oktober 1912.
Heute vormittag 11 Uhr trat in Dresden eine Konferenz sächsischer Baugenossenschaften zusammen, die von der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge in Dresden einberufen war. Sie war von circa 200 Delegierten besucht. Zahlreiche Vertreter der Landes- und Kommunalbehörden waren anwesend. Geheimrat Marwit, der Vorsitzende der Zentralstelle, führte in der Begrüßungsrede unter anderem aus: Die Entwicklung der Industrie habe eine Menge Aufgaben hervorgerufen, die der einzelne zu lösen nicht imstande sei. Neben der Befriedigung des Nahrungs- und Kleidungsbedürfnisses trete die Wohnungsfrage an die Menschen heran. Was aber dem einzelnen schwer falle, lasse sich, auf eine rationelle Grundlage gestellt, von der Allgemeinheit leichter

Wien. Und an dieser Aufgabe sollte die Zentralstelle mitarbeiten. Es muß befriedigende Wohngelegenheit geboten sein. Die Wohnungsfrage ist die wichtigste und dringendste Forderung. Wenn die Wohnung ein Gradmesser der Kultur ist, dann muß noch viel geschehen, ehe wir uns als ein Kulturvolk bezeichnen können.

Hierauf ergriff Dr. Karl v. Rangoldt-Frankfurt a. M. das Wort über das Thema:

„Die Beteiligung von Staat und Gemeinde an der Lösung der Wohnungsfrage, insbesondere an den Bestrebungen der gemeinnützigen Bauvereine.“

Er führte aus: Bei Besprechung dieser Materie müssen einige Grundfragen aufgestellt werden, die etwa lauten müssen: Ist eine gründliche Wohnungsreform nötig? Was können Staat und Gemeinde tun? Was können sie für die Bautätigkeit tun und in welchem Verhältnis stehen sie zu der Wohnungsreform? Vor 100 Jahren war Sachsen ein agrarisches Land, ein Land kleiner und feiner Orte. Eine solche Entwicklung, wie wir sie heute beobachten, hat die Weltgeschichte noch nicht gesehen, daß solche ungeheuren Menschenmassen an einem Ort zusammengeballt waren, wie heute in den modernen Großstädten. Mit der agrarischen Beschäftigung war gute Luft verbunden, die industrielle Beschäftigung vollzieht sich in geschlossenen Räumen. Das ist selbstverständlich nicht ohne Einfluß geblieben. Diese Menschen bedürfen einer ausreichenden und guten Wohnung. Diesen Mangel, dem Mangel an frischer Luft, der Loslösung von der Natur, muß durch eine gesunde Dezentralisation, durch den Ausbau der modernen Verkehrsnetze, durch Schaffung von Parks und grünen Anlagen entgegengearbeitet werden, um den moralischen Stand der Bevölkerung zu heben, die Gesundheit zu schonen. Säuglingssterblichkeit, Schwindel, Alkoholismus, falsche Lebensrichtung sind die Folgen der bestehenden Zustände. Es ist klar, daß auch der Geburtenrückgang zum Teil mit auf das Konto der mangelhaften Wohnungsverhältnisse zu setzen ist. Die bestehenden Wohnungen müssen verbessert, neue geschaffen werden. Es muß aber auch Boden da sein, um bauen zu können. In dieser Beziehung haben aber Staat und Gemeinden zum großen Teil versagt. Der Fiskus von heute schämt sich nicht, die verwerflichsten Wuchergeschäfte zu machen. Besonders auffällig erregte seinerzeit der Verkauf des Tempelhofer Feldes. Die Gemeinden sind schuld an der falschen Bodenpolitik. Wir haben zu leiden unter der vielen Regiererei. Wir leiden unter einem Meer von Vorschriften, Listen und Kosten. Bei jedem Besuch sind ein halbes Dutzend Stellen zu passieren und das dauert mitunter Jahre. Redner faßt seine Grundsätze dahin zusammen: Ausschließung des Geldes durch Staat und Kommune, Kampf gegen den Schwindel, Verbesserung des Baurechts und des Bauwesens. Es gilt die Rechtsformen, wie Erbbaurecht, Wiederkaufrecht, Hypothekensachen usw. So wollen wir Vorarbeit leisten für das Wohl des gesamten Volkes.

Geh. Regierungsrat Dr. Rath von der Landesversicherungsanstalt bespricht die

Aufgaben der Versicherungsanstalt

im allgemeinen und gegenüber den Baugenossenschaften im besonderen. Der Versicherungsanstalt ist die Befugnis eingeräumt, einen Teil ihres Vermögens gemeinnützigen Bestrebungen zur Verfügung zu stellen, und das geschieht gegenüber den Bauvereinen, deren Mitglieder sich aus versicherungspflichtigen Personen zusammensetzen. Der Fiskus beträgt 4 Prozent einschließlich 1 Prozent Amortisation. Voraussetzung zur Beleihung von Bauvereinen ist die Gemeinnützigkeit, also die Spekulation ist ausgeschlossen. Der Zweck der Gemeinnützigkeit erfordert die Vermietung der Wohnungen zu einem angemessenen Mietpreise. Bei Beleihung von Baugenossenschaften muß sich die Versicherung selbstverständlich gewisse Rechte vorbehalten, so z. B. die Bedingungen zur Tilgung der Darlehen, das Vorkaufrecht bei Verkauf der Häuser und ähnliches. Für unbedenklich erachtet die Versicherung eine Beleihung von Baugenossenschaften, wenn die Gemeinde die Bürgschaft übernimmt. Redner erörtert dann noch die Beleihung des Erbbaurechts, die Finanzierung von Bauvereinen durch die Sparkassen und wickelt auf die Verordnung des Reichsversicherungsamtes hin, daß die Gelder nur noch zu 3/5 Prozent ausgegeben werden sollen. Es werden sich, meinte Redner, noch Wege finden lassen, die die Beleihung von Baugenossenschaften erleichtern. Die Versicherungsanstalt ist sich der Bedeutung der Wohnungsfrage bewußt und wird aber in Zukunft die Vergabe von Baugeldern für den Kleinwohnungsbau von dem Beitritt zu dem neuen Verbands abhängig machen.

Nach Besprechung der Aufgaben und des Status des neuen Verbandes trafen dem Verband sofort 40 Baugenossenschaften bei

Gerichts-Zeitung.

Schadenersatz wegen übermäßig langer Arbeitszeit.

§ 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches legt, wie wir wiederholt dargelegt haben, dem Dienstherrn die Verpflichtung auf, Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Dienstverpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Verlegt der Dienstberechtigte schuldhaft diese Pflicht, so hat er den dadurch dem Dienstverpflichteten entstandenen Schaden zu ersetzen. Die Frage, ob auch übermäßige Ausdehnung der Dienstzeit in einem Verstoß gegen § 618 B. G. B. anzusehen ist und Schadenersatzansprüche erzeugt, muß, wie wir wiederholt betont haben, unbedingt bejaht werden. Daraus folgt, daß auch wegen übermäßiger Arbeitszeit auf Schadenersatz geklagt werden kann, selbst wenn diese vertraglich vereinbart ist. Das Reichsgericht hat in einer am Sonntagabend vor dem dritten Zivilsenat verhandelten Streitsache dieselbe Ansicht als die richtige bezeichnet.

Die Einzelheiten des interessanten Rechtsstreits waren folgende:

Der Kläger war bei der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft vom Juni 1903 bis November 1909 als Schlafwagenschaffner auf der Strecke Basel-Frankfurt-Kassel tätig. Seit dem Herbst 1909 leidet er an einer schweren Nervenkrankheit, so daß er nach seiner Behauptung nicht die geringste Arbeit mehr leisten kann. Die Schlafwagen-Gesellschaft hat ihm deshalb zum 1. Februar 1910 gekündigt. Der Kläger führt seine Krankheit auf die Anstrengungen des Dienstes zurück. Schon der regelmäßige Dienst sei anstrengend gewesen, er habe aber auch noch außer gewöhnliche Dienstleistungen verrichten müssen, mitunter habe er 23 und 30 Nächte hintereinander Dienst tun müssen, ohne eine Nachtruhe dazwischen zu haben; durch diese übermäßigen Dienstanstrengungen sei er vollständig erwerbsunfähig geworden. Er hat deshalb gegen die Schlafwagen-Gesellschaft eine Klage auf Schadenersatz erhoben. Die Beklagte wendet ein, die Dienstforderungen seien nicht übermäßig gewesen; es treffe den Kläger auch ein konkurrierendes Verschulden an dem Schaden insofern, als er, wenn er den Anforderungen des Dienstes nicht gewachsen war, rechtzeitig das Dienstverhältnis hätte kündigen müssen.

Das Landgericht I zu Berlin hat aus dem letzteren Grunde die Klage abgewiesen. Dagegen hat das Kammergericht zu Berlin den Klageanspruch

dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Zur Begründung seiner Entscheidung führt das Kammergericht aus: Der § 618 B. G. B. findet auf den vorliegenden Fall Anwendung. Die Beklagte war verpflichtet, mit Hilfe eines ausreichenden Personals den Dienst so zu regeln, daß der Kläger, abgesehen von Ausnahmefällen, nicht überlastet und seine Gesundheit nicht gefährdet war. Mit Unrecht beruft sich die Beklagte auf ein konkurrierendes Verschulden des Klägers. Ein solches liegt nicht vor. Es war nicht zu verlangen, daß er sich den Folgen der Dienstleistung durch Kündigung entzog, zumal nicht ersichtlich ist, daß er die Folgen der Überanstrengung rechtzeitig erkannt hat. Auf Grund der Beweisaufnahme stellt dann das Kammergericht fest, daß der Dienst des Klägers mindestens seit 1905 ein übermäßiger und unregelmäßiger war. Der Kläger hat wiederholt 8, 10, 14, 26, 28 und sogar 30 Nächte hintereinander Dienst gehabt. Im regelmäßigen Dienst folgten auf je zwei Nächte Dienst eine freie Nacht. Es liegt auf der Hand, daß, wenn ein an sich schon so anstrengender Dienst verlangt wird, die notwendige Erholung durch die außergewöhnlichen Dienstleistungen wesentlich erschwert wird. Es ist demnach erwiesen, daß der Dienst des Klägers, den die Organe der Beklagten seit 1905 bis zur Erkrankung des Klägers verlangt haben, übermäßig und überanstrengend war. Er war geeignet, die Gesundheit eines normalen Menschen zu schädigen. Die übermäßige Dienstleistung beruhte auf einem Mangel an Personal. Darin liegt ein großes Verschulden der Organe der Beklagten; diese konnten und mußten wissen, daß die Dienstansforderungen übermäßig waren.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Kammergerichts bestätigt und die Revision der Beklagten zurückgewiesen.

Die in diesem Urteil niedergelegten Grundsätze treffen auf alle Arbeitsverträge zu, mag es sich um ein gewerbliches Unternehmen oder um ländliche Arbeiter oder um Gesinde oder um Staats- oder Gemeindearbeiter handeln. Für alle diese gilt die ja schon aus den Grundsätzen von Treu und Glauben abzuleitende Schutzvorschrift des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 120a der Gewerbeordnung enthält eine ähnliche ausdrückliche Vorschrift). § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches bietet einen kleinen, aber immerhin nicht zu verachtenden Hebel zur Bekämpfung übermäßig langer, gesundheitsgefährdender Arbeitszeit. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Staats- und Gemeindearbeiter haben unter so langer Arbeitszeit zu leiden, daß jedes Mittel, das auf Verkürzung der Arbeitszeit abzielt, in Anwendung zu bringen ist.

Worbansatz auf die Ehefrau

Wieder hatte sich das Schwurgericht des Landgerichts I mit einem Worbansatz auf die Ehefrau, den ein Ehemann auf seine Ehefrau ausgeführt hat.

Unter der Anklage des versuchten Mordes stand der Handelsmann Eduard Lorenz vor den Geschworenen. Der Angeklagte hatte im Jahre 1899 zum zweiten Male geheiratet. Die Ehe, aus welcher 5 lebende Kinder hervorgegangen sind, gestaltete sich unglücklich, so daß die Eheleute seit Ende Oktober 1911 voneinander getrennt leben. Gegen den Angeklagten schwebte schon einmal ein Verurteil wegen eines am 26. August 1911 gegen seine Ehefrau verübten Mordversuchs. Da die Ehefrau damals von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht hat, ist der Angeklagte außer Verfolgung gesetzt worden. Auch gegen Frau Lorenz hat ein Verurteil geschwebt, weil sie auf ihren Ehemann geschossen hat. Auch dieses Verurteil ist eingestellt worden. Dem Grund zu dieser Schänderei war folgender: Am 29. Oktober hörte Frau Lorenz abends gegen 10 Uhr, als sie bereits im Bette lag, auf dem Korridor ihrer in der Schulendorfer Straße belegenen Kellerwohnung leise Schritte und bemerkte gleichzeitig, wie jemand durch das Kellerfenster einzukriechen versuchte. Da sie auf ihre wiederholten Fragen keine Antwort erhielt, griff sie zum Revolver und schoß auf den Einsteigenden los. Sie sah erst zu spät, daß dieser ihr eigener Ehemann war, der durch die zwei von ihr abgefeuerten Schüsse an beiden Beinen verletzt wurde.

Der jetzt zur Anklage stehende Vorfall entwickelte sich wie folgt: Frau Lorenz hatte ihre Wohnung nach der Neuen Hochstraße 39 verlegt. Dort sollte am 18. Dezember 1911 im Auftrage eines Gläubigers des Ehemannes eine Pfändung vorgenommen werden und Lorenz war mit zur Stelle, um dem Pfändungsakte beizuwohnen. Nachdem sich der Gerichtsvollzieher entfernt hatte, verließ der Angeklagte noch in der Wohnung und soll hier die Gelegenheit benützt haben, um auf seine Frau zu schießen. Er soll drei Schüsse auf sie abgefeuert haben, wodurch sie auf der rechten Seite nicht lebensgefährlich verletzt wurde. Der Angeklagte brachte sich sodann mit dem Revolver eine Säuhverletzung an der rechten Schläfe bei. Als ein inzwischen herbeigerufener Schuttmann in das Zimmer drang, wurde Lorenz, mit dem Revolver in der rechten Hand, im Wohnzimmer auf dem Boden liegend, bewußtlos aufgefunden. Die nur gering verletzte Frau wurde auf der Unfallstation in der Bodstraße verbunden, der Angeklagte wurde in die Charité eingeliefert und ist dort längere Zeit behandelt worden. Der Angeklagte behauptete vor Gericht, daß es sich hier um einen schlaun Trick seiner Ehefrau handelte, denn tatsächlich habe nicht er auf seine Frau geschossen, sondern umgekehrt diese auf ihn. Nach einer bis in die zwölfte Abendstunde sich hinziehenden Beweisaufnahme plaidierte die Staatsanwaltschaft auf verurteilten Mord unter Verfolgung mildernder Umstände. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schwere Körperverletzung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Versammlungen.

Volkserziehung, Volkselement und Kriegsgefahr

laute das Thema, das Reichstagsabgeordneter Genosse Georg Davidsohn in einer überaus stark besuchten Versammlung der Schiffseigner, Boots- und Steuerleute, Heizer und Maschinisten behandelte. Die krankhaften Anstrengungen der Gegner haben es bisher nicht vermocht, die Innenschiffe für die Reaktion einzufangen. An eifrigen Liebeswerben hat es, besonders in den letzten Jahren, von jener Seite sicherlich nicht gefehlt und die allergeringste Dinerin des Staates, die Kirche, hat sich die reaktionäre Einwirkung auf das politische Seelenheil des Schiffervolkes reichlich zuweihen lassen. Es geht den famosen „Schiffertreuen“ wie weiland den Hibernern am See Genesareth, die da klagten: „Herr, wir haben dich jetzt gefischt und nicht gefangen.“ Diesen gegnerischen Wühlerfolg beweist in eklatanter Weise die Stimmung, die unter den Innenschiffen herrscht, beweisen die vollbesetzten Versammlungen, die ein ständig wachsendes Interesse, eine zusehends steigende Anziehungskraft bei dem unfläten hart um sein Brot ringenden Volkervölken auslösen. Mehr wie alle anderen Berufsgruppen sind die Schiffer den Wirkungen preussischer Regierungskunst, preussischer Beamtenwillkür und Bevormundung ausgesetzt und deswegen leiden sie, die in der Regel doch festen Haushalt führen und an den reichlichsten Orten einkaufen müssen, unter der von Pfaff und Junker geförderten und

erzeugten Lebensmittelverknappung härter als irgend jemand. Dreiklassenwahlrecht und Hungernot lasten also auch auf den Schiffen mit aller Schwere, woraus auch das rege Interesse an den brennenden Tagesfragen resultiert, das unter den Innenschiffen vorhanden ist. Nicht minder greift auf jede Kriegsgefahr in die Lebens- und Existenzverhältnisse der Schiffe ein, sei es, daß sie beim Ausbruch eines Krieges ihre Stöcke auf dem Markte des Kapitalismus opfern müssen oder ihre Existenzbedingungen beeinträchtigt, wenn nicht ganz unterbunden würden. Deshalb stellte die Versammlung am Sonntag einen energischen Protest seitens der Innenschiffe gegen Volkserziehung, Hungersnot und Kriegsgefahr dar, und Genosse Davidsohn hatte ein dankbares Publikum, als er mit Temperament und Wärme diese drei Fragen und damit die gesamte politische und wirtschaftliche Lage des Volkes behandelte, und die Anwesenden einbringlich ermahnte, sich bis auf den letzten Mann, auf die letzte Frau im Dienste des Freiheitskampfes zu betätigen und bei den kommenden Landtagswahlen den Volkselementen gründlich heimzuseuchen. Seine Ausführungen wurden denn auch mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion ergänzten und bestätigten die Genossen Schwedler sowie Felsch-Neutönn die Darlegungen des Referenten sehr wirkungsvoll.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 27. Oktober 1912 in Kellers „Neuer Völkermagazin“ zu Berlin verammelten, im Schiffsgewerbe tätigen Personen protestieren gegen die Verweigerung des freien Wahlrechts für das preussische Volk. Sie geben ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Reichsregierung gegen Leuzerung und Not, die das Volk bedrücken, zwar viel schöne Worte, aber keine nachdrücklichen Handlungen in Bereitschaft hat. Sie fordern, daß die Regierung bei den kriegsrischen Verwicklungen strengste Neutralität übt. Als die dem Volkswohle am besten dienende Partei sehen die Versammelten die Sozialdemokratie an und geloben, diese Partei bei den Wahlen und auch sonst tatkräftig zu unterstützen.

Aus aller Welt.

Blutopfer des Krieges.

Die Menschensklächerei, die gegenwärtig den türkischen Boden mit dem Blute der Balkanvölker blingt, bringt das Unheilvolle und Verbrecherische der Kriege wieder einmal zu grauenhafter Erkenntnis. Hundert und tausendmal sind die Greuel von berufterer Feder dargestellt worden, nichts wirkt aber so unmittelbar, als die nackten Ziffern über die Vernichtung von Menschenleben, als die nackten Ziffern über die Vernichtung der wirtschaftlichen Güter, die der Arbeit für die Kultur durch den Krieg entzogen werden. Betrachte man nur, was die Kriege der letzten fünf Jahrzehnte des verflohenen Jahrhunderts an Menschenleben gekostet haben. Diese Blutbilanz übersteigt alles menschliche Fassungsvermögen. Es wurden getötet im Krieg in der

Arim	750 000 Mann
Italien	45 000
Dänemark	8 000
Sezession (Amerika)	800 000
Preußen-Oesterreich	45 000
Rußland-Türkei	250 000
Mexiko	40 000
China	25 000
Frankreich-Deutschland	215 000
2 178 000 Mann	

Aber das Meer von Menschenblut ist in Wirklichkeit noch größer, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, da wegen Mangel an zuverlässigen Angaben die Zahl der Gefallenen in den Kriegen in Abyssinien, Indien, Afghanistan, Madagaskar, Kuba, Transbaal, China, Dahomei, Tunis, im Tonkin, Jarkusland und die der chinesisch-japanischen und russisch-japanischen Feldzüge und einiger kleinerer Kampagnen nicht einbezogen worden sind. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Zahl der in diesen Kriegen Getöteten auf mindestens 800 000 festsetzt. Drei Millionen Menschenleben kosteten also die Kriege in einem halben Jahrhundert!

Die Opfer an Geld lassen sich für das ganze Jahrhundert feststellen. Die hauptsächlichsten Kriege haben gekostet:

Napoleonische Kriege	16 500 Millionen Frank
Türkisch-russischer	500
Ägypten	1 200
Spanisch-portugiesischer	1 250
Kanada	55
Seminola	185
Mexiko	290
Raffer	50
Arim	7 600
Italien	1 500
Sezession	25 000
Abyssinien	215
Paraguay	1 200
Deutsch-französischer	15 500
Afghanistan	27
Zentralafrika	1 125
Russisch-türkischer	6 000
Afghanistan-Jarkusland	425
Sudan	105
Madagaskar	105
Abyssinien	575
Kuba	5 000
Transbaal	4 000
Chinesisch-japanischer	1 500

Auch hier fehlt eine Anzahl Feldzüge. Aber schon die hier aufgeführten Ausgaben zeigen, daß die Kriege des 19. Jahrhunderts 100 Milliarden verschlungen haben. Und das ist noch bei weitem nicht alles. Denn hier sind nur die direkten Kriegskosten angeführt. Nicht viel niedriger als die direkten Kriegskosten wird aber der Schaden sein, der durch die Verwüstungen angerichtet wird, die mit dem Krieg naturgemäß verbunden sind. Und endlich müßten, um die ganze Größe der durch die Kriege vergeubeten Summen zu erhalten, auch die Beträge der Militärkredits in Rechnung gezogen werden. Aber wie ungeheuer auch die Geldausgaben, die Vernichtung des wirtschaftlichen Wohlstandes ist, alles verschwindet doch neben den gewaltigen Opfern an jungen Menschenleben. Welche Summe von Glück, Wohlfahrt und Kultur hätten diese nutzlos gemordeten Menschen durch ihre Arbeit und ihr Talent der Menschheit schaffen können!

Kleine Notizen.

Folgeschwerer Einsturz. Bei dem Neubau des städtischen Theater- und Konzerthauses in Ostrowo stürzte am Montag morgen eine Mauer ein. Dabei wurden drei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Bei einem Brande erstickt. Bei einem Dachstuhlbrande in Neufahrwasser fanden Montag früh der Schiffskapitän Nau und seine Frau den Erstickungstod.

Handlanger auf einem Verhaling. Auf den Verhaling einer Indulstria in Balam, der mit 2000 R. Lohnungsgeldern fortgeschickt worden war, wurde von zwei Arbeitern ein Raubmordversuch verübt. Sie entrißen ihm das Geld und flüchteten. Zwei der Tat verdächtige Italiener wurden verhaftet.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz taurig saden

Santa Lucia Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung bitte zurück zuweisen. Rotwein U. 2. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Petroleummonopol und Banken.

Von den am deutschen Petroleummarkt interessierten Banken-Gruppen hat sich bisher nur die der Deutschen Bank für das zu gründende Reichspetroleummonopol erklärt. Da die der Deutschen Bank nahestehenden Petroleumgesellschaften aber nur einen geringen Teil des in Deutschland gebrauchten Leuchtöls liefern, ist damit das Ziel des Monopols, die Vorherrschaft des amerikanischen Trusts zu brechen, in Frage gestellt. Aber selbst das ist im Moment noch zweifelhaft, ob die Deutsche Bank die von ihr kontrollierte Petroleumproduktion gegen den Willen des Trusts der Monopolgesellschaft zur Verfügung stellen kann. Die von der Deutschen Bank finanzierten Gesellschaften verkaufen ihre Produkte durch die Deutsche Petroleum-Verkaufs-G. m. b. H. Seit 1907 ist die Deutsche Petroleum-Verkaufs-G. m. b. H. aber an die deutsche Unter-Gesellschaft des Trusts, die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, durch einen auf 5 Jahre geltenden Vertrag gebunden. In diesem Sommer zwar, kurz ehe der Vertrag abließ, hat die Petroleum-Verkaufs-Gesellschaft den Vertrag einseitig gelöst und die Lage der Deutsch-Amerikanischen auf Erfüllung des Vertrages ist in erster Instanz abgewiesen worden. Aber der Prozeß schwebt noch; und wenigstens vorläufig besteht keine Sicherheit, daß er zugunsten der Verkaufsgesellschaft, d. h. der Deutschen Bank, entschieden wird. Neben formalen Einwänden gegen die Rechtsgültigkeit des Vertrages behauptet die Verkaufsgesellschaft, daß der Vertrag gegen die guten Sitten und seine Auslegung gegen Treu und Glauben verstoße, weil er sie völlig in die Hand der Deutsch-Amerikanischen gegeben habe. Zwar sei der Verkaufsgesellschaft ein bestimmter Teil des Absatzes in Deutschland garantiert worden, aber diese Garantie sei durch einseitige Auslegung der übrigen Vertragsbestimmungen verletzt worden. Immerhin ist es auffällig, daß die Deutsche Bank sich kurz vor Ablauf des Vertrages auf gerichtlichen Wege zu befreien sucht. Da die Regierung bereits seit längerer Zeit mit der Deutschen Bank über das Monopol verhandelt, ist jene Lösung im Hinblick auf das Monopol gesehen. Da aber behauptet wird, der Vertrag sah eine sofortige Lösung im Falle eines Reichsmonopols vor, müssen für die Deutsche Bank noch weitere Gründe vorgelegt werden. Sie sind wahrscheinlich in dieser Richtung zu suchen: Beim Vertragsabschluss mußte sich die Verkaufs-G. m. b. H. verpflichten, jährlich 20 Proz. von den Anlagen und dem Betriebsmaterial abzuschreiben, und nach Ablauf des Vertrages die Anlagen zu dem buchmäßigen Preise an die Deutsch-Amerikanische zu verkaufen. Verlängerung des Abkommens oder Verkauf der Anlagen zu zwei Fünfteln zu ursprünglichem Wertes blieb der Verkaufs-G. m. b. H. als Wahl. Durch gerichtliche Anfechtung des Vertrages sucht sie sich beiden drohenden Möglichkeiten zu entziehen. Ob ihr das gelingen wird, hängt von der Entscheidung des Hamburger Oberlandesgerichts ab, die in wenigen Wochen fallen wird. Die Deutsch-Amerikanische begnügt sich nicht, der Verkaufs-G. m. b. H. den Prozeß zu machen. Sie hat auch den „Streit“ gegen die Deutsche Bank und die Deutsche Treuhänder-Gesellschaft erhoben, um beide für den Vertragsbruch haftbar zu machen. Sollte die Verkaufs-G. m. b. H. an den Trust gebunden bleiben — was allerdings nicht das Wahrscheinliche ist —, so würde das angebliche Ziel des Monopols, die Befreiung des deutschen Konsums vom Trust, völlig vereitelt werden.

Die amerikanische Presse hat gegen das Urteil in erster Instanz als eine Unfreundlichkeit und Parteinahme gegenüber dem amerikanischen Trust protestiert. Der Plan eines deutschen Petroleummonopols wurde gar als eine Aktion gegen Nordamerika gestempelt und bereizelt tauchen sogar Redungen auf, daß die Vereinigten Staaten auf diplomatischem Wege intervenieren wollten. Freundschaft nimmt man den Plan nirgends auf. Selbst in Oesterreich-Ungarn, auf dessen Produktion neben der Rumänens die Monopolgesellschaft in erster Linie angewiesen wäre, ist man nicht sonderlich erbauet. Von der vermehrten Nachfrage Deutschlands fürchtet man weitere Preissteigerungen im eigenen Lande, die um so wahrscheinlicher sein würden, als die galizische Förderung in ihren Erträgen zurückgeht oder wenigstens starken Schwankungen ausgesetzt ist. Mittelbar werden auch die österreichischen Staatsbahnen von dem Zustandekommen des Monopols getroffen. Als in den Jahren 1907 bis 1909 die galizische Kohlproduktion rapide anwuchs, gingen die Staatsbahnen zur Heizölsteuerung über. Sie schlossen mit dem Landesverband der galizischen Kohlproduzenten langfristige Lieferungsverträge zu relativ niedrigem Preise ab und errichteten eine eigene Entbrennstungsanstalt in Drobovitz. Jetzt hat die Ergiebigkeit der Erdölquellen nachgelassen, die Preise sind gestiegen und viele Gruben haben sich von der Lieferung an Verbund und Staat dadurch befreit, daß sie sich eigene Raffinerien anlieberten. Durch die Verbindung der Deutschen Erdöl-A.G. mit englischen Gesellschaften und die Auffassung von Gruben durch diesen neuen Konzern ist der Verband zur Seite gedrängt worden. Die vermehrte Nachfrage durch das deutsche Monopol würde neue Fusionen hervorgerufen, der Landesverband dadurch immer mehr geschwächt werden. Die Vorteile einer Einigung zwischen amerikanischem Trust auf der einen und der Erdöl-A.G. und der österreichischen Industrie auf der anderen Seite würden durch einen Kampf zwischen Monopol und Trust infolge der notwendigen Kompromisse wieder gefährdet. Auch könnte das Monopol mehr die rumänische Produktion in Anspruch nehmen. So erklärt es sich, daß sich gegen das Monopol selbst die Produzenten wenden, denen das Monopol gegen den amerikanischen Trust angeblich Hilfe bringen will. Die in Galizien und Rumänien arbeitenden deutschen Banken: Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank und Schaaffhausenscher Bankverein, haben denn auch gegen das Monopol Stellung genommen.

Die beiden letzten Banken, die die Interessen der Erdöl-A.G. vertreten, haben bei diesem Streit mit der Deutschen Bank zu einem besonders wirksamen Coup gegriffen. Die Erdöl-A.G. erklärt, daß der von ihr soeben mit dem Trust abgeschlossene Vertrag eine sofortige Lösung vorsteht, sobald ein Reichsmonopol zustande kommt. Sie behauptet ferner:

„Es ist nicht zutreffend, daß wir uns durch Abschluß eines Vertrages mit der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft in Gegensatz zu den Absichten der Reichsregierung, betreffend die Errichtung eines deutschen Petroleum-Monopols, gesetzt haben. Diese Absichtungen erscheinen uns vielmehr geeignet, die Absichten der Reichsregierung im Vertragswege zu verwirklichen, ohne daß es eines gesetzlichen Einschreitens bedarf. Nach diesen Vereinbarungen wird uns und der durch uns vertretenen österreichisch-ungarischen und rumänischen Exportindustrie eine völlig selbständige, dem praktischen Bedürfnis auf absehbare Zeit entsprechende Absatzmöglichkeit im deutschen Markt gewährleistet. Ferner werden hierdurch gegen eine Verdrängung des Kleinhandels durch die sogenannten Kannengeschäfte ausreichende Schutzbestimmungen getroffen, und außerdem wird eine obere Preisgrenze für das Petroleum festgesetzt, welche ohne Zustimmung der Reichsregierung unsererseits nicht überschritten werden kann, falls die Reichsregierung ein derartiges Petroleum-Monopol ausüben bereit ist. Sollte die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft bei ihren Verkäufen diese obere Preisgrenze überschreiten, so würden die Festsetzungen über das Preisverhältnis außer Kraft treten und wir unsern Absatz beliebig ausdehnen berechtigt sein. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen auch die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft praktisch über die obere Preisgrenze nicht weit hinauszugehen können. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß diese Bestimmungen einen weitergehenden Schutz der Konsumenten gegen übermäßige Preissteigerungen des Petroleums bietet als es der angekündigte Besetzungswurf tut.“

Der edle Wettstreit um das Wohl der Konsumenten ist wirklich rührend!

Selbst dem Handel erscheinen diese plötzlichen Bemühungen um sein Wohl verdächtig. So erklärt sich das Organ der Berliner Kolonialwarenhandler gegen ein Reichsmonopol. Es fürchtet, daß die geringe Freiheit der Wahl zwischen drei Produzentengruppen nun verloren gehen, ohne daß die feste Bindung mit einer Monopolgesellschaft dafür Requirate bieten wird. Mit der von der „Nordd. Allg. Zeitung“ angekündigten Abschaffung der Einschränkungen des Tankwagenverkehrs ist es aus Gründen der Sauberkeit und Bequemlichkeit durchaus nicht zufrieden. Die Rückkehr zu den veralteten, schmutzigen Petroleumfassern erscheint dem Handel als ein Rückschritt.

Daher gibt es nur zwei Stellen, die uneingeschränkt für den Monopolplan eintreten: die Deutsche Bank, die die Presse mit zahllosen Communiqués über die Vorteile — der Konsumenten, nicht der eigenen, durch ein Monopol überhöht und die Regierung, die bei der Ausarbeitung des Plans offenbar der Deutschen Bank vollkommen freie Hand läßt und nur durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ den sozialpolitischen Nutzen des kommenden Monopols rühmt.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

hat im abgelaufenen Geschäftsjahre einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. Während am 30. Juni 1911 die Mitgliederzahl 38 423 betrug, waren am 30. Juni 1912 67 678 eingeschriebene Mitglieder vorhanden, was einer Zunahme im letzten Jahre von 18 255 Mitgliedern gleichkommt. Diese Steigerung der Mitgliederzahl kommt natürlich auch in einer entsprechenden Erhöhung des Umsatzes zum Ausdruck. Dieser betrug im Jahre 1911/12 10 540 182,00 M. gegen 6 071 098,00 M. im Jahre 1910/11, hat also im Geschäftsjahre eine Steigerung von etwa 4 ½ Millionen gebracht. Rechnet man hinzu noch den Umsatz im Lieferantengeschäft von 947 785 M. und 83 783 M. im Kohlegeschäft, so sind im letzten Jahre für 11 ½ Millionen Mark Waren verteilt worden. Bei der Vermehrung der Mitgliederzahl und der Erhöhung des Umsatzes darf allerdings nicht außer acht gelassen werden die am 1. Juli 1911 erfolgte Uebernahme der Konsumvereine Charlottenburg, Weich und Adersdorf. Von den 56 678 Mitgliedern haben sich nur 36 431 am Umsatz beteiligt, was zum Teil seinen Grund hat in der Tatsache, daß viele Mitglieder erst gegen Ende des Geschäftsjahres eintreten und keine Markenblätter zur Ablieferung brachten. Immerhin aber könnten viele Mitglieder ihren Warenbesitz steigern. Eine Durchschnittsberechnung ergibt, daß jedes Mitglied für 185,96 M. Waren aus dem eigenen Geschäft entnommen hat, gegenüber dem Vorjahre eine Verbesserung um 8,46 M. Der Bestand der Sparkasse ist von zirka 1 Million im Vorjahre auf über 2 Millionen in diesem Jahre gestiegen, an welcher Summe 12 200 Sparer beteiligt sind. Das Hausanteillkonto stieg von 555 280 M. auf 663 640 M. Diese Gelder dienen zur Erbauung von Betriebsanlagen und werden mit vier Prozent verzinst. Die Produktivbetriebe entwickeln sich in glänzender Weise. In der Bäckerei waren am Schlusse des Betriebsjahres 18 Doppelauszugsöfen in Betrieb. Das hergestellte Brot findet reichenden Absatz und wird von den Mitgliedern gern gekauft. Zeitweise mußte im Vorjahre zum Teil die Kuchenbäckerei dispensiert werden, um der Nachfrage nach Brot genügen zu können. Erfrischendes kann auch von der Selterwasserfabrikation berichtet werden. Allein die Kaffee-Rösterei hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die in einer außerordentlichen Preistreiberi der Rohkaffees ihre Erklärung finden. An Personal wurden 704 Angestellte beschäftigt, für die mit den verschiedenen Organisationen Tarifverträge abgeschlossen sind.

Die günstige Entwicklung der Konsumgenossenschaft im letzten Geschäftsjahre dürfte wohl nicht zuletzt auf die Beschlüsse des letzten Internationalen Kongresses und des Magdeburger Parteitages zurückzuführen sein, welche den Parteigenossen den Beitritt zu den Konsumvereinen empfehlen. In Berlin hat die Tätigkeit der Propagandakommission für das Genossenschaftswesen in Verbindung mit Gewerkschafts- und Parteigenossen viel zum Aufschwung der Konsumgenossenschaft beigetragen. Soll diese Entwicklung anhalten, so müssen noch manche Vorurteile beseitigt, manche Mißgriffe in der Verwaltung vermieden und vor allen Dingen muß die Berliner Genossenschaft auf eine breitere demokratische Basis gestellt werden. In Mitgliederkreisen wird oft Klage über die von der Verwaltung betriebene Preispolitik geführt. Diese Klagen lehren in den Versammlungen der einzelnen Verkaufsstellen häufig wieder. Ein Teil der Klagen sind nicht berechtigt. Die von einzelnen Verkaufsstellen wiederholt veranstalteten Warenabstellungen zeigen, daß die Konsumgenossenschaft in vielfacher Hinsicht in der Lage ist, selbst mit manchem Warenhaus erfolgreich in Konkurrenz zu treten, sowohl was Güte und Gewicht der Ware betrifft. Trotzdem ist festzustellen, daß mit Preis-Erhöhungen bei bestimmten Warenkategorien zu früh und vorzeitig vorgegangen wird, was nicht im Interesse der Konsumgenossenschaft liegt. Die Konsumgenossenschaft soll auch beim Steigen der Verkaufspreise für einzelne Waren eine preisdrückende Tendenz bewahren, auch auf die Gefahr hin, daß die Verwaltung in einzelnen Fällen etwas zu kurz kommen sollte. Gerade durch eine solche Preispolitik wird der konsumgenossenschaftliche Gedanke ganz von selbst sich ausbreiten. Das beweist am besten die Brotlieferung, durch deren Vorzüglichkeit die Konsumbewegung sich immer größerer Terrain erobert.

Wegen die Teuerung kann die Konsumgenossenschaft wenig tun, und wie stimmen der Verwaltung darin zu, daß sie bemüht sein muß, hier lindernd zu wirken. Wie haben aber aus der bisherigen Tätigkeit der Verwaltung nicht viel auf diesem Gebiete bemerken können. Wohl ist kürzlich mit dem Seetischverkauf begonnen worden, allein die sehr wichtige Kartoffelbeschaffung liegt doch sehr im argen, und die Entschuldigungen, die die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht vordringt, sind nicht durchschlagend. Einer großzügig geleiteten Verwaltung mit einem so sicheren Absatzgebiete, wie es die Konsumgenossenschaft ist, muß es möglich sein, ihren Mitgliedern bessere Einkaufsmöglichkeiten zu bieten, als das jetzt der Fall ist. Alle diese Ausstellungen beweisen aber nicht das geringste gegen die Konsumgenossenschaft, sondern drängen direkt darauf hin, daß in der Praxis weit mehr für die Mitglieder geleistet werden kann, als das heute der Fall ist. Dabei soll die Abhängigkeit der Berliner Konsumgenossenschaft von der Hamburger G. G. nicht außer acht gelassen werden.

Wichtiger aber als das oben Gesagte erscheint uns, die gesamte Organisation auf breitere Basis zu stellen als bisher. In Berlin schiebt sich zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Mitglieder noch der sogenannte Genossenschaftsrat. Dieser im Gesetz nicht vorgesehene Organisationskörper ist infolge des Umfanges der Geschäfte zur glatteren Erledigung der verschiedensten Aufgaben eingesetzt. Die ihm eingeräumten Befugnisse erscheinen jetzt bedenklicher Natur. In Berlin geht das so weit, daß der

Genossenschaftsrat Beschlüsse faßt, die die Generalversammlung nur noch zu sanktionieren hat.

Geradezu unmöglich sollte man den § 24 des Statuts halten, der besagt:

„Zu Beschlüssen der Generalversammlung über Aenderung des Statuts ist die vorherige Genehmigung des Genossenschaftsrats erforderlich.“

Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie denn eine solche Bestimmung mit dem Sinne und dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung noch in Einklang zu bringen ist. Auch nach anderen Richtungen hin dürfte das Statut mancher Aenderung zu unterwerfen sein. Um das zu können, ist es notwendig, daß die Mitglieder die Generalversammlung am Mittwochabend im Friedrichshain besuchen. Soll die Konsumgenossenschaft noch kräftiger werden, und das ist notwendig, so muß sie mehr mit dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung erfüllt werden. Das muß die nächste Aufgabe der Mitglieder sein.

Aus der Frauenbewegung.

Aus den Färbereien und Chemischwäschereien Groß-Berlins.

In Groß-Berlin besteht eine Anzahl Großbetriebe der Färberei- und Chemischwäschereibranche, die eine beträchtlich hohe Zahl sogenannter „Annahmestellen“ in allen Teilen der Stadt unterhalten. Die Kundenschaft dieser Geschäfte rekrutiert sich zum größten Teil aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des Mittelstandes. Doch nicht eine der Kundinnen dieser Firmen, die ihre Garderobensätze dorthin tragen, um sie „chemisch reinigen“ oder „auf neu färben und bügeln“ zu lassen, dürfte eine Ahnung davon haben, unter wie erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die Arbeiterinnen dieser Betriebe den Erneuerungsprozeß getragener Garderobensätze vornehmen müssen. Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat sich der Aufgabe unterzogen, die Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiterinnen gründlich zu prüfen. Das Resultat der Prüfung ergab, daß wohl kaum eine andere Arbeiterkategorie unter so gesundheitschädigenden Bedingungen arbeiten muß, als die Arbeiterinnen der Chemischwäschereien und Färbereien. In allen Betrieben wird in geradezu leichtfertiger Weise mit Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen umgegangen.

An dem ganzen Reinigungsprozeß vom Beginn bis zu Ende sind Frauen und Mädchen beteiligt. Nach der ersten, je nach Beschaffenheit des Stüdes nach oder mit Benzin vorgenommenen Reinigung kommen die Stüde in den Detachierraum, wo alle noch vorhandenen Flecke entfernt werden. Die Detacheusen müssen eine gründliche Kenntnis der Wirkung der Chemikalien auf die Stoffe und Farben der ihnen zur Bearbeitung übergebenen Gegenstände haben, um nichts zu verderben. Zundersäure, Niesalz, hypermangan-saures Kali, schweflige Säure, Salmiak, Natrium, Chankali, Salzsäure usw. sind nur einige der Gifte, mit denen diese Arbeiterinnen ständig arbeiten müssen, und deren Gase die Luft schwängern. Die lästigen Einrichtungen der Betriebe lassen alles zu wünschen übrig. Schwere Nervenerkrankungen und rheumatische Leiden gefährden die Gesundheit der Arbeiterinnen und führen sie einem frühzeitigen Tode entgegen. Bei der Firma Albert Herz, Hoflieferant, wurde vor ganz kurzer Zeit ein junges, blühendes Menschenleben durch Benzinexplosion vernichtet. Zahllos sind die durch Benzinge-fahr verursachten Unfälle, die nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommen.

Die gleichen gesundheitlichen Gefahren bestehen im Plätt- oder Bügelsaal, wo den alten Seiden der Glanz der Neuheit verliehen wird. Mit Gas erhitzte Bügelstangen bilden eine ständige Gesundheitsgefahr. Doch auch Kalköfen, denen giftige Gase entströmen, werden vielfach noch zum Erhitzen der Eisen angewendet. Neuerdings erst kommt Freigas und Elektrizität zur Einführung. Die in den Plättsälen sich entwickelnde Hitze erreicht 30—40 Grad und darüber. Die Unzulänglichkeit des Aufstellraums wird noch gesteigert durch die Personenzahl. Arbeiten doch bis zu 50 Plätt- rinnen in solchem Saal, der keine oder sehr mangelhafte Ventilation aufweist. Die Unzulänglichkeit der Polizeivorschriften und der Gewerbeaufsicht drängt sich in diesen Betrieben jedem auf. Ohnmachtsanfälle und andere Erscheinungen persönlichen Unbehagens kommen täglich vor. Diese Qualen werden erduldet für schwankende, unkontrollierbare Löhne, die in keinem Verhältnis zu der gefahrvollen Arbeit stehen, und durch die schrankenlose Willkürherrschaft der Meister und Direktrizen. Ein Drittel des Jahres ist Saison. Da steht der Ueberstundenunflug in wulstiger Höhe, 12—15 Ueberstunden, oft mehr, werden in einer Woche gemacht. Auch an Sonntagen müssen die Arbeiterinnen schuften. Wer sich weigert, schießt. In der stillen Zeit müssen sich die Arbeiterinnen durch keine Geschenke das Wohlwollen der Direktrizen erhalten, wenn sie nicht ihr Bündel schnüren oder mit zum Leben ganz unzulänglichem Verdienst nach Hause gehen wollen. Das tollste leistet sich darin ein Meister S. bei der Hoflieferantenfirma Albert Herz, der von seinen Arbeiterinnen verlangt, daß sie den ganzen Tag über anwesend sind, um zuzusehen, wie der Meister die Arbeit, bei der etwas zu verdienen ist, selbst macht.

Während die Hausfrauen für die Reinigung eines gewöhnlichen Kleides 4,50 bis 5 M. für die eines seidenen Kleides bis zu 15 M. zahlen müssen, erhalten die Arbeiterinnen meist Stücklöhne von 10, 15, 25 Pf. für Blusen und Röcke, bei Reuwäscherei auch einmal 50—75 Pf. pro Kleid. An Plättlohn wird gezahlt für Blusen 10 bis 15 Pf., für gewöhnliche Kleider 40 Pf., für Seidenkleider 60 Pf. Aber diese Löhne scheinen den Firmeninhabern noch zu hoch zu sein. Hat doch die Firma Max Bloch ihren Plättlerinnen die Löhne um zirka 40 Proz. gekürzt, eine Zumutung, die die Arbeiterinnen angefaßt der jetzt enorm hohen Anforderungen an die Lebenshaltung mit Arbeitsniederlegung beantworteten. Stellt man die genannten Löhne in Vergleich mit den Preisen für das fertige Stück, so nimmt es weiter nicht wunder, daß die Unternehmer in verhältnismäßig kurzer Zeit sich zu Großindustriellen mit Rieseneinkommen entwickelten. Der Inhaber der Welfirma B. Spindler, die ihren Betrieb in bescheidenen Kellerräumen begann und heute als Welfirma zirka 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, hat ein Jahreseinkommen von 1 110 000 M., das sind 21 346 M. pro Woche. Ebenso schlecht wie die Arbeiterinnen werden die „Damen“ in den Annahmestellen entlohnt. Sie erhalten, wenn es hoch kommt, 30 M. im Monat bei freier Wohnung und 5 Proz. der Einnahme. Einige Firmen zahlen auch nur 60 M. ohne freie Wohnung und 1 Proz. der Einnahme.

Die Betriebsinhaber versuchen jede selbständige Bewegung der Arbeiterinnen zu unterdrücken. Der Deutsche Textilarbeiterverband, den die Arbeiterinnen mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt haben, ist den Herren ein Dorn im Auge. Arbeiterausschüsse wollen die Herren nicht anerkennen. Herr Herz erklärte schon vor Jahren, er wolle seinen Betrieb schließen, wenn seine Arbeiterinnen sich organisieren. Die Organisation hat trotzdem in seinem Betrieb Fortschritte gemacht. Sein Betrieb ist aber noch immer nicht geschlossen. Vermutlich deshalb nicht, weil das Geld der Arbeiterkraft von ihm so wenig verschmäht wird, wie von seinen Konkurrenten. Denn alle die Firmenträger der Groß-Berliner Färbereien und Chemischwäschereien, die die Organisation ihrer Arbeiterschaft belämpfen, sind gerade auf die Kundenschaft der Arbeiterschaft angewiesen und beruhen mit Vorliebe die Spalten der Arbeiterblätter, um ihre Firmen in empfehlender Erinnerung zu bringen. Pflicht der Arbeiterfrauen aber ist es, die Proletarierinnen der chemischen Wäschereien in ihren Bestrebungen zu unterstützen und nur solchen Firmen Aufträge zu erteilen, die die Organisation der Arbeiterinnen anerkennen.

Leserabende.

Vorsignalbe. Der für heute Dienstag abend geplante Frauenleseabend fällt umständehalber aus.

Brix-Budow. Morgen Mittwoch, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Weghita, Bürgerstr. 4: Vortrag der Genossin Ottilie Gaader.

W-Glückliche. Der heutige Lesabend muß wegen der Konsumerversammlung auf Mittwoch, den 6. November, verschoben werden.

Tempelhof. Morgen Mittwoch, den 30. Oktober, bei Becker, Berliner Straße 41/42: Vortrag des Genossen Schöder über „Kinder-schutz und Kindererziehung“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. 333. Sie gehen am zweckmäßigsten gemeinsam mit Ihrer Ehefrau unter Mitnahme von Legitimationspapieren zum Grundbuchamt, wo die Auflassungserklärung abgegeben werden kann. Die Kosten belaufen sich auf etwa 200 M. — **Mar. 21.** Sie haben Anspruch auf 14tägige Kündigung, können also für eine Woche noch Lohnzahlung fordern. — **P. 2. 1.** und 2. hängt vom Standpunkt des Pärers ab, eine Verpflichtung dazu hat derselbe nicht. — **Singenbunt, Holthausen.** Nur dann, wenn der Bräutigam berechtigten Grund zur Lösung des Verlöbnisses gehabt hat oder wenn das Verlöbnis leitend der Braut ohne ausreichenden Grund gelöst worden ist. — **H. 2.** Die Kündigungsschrift beträgt eine Woche; falls der Mieter mit mindestens zwei Mietraten im Rückstand ist, können die Mängelklagen erhoben. Die unentbehrlichen Sachen müssen dem Mieter übergeben werden. — **G. Steglitz.** Kellnerinnen etc. bei der Steuerbehörde; zu der Steuer kann nur Ihre Frau herangezogen werden. — **G. 8. 35.** Die Nachveranlagung war zulässig, sofern sie mehr als 18 M. die Woche verdient haben. — **59. G. 1.** und 2. Rein. — **C. 8. 41.** Sa.

J. R. 150. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie an, ob es sich um eine Alimentenforderung für ein uneheliches oder ein eheliches Kind handelt und wo das Kind geboren ist bzw. wo es sich aufhält. — **W. 11. 85.** Für ein halbes Jahr sind Sie steuerpflichtig. Versuchen Sie es mit einem Antrage auf Erlass der Steuer, der beim Magistrat einzureichen ist. — **J. 26.** Nach den Bestimmungen des Rentenstatuts. — **A. 2. 576.** 1. und 2. Die Fragen lösen sich nur nach Einschreibung in das Rentensstatut beim Magistrat. — **W. 8. 110.** 1. Begehren Sie sich bei der Eisenbahndirektion. 2. Anwaltsverpflichtungspflichtig ja, Anwaltsverpflichtungspflicht besteht für die im Distrikt Lichtenberg wohnhaften Heimarbeiterinnen nicht. — **S. C. 101.** Rein. — **S. 101.** Sie haben Anspruch auf Erlass der Steuer von dem Monatsersten ab, der demjenigen folgt, in dem Sie außer Hebel gekommen sind. Die Steuerpflicht beginnt wiederum mit dem Ersten desjenigen Monats, der dem Monat folgt, in dem Sie in Arbeit getreten sind. — **R. 11. 58.** Die Anklageerhebung war zulässig. Um die Verjährung zu verhindern, müssen Sie mit dem zweiten Gläubiger eine Einigung zu erzielen suchen oder diesen befriedigen. — **P. 6. 89.** 1. Die Kündigung ist rechtmäßig. Nach Ihrer Darstellung können Sie unversehrt Schadens die nachträgliche Bezahlung der Lieferantinnen beanspruchen. Es empfiehlt sich, bei der etwaigen Klage die von Ihnen erwähnten Verjährungsansprüche hervorzuheben. — **H. 11. 99.** 1. Nur dann, wenn Sie außerstande sind, dem Kinde den Unterhalt zu gewähren und Ihre geschiedene Frau Einkommen oder Vermögen hat, das Sie in Stand setzt, den Unterhalt für das Kind zu bestreiten. 2. Ja. 3. Unter Vorlegung des mit Rechtsratratte versehenen Scheidungsurteils beim Standesamt, vor dem die Ehe geschlossen ist oder bei einem Notar oder beim Amtsgericht. — **A. 11. 30.** Eine Klage erscheint aus schließlich. — **S. 26. 1.** In der Regel wird Bezahlung nicht verlangt. 2. Da haben Sie sich einen Varen aufbringen lassen. Das gibt es nicht. — **R. 100.** Bietet die Klage, sicher erzeugt die in Berlin in Handel kommende Milch keine Fettsäuren. — **W. 3. 50.** Nach dem letzten Beschluß des Reichstags von 515 321 auf 544 211 kann Friedensstärke. Die Arzneifors von 23 auf 25. — **Andersberg 100.** Bromberg. Professor Dr. Bielsch, Wilhelmstr. 48. — **G. 8. 30.** Wenden Sie sich an den dortigen englischen Konsul. — **G. 100.** Spezialarzt für Hautleiden. — **C. 2. Goldenseldt.** Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an Herrn R. Kampf, Gildstraße 45a. — **M. 2. 22.** 1. Charité, Schumannstr. 21. Montag und Freitag von 4-6 Uhr. 2. Seides. — **W. 6. 100.** Bedauern, nein. **M. 100.** Das ist ja gleichgültig. — **Anders.** 1. 20 Gramm 20 Pf. Jede weiteren 20 Gramm 10 Pf. Reistgewicht 250 Gramm. 2. Je

50 Gramm 5 Pf. Reistgewicht 2 Kilo. 3. Rein. — **N. 8. 47.** 4 bis 8,50 Meter tief. — **G. 8. 74.** Zuverlässig erhalten Sie Ihre Fragen beantwortet bei der Sektion Seelente (Transportarbeiter-Verband), Engelstr. 15. — **Schmale Vertuch.** Rein. — **M. 2. 26.** 1. Unverständlich. 2. In jeder Zeit. — **Wilhelm Bretag.** Evangelisch. — **W. 11. 26.** Ihre sechs Fragen werden auf direkte Anfrage im Bureau der Eisenbahn, Schönberger Wer, Erledigung finden. Nach der Sektion Eisenbahner (Transportarbeiter-Verband, Berlin, Engelstr. 15) kann Ihnen eventuell Auskunft geben. — **S. 2. 26.** Zentrale für Auswanderer, Berlin, Karlsbad 9/10.

Marktbericht von Berlin am 26. Oktober 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel)

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft u. d. Boden	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft u. d. Boden
Stettin	759	SW	3	10,5/10,5	Stettin	759	SW	3	10,5/10,5
Danzburg	756	SW	3	10,5/10,5	Danzburg	756	SW	3	10,5/10,5
Berlin	760	SW	3	10,5/10,5	Berlin	760	SW	3	10,5/10,5
Königsberg	762	SW	3	10,5/10,5	Königsberg	762	SW	3	10,5/10,5
München	766	SW	3	10,5/10,5	München	766	SW	3	10,5/10,5
Wien	776	SW	3	10,5/10,5	Wien	776	SW	3	10,5/10,5

Witterungsbericht vom 28. Oktober 1912.

Wetterprognose für Dienstag, den 29. Oktober 1912.

Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Am 25. Oktober verstarb unser langjähriger treuer Kämpfer, der Speibauer

Karl Anders

Salzwedeler 8.

Seine der Partei in den schweren Zeiten des Ausnahmezustandes geleisteten Dienste sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause aus, nach dem städtischen Friedhof, Müllerstraße 64a Seelestraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Nachruf

für unseren Genossen, den Drucker

Wilhelm Hoek

Berliner Straße 134, der am 21. Oktober verstorben ist. 251/2

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Am Sonntagabend, den 26. Oktober verstarb mein lieber guter Mann, der Monteur

Theodor Schadow.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom städtischen Friedhofe, Blanke Höhe aus statt.

Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an Die trauernde Witwe Marie Schadow, Rhyffhäuserstr. 11. 4891

Dankjagung.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Bekannten, den Genossinnen und Genossen des Bezirks 555 meinen besten Dank.

Friedr. Hörsing

3291 Wälderstr. 141.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines Kindes und Ehegattin, unseres Sohnes

Paul Messinger

sagen wir allen Freunden und Bekannten, sämtlichen Kollegen, Arbeitern und Arbeiterinnen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande sowie den Genossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises, Bezirk 246, unseren herzlichsten Dank.

Witwe Schneider und Kinder, Engelstr. 6.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,

Inh.: P. Golletz

an Mariannen-Straße 2.

Telephon: Moritzplatz 316.

Güterkammer No. 27728.

„... Kaufmanns Holzstoffwerk ist von großem Erfolg und hat sich ganz vorzüglich, in seinem Jahr zu dem Erfolg geführt.“

Der Erfolg macht 61

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg (Bezirk 6).

Am Freitag früh verstarb unser Mitglied der Partei

August Wackerow.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des 2. Schöneberger Friedhofes, Blanke Höhe, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Treffpunkt für Mitglieder des Geselevereins Schöneberger Männerchor um 3 Uhr beim Gastwirt Jütel. 16/8

Unterstützungs- und Hilfsverein, Aufzugsmonteur Berlins.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Theodor Schadow

am 26. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Blanke Höhe aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Urbin

del seh ick jetzt ganz klar, Putzt doch die Stiebel wunderbar.

In Dosen überall erhältlich

Fabrik: Urban & Lemm / Charlottenburg

Land u. Wald am gr. Storkower See

mit eigenen Bootstellen

OR von 7 M. an.

Terraingesellschaft am Storkower See Scharmützelsee m. B. H., Berlin C. 2, Burg-Strasse 30.

Drei Tropfen

Kaoli

geben schmutzigen Metall Dauerglanz.

Unentbehrlich für Autos.

Man verlange überall „KAOLI“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf

Fabrik: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau

Marie Kröger

Kaiser-Friedrich-Straße 9) verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Monteur

Theodor Schadow

Schöneberg, Rhyffhäuserstr. 11, am 26. Oktober an Leberleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des 11. städtischen Friedhofes in Schöneberg, Blanke Höhe, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

132/1 Die Ortsverwaltung.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Pfefferextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Tadellos

1 M.

wöchentliche Teilzahlung

liefern elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.

Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Straße 36, 1, am Hackeschen Markt

Frankfurter Allee 104, part, Ecke Friedenstraße

Reinickendorfer Straße 4, am Weddingplatz

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsen-Autoführer

Friedrich Sasse

am 26. d. Mts. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Gemeinde-Friedhofes in Wargahn aus statt.

68/1 Die Bezirksverwaltung

Die Beerdigung unseres lieben Sohnes u. Bruders, des Dresdler-Schleifens

Fritz Abraham

findet am Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Wargahn aus statt. Zugverbindung: 3 Uhr 24 Min. Bahnhof Lichtenberg-Friedrichshof. 50/1

In Beträufnis

Familie Wilhelm Abraham, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 79.

Hiermit die traurige Mitteilung, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Karl Kringel

infolge eines Baurnfalls verstorben ist. 45/1

Dies zeigt tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts. 3 1/2 Uhr von der Halle des Lichtenberg-Friedhofes, Rastendammer Weg, aus statt.

Verein der in Schlichte-gießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Den werten Mitgliedern zur Nachricht, daß am 26. Oktober unser Kollege, der Schriftführer

Hermann Schmidt

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes, Lichtentradter Chaussee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Unserem langjährigen, zu früh verstorbenen Kollegen

Artur Karbe

den letzten Scheldegang. 1032/1

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Firma Hautl.

Anton Boekers Festsäle

Weberstraße 17 — Tel. Amt Königstadt 12414

empfiehlt seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Kleine u. große Säle, großer Garten mit festlicher Theaterbühne sowie große Vereinstimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Weihnachtsfeierort noch frei. Ergedenkt

Anton Boeker, Weberstr. 17.

Den echten „Kornfrank“ gibt es nur unter diesem Namen! Die Pakete sind grün und haben dunkelgrüne Bänder.

24

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Möbel=Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung
Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärt!

Sonntags geöffnet von 12-2.

Theater.

Dienstag, 29. Oktober 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. *Abello.*
Rgl. Schauspielhaus. *Ein Woffen-*
gang.
Deutsches. *Rösig Heinrich IV.*
1. Teil.
König. *Gabriel Schillings Nacht.*
Birns Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.
Birns Dusch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. *Taubenstraße 48/49.*
Auf's Mutterhorn.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath:
Von den musikalischen Instru-
menten.
Nammerspiele. *Wein Freund Lebdu.*
Schiller O. Die Kinder der Ex-
zellenz.
Schiller. *Charlottenburg. Flach-*
mann als Erzleher.
Berliner. *Ritzgauer.*
Kleines. *Rogadala.*
Königs. *Gemütsmenschen.*
Komödienhaus. *Die Generalbede.*
Deutsches Schauspielhaus. *Der*
guthingende Hrad.
Thalia. *Katolischen.*
Theater am Rollendorfsplatz. *Dr-*
ubens in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper. *Der Aufreigen.*
Kroll. Der Amerikaner.
Königgrätzer Straße. *Die fünf*
Frankfurter.
Montis Operetten. *Der Frauen-*
heiser.
Luisen. *Die gelbe Gefahr.*
Wise. Von Stufe zu Stufe.
Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Endlich
allein.
Metropol. *Chauffeur - ins*
Metropol.
Trianon. *Liebesbarometer.*
Casino. *Der Großfürst.*
Reichshallen. *Die Nacht der Töne.*
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. *Spezialitäten.*
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. *Wih. Schauspielhaus.*
Die leuchtende Sinfonie.
Luisenpark. *Kein alter Herr.*
Folies Caprice. Der leuchtende Joseph.
Der Hebbod.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. *Lore.*
Die Spieler. - Der Kammer-
jäger.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. *Gibbalt: Boome.*
Sternwarte. *Quandlidenstr. 57-62.*

Berliner Theater.

8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: *Die fünf Frankfurter.*

Deutsches Schauspielhaus

(Römische Oper).
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Der gut sitzende Frack.

Schiller-Theater O. Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzleher.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Tallman.

Schiller-Theater Charlotten-

burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzleher.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
König Lear.
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzleher.

Theater am Rollendorfs-

platz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Waltspiel des
Münchener Künstler-Theaters:
Orpheus in der Unterwelt.

Montis Operetten-Theater

(früher Neues Theater)
Abends 8 Uhr:
Der Frauenheiser.

Residenz-Theater.

8 Uhr: **Gemütsmenschen.**
Schwank in 3 Akten
von Felix Fleidmann-Friedrich.
Norgen und folgende Tage:
Gemütsmenschen.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Dienstag: **Die gelbe Gefahr.**
Mittwoch und Donnerstag: **Des**
andere Ehre.
Freitag: **Die gelbe Gefahr.**

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild in 5 Akten v. Hugo Müller.
Mittwoch: **Von Stufe zu Stufe.**

Neue Welt.

Arnold Scholz. *Hafenstraße 108/114.*
Dienstag, den 29. Oktober:
Ueber'n großen Teich.

Lebensbild mit Gesang und Tanz
von H. Philipp.
Besetzung der Plätze: I. Parterre 75 Pf.,
II. Parterre 60 Pf., Balkon 50 Pf.,
Entree 40 Pf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.

Holzmärkte 72. *Offe Alexanderstr.*
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Tägl. abends 8, Sonnt. 5 Uhr:
Das große Novitäten-Pro-
gramm und
March aufs Ständesamt.
Große Pause in 1 Akt.

„Clou“: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute! **Großes Doppel-Konzert.** Heute!
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Frz.
Musik. Kaiser - Franz - Regts. v. Blon, Komp.,
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Oberm. Becker.
An allen Wochentagen nachm. Anfang 8 Uhr.
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neukölln, Terrain Plügerstr. a. d. Pannier-

Der große amerikanische
Zirkus Barum
nebt großer Raubtier-Dressur-Schau.
amerikanischer
Erstklassiges Pferdmaterial. Erstklass. Kunstkapazitäten.
Raubtier-Massendressuren. Löwengruppen 20. Esbären-
gruppen 10. Wölfe, Hasen, Gans, Lama usw.
100 Tierbestand 100
Nur kurze Zeit!
Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Erste Vorstellung.
Tatsächlich und wahrheitsgemäß größter und vornehmster
europäischer und erstklassiger Zelt-Zirkus.
folgende Tage, abends 8 1/2 Uhr: **Vorstellungen.**
Sonntag, **2 große Vorstellungen.**
Nachm. 4 Uhr: Fremden- und Familien-Vorstellung.
Abends 8 Uhr: **Montre-Vorstellung.**

Die reichhaltige Raubtier-Schau und Marshall-Befichtigung
beginnt vorm. 10 Uhr. Fütterung 1 Uhr. Entree 10 Pf.
Preise der Plätze: Galerie 40 Pf., 3. Platz 60 Pf., 2. Platz
80 Pf., 1. Platz 1,20 M., Sperrsitze num.,
1,50 M., Logen 2 M., Kinder unter 12 Jahren zahlen auf allen
Plätzen die Hälfte, außer Logen und Sperrsitze. Sonntagabends
volle Preise. **Vorverkauf** Zirkuskasse nachmittags von 12-2 Uhr.
Zirkus ist geheizt. **Schlachtperde werden gekauft.**

Bierecabaret im Lichtprunksaale der Passage.

Jeden Abend 1/9 Uhr:
Hermann
Funke
Hansy Petra
Putai Cassani
Mizzi Dressl
Werner Goldmann
Otto Bellmann
20 Künstlerinnen u. Künstler.
Einheitspreis 1 M.

Restaurant Hackepeter

Hauptstraße 139 - **Schöneberg** - Hauptstraße 139
Eröffnet! 4542L

Urania

Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. B. Donath:
Von den musikalischen Instrumenten.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Dienstag, 29. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Zum 25. Male!
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsicht-
bare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
Das größte und schönste Aus-
stattungsstück der Gegenwart.

Apollo Theater

Nur noch 3 Tage! Ab 8 Uhr:
10 grandiose Novitäten!
Bernhard Mörbitz
als Ehepaar Pietsch
Am 1. November: **Feier des**
50-jährigen Bühnen-Jubiläums
Martin Bendix.
Vorverkauf 10-2 Uhr.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: **Chauffeur - ins Metropol!**
Große Adressrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von H. Freund,
Muller u. Rud. Wellen. **Tänze arrang.**
von Bill Bishop. In Szene gesetzt
vom Direktor H. Schütz.

Herrnsfeld Theater

8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität

Die Alpenbrüder.

10 Uhr:
Endlich allein!

Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 29. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Nur noch 3 Tage!
Houdini!
Ausbruch aus der jetzt ver-
schärften, durch 3 Zellen um-
schlossenen Fesselung unter
Wasser, sowie
Das Kriegsluftschiff d. Zukunft.
(Ingenieur H. Bohle.)
Zum **Unter Gorillas.**

Voigt-Theater.

Dienstag, den 29. Oktober 1912:
Gastspiel in der „Neuen Welt“.
Hafenstraße 108-114.
Ueber'n großen Teich.
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten
von H. Philipp.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater

Rehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neemann.
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. **Riefen, Lacherfolg** des
lustigen **Der Großfürst.**
Ständesamt.
Sonntag 4 Uhr: **Die fünf Männer!**

Folies Caprice.

Zum 59. Male
Die drei Schläger:
Der leuchtende Joseph.
Der Hebbod.
Der Gindreher.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Abends 8 Uhr:
Die Macht der Töne.
Sonntag-
nachm. 3 U.
Der Kom-
pagniebail

Nißles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
9415 C. NISLE.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlscheid. Heute Dienstag: Öffentliche Versammlung in Havelands Festhallen, früher Dräsel, Neue Friedrichstraße 85.

Heute Dienstag abend 7 1/2 Uhr:

Flugblattverbreitung

von Weichardt, Grünstr. 21 und Löwe, Holzgartenstr. 6. Wilmersdorf-Hafensee. Die Parteigenossen und Genossen werden erlucht, sich Mittwoch abend 7 Uhr an den bekannten Stellen zahlreich zur Flugblattverbreitung einzufinden.

Der Vorstand.

Steglich. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schellhase, Ahornstr. 15a. Tagesordnung: 1. Einführung der Hausflasterung. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Verschiedenes.

Lichtenberg. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Parteigenossen und Genossen, die Stadtverordnetenwahl steht vor der Tür, tue jeder seine Pflicht! Die Bezirksleitung.

Karlshorst. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant „Fürstenbad“ (Neb. Partel) Mitgliederversammlung. 1. Die Stellung der bürgerlichen Parteien und die Interessen der Arbeiterschaft in der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst. Referent Genosse Püschler. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten.

Neukölln-Ost. Ueber „Frauen und Männer im Kampfe gegen die Feudalisierung“ spricht die Genossin Juchacz in einer heute abend 8 Uhr im „Seebad“, Residenzstr. 49, stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung.

Neukölln-West. Donnerstag, den 31. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Eichbornhäuser“, Eichbornstr. 60, der dritte Vortrag des Genossen Laege: „Vom Arbeiter zum Menschen“ statt.

Teltow. Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wilhelm Bonow, Berliner Str. 16: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Demokratie und Terrorismus. Referent: Genosse M. Groger. Diskussion. Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Berliner Nachrichten.

Ersatzwahl im ersten Berliner Landtagswahlkreis.

Heute findet von früh 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr in der Viktoriabrauerei, Bülowstraße 111, die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Alb. Träger im ersten Berliner Landtagswahlkreis statt. Die Wahl erfolgt in einer nach Anfangs- und Endtermin festgesetzten Abstimmungsfrist — der sogenannten Fristwahl. Die Wahlhandlung wird pünktlich um 7 Uhr nachmittags geschlossen. Es ergeht deshalb an sämtliche Wahlmänner die Aufforderung, pünktlich zu erscheinen. Der Kandidat der Sozialdemokratie ist G u g o P o e y s c h.

Jolly aus Berlin W.

Zimmer sauber und nett, sorgsam gewaschen und gekämmt, kunstvoll geföhren und frisiert, gepust mit blauesidenem oder cojarotem Bändchen, mit dito Schleifen und einem winzigen, leich klingenden Glöcklein — so zeigt er sich in seiner ganzen kleinen zierlichen Herrlichkeit den Passanten der breiten prächtigen Stroßen von Berlin W. Die kleinen Füßchen trippeln schnell und grazios, um mit den „Großen“ Schritt halten zu können; hier und dort eine kleine Station, um ein dringendes Geschäft zu erledigen; von Zeit zu Zeit ein spitzig-unmelodisches Gebläse, um berechtigigte oder unberechtigigte Unzufriedenheit kundzutun. . . Wie sich's für vornehme, verzogene Geschöpfe schickt, ein bißchen launisch und störrisch; aber immer „lüh“ — wenigstens für die Herrin, die Jolluden am Bändchen führt. Es ist so ein zartes Geschöpfchen, man muß ihm schon etwas zugute halten. Und wenn der arme Jolly müde wird, dann muß wohl oder übel ein Auto helfen, und wenn Jolluchen hungrig wird — oder wenn auch nur der Verdacht auftaucht, der liebe kleine Kerl könnte hungrig werden —, dann ist es ja eine reine Pflicht der Menschlichkeit, die nächste Konditorei anzufuchen und für Jolly Milch und Pudding zu bestellen. Ach, und nachher mundet es ihm gar nicht einmal. Es ist doch nicht die gewohnte Kost, und Jolly ist nun einmal so ein „Gewohnheitstierchen“. Na, und freilich: so gut und seinem Gaumen angemessen wie zu Hause machen es ihm auch die fremden Menschen nicht. Am besten ist's schon daheim. Komm, armer, lieber, kleiner Jolly! Komm auf den Arm, wir rufen einen Wagen und eilen nach Hause — wo's unser Liebling ja so gut hat!

Ja, so gut!! Ein weiches warmes Lager und Decken und Spielzeug — und die Erlaubnis, auf die Sessel zu springen und Unfug zu treiben, wenn es ja auch „eigentlich“ verboten ist. Und die Anna oder der Friedrich oder alle beide müssen sich stets zu seiner Verfügung halten. . . Daß seine Toilette nur ja nicht vernachlässigt wird! Daß die Mahlzeiten regelmäßig und richtig gegeben werden! Daß er seine rechte Portion Ruhe und Schlummer und frische Luft kriegt! Frühmorgens ist er zunächst nach unten zu begleiten, damit er dort auf der Straße nach glücklich überstandener Nacht seine Notdurft verrichte. Wer frühmorgens etwa zwischen sieben und acht durch die Stroßen des Westens geht, der begegnet vor jeder zweiten Haustür so einem Jolly oder einer Nimi in Begleitung dienstbarer Geister. Ist die „Verrichtung“ vor sich gegangen, geht's wieder hinauf. Frühstück. Dann Bad und Friseur. Nun zu Frauen, guten Morgen sagen. Zweites Frühstück. . . Und so weiter, und so weiter.

In einer der eleganten Geschäftsstroßen der westlichen Stadt gibt es ein eigenes umfangreiches Geschäft: „Atelier für Hundartikel“, nennt es sich vornehm. Bunte Auslagen in den Schaufenstern empfehlen sich Jolly oder Nimi, beziehungsweise ihren verehrlichen Besitzern. Ach, lieber Leser, Du hast gar keinen Begriff, was alles so ein moderner Köter in Berlin W. nötig hat. Da siehst Du Krissen und Deckchen, Mäntelchen und Leibchen und Röschchen in duzendertelei Gestalt, Farbe, Didigkeit und Ausföhrung, auf daß Jolluchen es nur ja recht warm und mollig hat. Er kann eingekleidet werden ganz wie ein menschliches Wesen. Auch Mützen und Schuhen sind da. Wirklich, Schuhen in jeglicher Größe und Art: Rote, gelbe, schwarze, aus Glanz- und gewöhnlichem Leder, mit und ohne Besatz — immer für kleine, stumpfe Hundepfötchen berechnet. Natürlich ist auch für allerlei Bierat gesorgt. Halsbänder und Leibgurte in allen Farben und mit allem Raffinement gearbeitet. Dann die große Menge der „Bedarfsartikel“: Koller, Röpfe, Schüsseln,

eigens für ledrige Hundeschmähchen geformt, für Schönheitsempfindliche Köterauglein geziert. Bürsten, Kämmen, Schwämme und Reinigungsartikel, deren Namen und Verusich nicht erst zu nennen weiß. Endlich — last, not least — auch kunstvolles Spielzeug für langweilige Stunden, wenn's etwa draußen regnet oder Madame noch schläft oder in Gesellschaft ist oder sonst keine Lust zeigt, sich mit dem „Liebling“ abzugeben: Da gibt's Bälle und kugelhähnliche Gebilde aus Holz und anderem Stoff, nachgemachte Mäuselein, die beim Spielen weiterrollen, und dies noch und das — lauter Dinge, die so einem kleinen Jolly über den Jammer des Lebens hinweghelfen können. Ja, ja, alles, was Jolly braucht, das findet er hier, und vielleicht sogar noch einiges mehr. . . aber freilich, Jolly ist verwöhnt, und seine Bedürfnisse lassen sich schwer abgrenzen.

Dafür wohnt er ja auch in Berlin W., Vorderhaus, mit Licht, Zentralheizung und Warmwasserbereisung; ist einer von den „vornehmen Hund“, für die dort im Westen von Zeit zu Zeit die Firma Spratt an den Anschlagstulen in künstlerisch ausgeföhrten Plakaten ihre ganz besonderen „Hundefuchen“ anbietet. Ja, ein „vornehmer“ Hund! Der mit Berachtung herablickt (oder richtiger schon: hinaufblickt) kann zu all den schmutzigen, hungrigen, lungenenden Gestalten, die da im Osten und Norden und wer weiß wo sonst noch auf zw ei Beinen herumstolzieren. Ja — was die sich am Ende einbilden — darauf, daß sie Menschen sind und Verstand haben und auf zwei Beinen gehen und zwei Arme freibehalten zu tatkräftigem, Werte zengendem Schaffen. . . Als ob es darauf ankäme und nicht auf ganz etwas anderes, um etwas „darzustellen“ und ein angenehmes, „vornehmes“ Leben führen zu können! Geld haben, aus kapitalkräftiger Familie stammen, das macht es. Ob dann auf zwei oder vier Beinen, mit Menschen- oder Hundeverstand, das steht dann alles erst in zweiter oder dritter Linie. Dafür leben wir doch in unserem gezeichneten kapitalistischen Zeitalter!

Die Unterrichtserfolge der Berliner Gemeindefschule

haben im Schuljahr 1911/12 sich weiter gebessert. Dem Jahresbericht der Schuldeputation, den der Magistrat jetzt veröffentlicht hat, entnehmen wir, daß die Zahl der bis in die erste Klasse gelangten Kinder wieder gestiegen ist.

Zu Michaels und Nötern des Schuljahres 1911/12 wurden nach Erfüllung der Schulpflicht 25 123 Kinder entlassen, davon aus Klasse I 12 366, aus Klasse II 6910, aus Klasse III 3662, aus Klasse IV 1356, aus Klasse V 365, aus den Klassen VI—VIII 56, aus den Nebenklassen 408. Von je 1000 nach Erfüllung der Schulpflicht entlassenen Kindern gingen diesmal ab aus Klasse I 492, aus Klasse II 275, aus Klasse III 146, aus Klasse IV 54, aus Klasse V 15, aus den Klassen VI—VIII 2, aus den Nebenklassen 16, während im vorhergehenden Schuljahr die entsprechenden Ziffern 485, 277, 146, 60, 15, 2, 15 pro 1000 waren. Die Anteilziffer der Klasse I hatte fünf Jahre vorher, im Schuljahr 1906/07, sich erst auf 404 pro 1000 gestellt, im Schuljahr 1911/12 aber war sie, wie oben angegeben, bereits 492 pro 1000.

Der Schuldeputationsbericht hebt wieder, wie in den Vorjahren, auch die Anteilziffer der ganzen Oberstufe hervor, die aus den Klassen I—III besteht. Von den nach Erfüllung der Schulpflicht entlassenen Kindern gingen von der Oberstufe ab im letzten Schuljahr 22 988 (= 12 366 + 6910 + 3662) Kinder, das sind 913 pro 1000, gegenüber 908 pro 1000 im vorletzten Schuljahr und nur 880 pro 1000 vor fünf Jahren. Nimmt man dazu noch die leider schon vor Erfüllung der Schulpflicht vom weiteren Schulbesuch dispensierten Kinder, die ja sämtlich wenigstens die Oberstufe schon erreicht haben mußten, so ergeben sich für das letzte Schuljahr im ganzen 24 897 von der Oberstufe entlassene Kinder (einschließlich die 1959 dispensierten). Von den überhaupt aus der Schulpflicht entlassenen Kindern hatten hiernach die Oberstufe erreicht im letzten Schuljahr 919 pro 1000, gegenüber 915 pro 1000 im vorletzten Schuljahr und nur 888 pro 1000 vor fünf Jahren.

Zum ersten Male gibt die Schuldeputation in ihrem Jahresbericht auch an, wie viele von den aus Klasse I abgegangenen Kindern diese Klasse noch ein volles Jahr besucht hatten. Es waren 8912 von überhaupt 12 366 aus Klasse I abgegangenen Kindern, also weit über zwei Drittel von ihnen. Die 8912 Kinder, die hiernach die Achtklassenstufe vollständig durchgemacht hatten, waren über ein Drittel aller nach Erfüllung der Schulpflicht entlassenen Kinder, 355 pro 1000.

Man muß wünschen und darf hoffen, daß die Ergebnisse sich noch weiter bessern werden. Aber schon nach dem, was bisher erreicht worden ist, kann man nur sagen, daß die achtklassige Gemeindefschule Berlins sich bewährt hat.

Auf das gesetzliche Vogelfangverbot weisen in ministeriellem Auftrage die Kreisverwaltungen in öffentlichen Belmontmadungen hin. Da in den Monaten Oktober und November die Vogelfänger stets die größte Ausbeute haben, so werden die Gemeinde- und Polizeiverwaltungen erlucht, auch nach dieser Richtung hin dem Vogelstich mehr wie bisher ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. In den Belmontmadungen wird gesagt, daß verboten ist — auch auf Grundstücken — der Fang oder das Töten von Amsel, Dachtel, Baumläufer, Blauebläse, Bussard, Dompfaff, Drossel, Gule (mit Ausnahme des Uhu), Hinz, Fliegenfänger, Goldschnecke, Grasmäde, Hänfling, Kleiber, Kuckuck, Laubvogel, Lerche, Mandelkrähe, Meise, Nachtigall, Pieper, Vireo, Rohrläufer, Rotkehlchen, Rotchwanz, Schwalbe, Specht, Star, Steinschmäger, Stieglitz, Storch, Turmfalke, Wendehals, Wiedehopf, Weidenfänger, Zaunlönig, Zeißig, Ziegenmelker (Lachstel), Verboden ist ferner das Zerlören der Nester, mit Ausnahme derer an eigenen Gebäuden, das Ausnehmen oder Zerlören von Eiern oder das Ausnehmen von Jungen dieser Vögel. Dasselbe gilt von allen Vorbereitungen zum Fangen derselben, insbesondere von dem Anstellen von Netzen, Schlingen, Dohnen, Spreulohn, Käfigen und Verkruten, sowie von dem Festhalten solcher gefangenen oder getötenen Vögel.

Neue Straßenbahnverbindung mit Herzberge. Eine neue Straßenbahnverbindung mit Nötenberg richtet die Große Berliner Straßenbahn am Sonnabend, den 2. November, ein. Sie kommt dadurch zustande, daß die Linie 64 im Osten bis zur Irenenanstalt Herzberge vom Ringbahnhof Landsberger Allee verlängert wird. Die Linien 64 und 104 ergänzen sich zwischen der Landsberger Allee und dem Luisenplatz in Charlottenburg zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten. Die Linie wird in Gemeinschaft mit der Charlottenburger und der Westfälischen Vorortbahn betrieben. Eine Fahrt über die Strecke aller drei Gesellschaften kostet 20 Pf. Zeitstunden zu 15 Pf. werden Herzberge—Anie und Landsberger Allee—Straßenbahnhof Charlottenburg, Zeitstunden zu 10 Pf. Irenenanstalt—Nötenbergplatz, Lands-

berger Allee—Zoologischer Garten, Alexanderplatz—Anie, Spittelmarkt—Luisenplatz und Jerusalem Kirche—Straßenbahnhof Charlottenburg. Die Fahrzeit beträgt Werktags 87 Minuten, Sonntags 84 Minuten.

Stadtrat Kamslau ist am Sonntag nach längeren Leiden gestorben. Er hat gleich dem Oberbürgermeister Kirchner seinen Ruhestand nur kurze Zeit genießen können und das auch nur als kranker Mann. Kamslau war ein fleißiger Arbeiter und wendete viel Mühe als Dezernent der Gaswerke auf.

Der Attentäter Minow nicht geisteskrank! Uns wird geschrieben: Es hat in der Öffentlichkeit starkes Bestreben erzeugt, daß der Buchdrucker Paul Minow, der vor einigen Tagen den Knautüberfall in der Frankfurterstraße beging, zu Pfingsten 1912 aus der städtischen Irenenanstalt nach Hause entlassen werden solle, weil er wegen der bekannten Messerstechereien auf Kinder im Berliner Norden jahrelang interniert war, entlassen worden ist. Dieser Entlassung liegt die Tatsache zugrunde, daß Minow, dem die von ihm stets bestrittenen Messerstechereien niemals einwandfrei nachgewiesen werden konnten, schon vor zwei Jahren nach langer sorgfältigster Beobachtung durch den Gerichtsarzt Dr. Strauch für geistig gesund erklärt wurde. Trotz dieses Gutachtens widerstanden Polizei und Staatsanwaltschaft lange Zeit der Entlassung, weil beide Antzstellen sich der hohen Verantwortlichkeit für den Schuß der Öffentlichkeit bei dem vorliegenden starken Verdacht hinsichtlich der Messerattentate nur zu wohl bewußt waren. Minow, der im Irenenbau entmündigt worden ist, machte dann Versuche, mit Hilfe des Bundes für Irenenrechtsreform seine Entlassung zu erreichen, wurde aber auch hier rundweg abgewiesen. Da sein für gesund erachteter Geisteszustand sich in der Folgezeit nicht änderte, konnte seine weitere Festhaltung im Irenenbau nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen schließlich nicht mehr begründet werden. Es ist dem Minow aber sowohl bei seiner Entlassung als schon vor zwei Jahren durch den Oberstaatsanwalt eröffnet worden, daß er auf Grund des gerichtsarztlichen Gutachtens bei der etwaigen Begehung weiterer strafbarer Handlungen auf Verurteilung nach dem Strafgesetzbuch rechnen habe. Ebenso sei die Wiederaufnahme des Strafverfahrens wegen der Messerstechereien notwendig, wenn sich später Beweise für Minows Täterschaft ergeben sollten. Demnach kommt der Verbrecher nicht nach dem Irenenbau zurück, sondern er wird jetzt, wie feinerzeit vor dem auch jahrelang in Irenenhäusern internierte Einbrecherkönig Kirck, der dem Strafgericht gestellt und jedenfalls für recht lange Zeit unschädlich gemacht.

Das Kuratorium des städtischen Obdachloshaus hatte gestern abends eine Sitzung, der auch der Oberbürgermeister wegen einer Eingabe der hiesigen Bezirksvereine des Nordostens, die Dezentralisation des Obdachloshaus betreffend, beizuwohnte. Das Kuratorium erklärte sich einstimmig gegen die Dezentralisation des Obdachloshaus. Von sozialdemokratischer Seite wurde eine Abgrenzung des Obdachloshaus durch Massierung der Fröbel-, Diestertweg-, Soebadie- und Windstraße vorgeschlagen. Daburch würde die Möglichkeit geschaffen, alle Obdachloshaus gleich von den Verkehrsstroßen (Weißwaller Straße und Prenzlauer Allee) in das Obdachloshaus aufzunehmen. Die Frage soll der den Umbau des Obdachloshaus bearbeitenden Baukommission überwiefen werden. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Frage der Heranziehung der Vororte zu den Hofen des Obdachloshaus von neuem in Erwägung zu ziehen und geeignete Schritte zu unternehmen. Von sozialdemokratischer Seite wurde verlangt, von der Staatsregierung zu fordern, daß sie das Niederbrenndengesetz auch auf die Obdachloshausfrage ausdehne, da anders diese Frage nicht gelöst werden könne und es höchst unrecht sei, der Stadt Berlin dauernd die ungeheuren Kosten der den Vororten und vielen anderen Orten Preußens zusammenzubringen Obdachloshausversorgung aufzubahlen. Der Antrag wurde ebenfalls dem Magistrat überwiefen. Für das Arbeitshaus wurde ein dritter Assistentenarzt und ein vierter Oberpfleger gewählt. Eine Umlegung von sozialdemokratischer Seite, den Dunkelarrest der der Direktor des Arbeitshauses bis zur Dauer von vier Wochen über Händlinge verhängen kann, einer Revision zu unterziehen, wurde verlag.

Der Messerstecher von Rauen gefändigt.

Wie wir mitteilten, wurde in Gütersloh in Westfalen der 21 Jahre alte Bäckergehilfe Kettelstroß unter dem Verdacht verhaftet, die aufsehenerregenden Messerfälle unter der Kaufmannsfrau Luise Wöh aus Rauen und Frau Direktor Karstadt aus Selbelaug und deren Tochter in dem Rauen Vorortzug verübt zu haben, festgenommen. Der Verdacht gegen ihn verstärkte sich so, daß der Verhaftete auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei nach Berlin gebracht wurde. Der Verdacht gegen K. verstärkte sich von Tag zu Tag, obwohl immer noch Zweifel an der Täterschaft bestehen blieben. Diese sind jetzt durch ein Geständnis Kettelstroß behoben worden. Während der junge Mensch im Untersuchungsgefängnis lag und auch dem Untersuchungsrichter gegenüber beim Zeugen blieb, wurde ermittelt, daß er auch auf ein Dienstmädchen einen ähnlichen Angriff verübt hatte. Unter dem Druck der Belastung gab Kettelstroß den Lieberfall zuerst zu. Dann räumte er endlich vor dem Untersuchungsrichter auch die Messerangriffe in dem Rauen Vorortzug ein.

Tot aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht der Schuhmachermeister Benz aus der Fehrbelliner Str. 50 mit seinem drei Jahre alten Söhnchen. Es wurde Gasvergiftung festgestellt und es wird angenommen, daß B. mit Vorbedacht die Gasöhne geöffnet hat, um freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Ein Ueberfall im Friedrichshain wurde am Sonntagabend verübt. Zwei junge Burken stellten eine 27 Jahre alte Frau Emma A. mit dem Revolver und forderten die Herausgabe der Handtasche. Frau A. rief um Hilfe und die Burken, die die Flucht ergriffen, wurden eingeholt und festgenommen. Es sind zwei 14 und 17 Jahre alte Arbeitsburken A. aus der Landsberger Allee.

Die Taschendiebe haben, wie immer nach Beginn der Theaterzeit, wieder gute Gelegenheiten und nutzen sie auch fleißig aus. Auch am Sonntagabend „arbeiten“ sie an zwei Stellen mit Erfolg. In einem Theater knipften sie einem Kommerzialrat aus Schlachtensee die schwere goldene Uhr mit Kette ab. Die Uhr trägt das Monogramm A. A. Noch mehr Glück hatten sie in einem anderen Theater. Hier stahlen sie einer Dame die Handtasche mit Inhalt und einem Herrn aus der Gesellschaft die Portemonnaie, das ebenfalls reich gespickt war. Die Langfinger haben es um so leichter, je feiner sie auftreten. Man kann sie selbst von den vornehmsten Theaterbesuchern gar nicht unterscheiden und sie legen auch gern gutes Geld für einen hervorragenden Platz an, weil sie ziemlich sicher sein können, daß sie das Opfer leicht mehrfach wieder hereinbringen. Denn die Zustände in den Kleiderlagern unserer Theater sind ganz geeignet, ihr Treiben zu unterstützen. Sie machen auch alle Vorkehrungen der Kriminalpolizei anerkennend, mag diese auch noch so viele Beamte in die Theater schicken. Wenn die Theaterbesucher nicht selbst auf sich und ihre Sachen scharf aufpassen, so werden die Diebe nach wie vor ihre „Geschäfte“ machen.

Der Rirkus Sarrafani auf der Magistralhälfte des Egererplatzes an der Schönhauser Allee wird jetzt endlich beseitigt, nachdem der Holzbau fast ein Jahr leer stand und die Gegend verunzierte. Der Abbruch erfolgt auf polizeiliches Verlangen, da seitens der Stadt mit Sarrafani nur ein kurzfristiger, nicht erneuerter Pachtvertrag geschlossen war. Auch der Drohhahn, der einen erheblichen Teil der Magistralhälfte der öffentlichen Benutzung für Spielzwecke entzogen hat, wird gleich nach dem Abbruch des Holzbaus beseitigt.

Verhöhnung des „Männerchor Ost“. Wenn nachher der „Ball“ nicht wäre — bloß um seine Willen nehmen viele die dargebotenen Musikgenüsse in Kauf. Demgemäß ist auch die Haltung während des Konzerts: — Die Stimmung ist nicht so schön, wie es denn wirklich so schön, während der Dauer der Vorträge andächtig, ohne zu essen und zu trinken, auf seinem Platze sitzen zu bleiben? Dafür durch Ordnung zu sorgen, sollten sich die konzertierenden Gesangsvereine ernstlich angelegen sein lassen. Insbesondere sollten sie sich das Servieren verbitten. Sieht man von jenen Unbehörden ab, die den keinen Musikgenuss empfindlich genug beeinträchtigen, so soll den Konzertegebern für ihr Streben nach Vollkommenheit um so williger Anerkennung gezollt sein. Nicht, als ob man mit der Auffassung des Dirigenten, Herrn E. Thilo, einverstanden wäre — ganz im Gegenteil! Hegars „Alpenchor“ erinnern wir uns schon mehrfach hinreichend vortragen gehört zu haben; und auch „Lied Joseph“ von Ullmann können wir uns padender gestaltet vorstellen. Was der „Männerchor Ost“ aber wirklich zu leisten vermag, wurde mit dem Vortrag von „Waldweber“, einem sehr fein gehaltenen Chorlied von Carl G. W. G. dem Freunde Friedrich Nießbach, des Paraphrasten, überzeugend dargelegt. — Immer wird man sich jedoch der Mitwirkung des Kammerchors Kalweit von Herzen freuen, der durch feingebundenen Vortrag einiger Lieder von Schubert, Schumann und Brahms, namentlich eines feuerstrebenden spanischen Volksliedes erst die echte Konzertstimmung erweckte, die sich in tosende Begeisterung zu ergießen pflegte. Das Nordische Trio: Frau Thörnberg (Klavier), Konzertmeister J. Thörnberg (Violine) und Wache (Cello) gab ein Trio von Saint-Saëns und Franz Liszt's Meister Karneval. Als Virtuose erster Ordnung erwies sich Herr Konzertmeister Thörnberg mit Sarasates heidenmählig schwerer Fantasie aus „Carmen“. Seine bravouröse Leistung erfuhr zwar von seiten der Beileiterin einige Unstimmigkeiten, die jedoch wieder ausgeglichen wurden.

Freireligiöse Gemeinde. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Sophienhallen, Sophienstr. 18, ein Richard-Wagner-Abend statt. An einem einleitenden Vortrag von Dr. Max Nre wird uns Richard Wagner als Schöpfer der modernen Musik und sein schließliches Ende als Reaktionär vorgeführt werden. Im Anschluß und zur Ergänzung des Vortrages wird auf dem Harmonium und Flügel aus den Werken Richard Wagners verschiedenes zum Vortrag gelangen und die Konzertfängerin Frau Himmel-Rancke einige Piecen singen. Billets mit Programm 30 Pf. sind bei A. Hoffmann, Blumenstr. 22, Harndt, Palisade 15—17 und an der Kasse zu haben.

Seugen gesucht. Am 3. August d. J., nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, kam es zwischen einem Passagier und den Beamten an der Bahnstrecke Stralau-Nummelsburg zu einem Streit wegen der Fahrkarte. Diejenigen, welche sich des Vorfalls noch erinnern können, werden gebeten, ihre Adresse an Herrn W. Schulz, Lichtenberg, Pfarrstr. 65, einzufenden.

Der Pharusplan Groß-Berlin im Maßstab 1:23 000 ist soeben in Neuauflage erschienen. Der Plan umfaßt das Gebiet im Norden bis Rosenthal, im Osten Biesdorf, im Süden Marienfelde, im Westen Spandau und Staaten und stellt dieses in der bekannten übersichtlichen Darstellung der Pharuspläne dar. Ein ausführliches Straßenverzeichnis Berlins und der auf dem Plan bezeichneten Vororte, sowie ausgedehnte Angaben über die Verkehrsmittel, Straßenbahn, Omnibus und Hochbahn sind als Text dem Plan beigegeben. Das Format des Pharusplanes ist circa 125:90 Zentimeter. Der große Maßstab erleichtert die Orientierung und macht den Plan besonders für Bureau, sowie für jeden Geschäftsmann vorzüglich geeignet. Der Plan ist in sämtlichen Buch- und Papierhandlungen, sowie im Pharusverlag, Lindenstr. 3, für 3 M. erhältlich. Für die Bau-Klassen Groß-Berlins und Umgebung ist im Pharusverlag, bearbeitet vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, bekanntlich ein besonderer Baupolizeiplan erschienen, der zum Preise von 10 M. erhältlich ist.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung hat die Stadtverordneten schon wiederholt beschäftigt. Ein vom Magistrat im Mai d. J. vorgelegter Entwurf, der auf dem sogenannten Center System, d. h. der Förderung der durch Berufsvereinigungen geschaffenen Arbeitslosenversicherung und einer städtischen Versicherungskasse beruht, hat die Zustimmung der Stadtverordneten nicht gefunden. Der Magistrat legt nun zur Gründung einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse einen neuen Entwurf vor, nach welchem die Sparten nicht berücksichtigt werden und Berufsvereinigungen, die ihren Mitgliedern auf Grund der Beitragszahlung jagungsgemäß Tagegeld von mindestens 75 Pf. täglich im Falle der Arbeitslosigkeit gewähren, bei der städtischen Kasse eine Zusatzversicherung gegen Zahlung von wöchentlich 10 Pf. für jedes Mitglied nehmen können. Im übrigen beträgt der wöchentliche Beitrag 25 Pf. Jeder Versicherte, der der Kasse seit 6 Monaten angehört und mindestens 26 Beiträge gezahlt hat, erhält bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit für jeden Werktag ein Tagegeld von 1,50 M., während bei den Zusatzversicherungen der Berufsvereinigungen das Tagegeld 75 Pf. betragen soll. Zur Leistung der durch diese Einrichtung entstehenden Mehrarbeit wird eine neue Beamtenstelle beim Arbeitsnachweise beantragt.

Wilmerdorf-Halensee.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Die schon früher bekanntgegeben worden ist, finden mit Ausnahme des ersten Wahlbezirks, der den westlichen Teil von Halensee darstellt, in sämtlichen Wahlbezirken dritter Abteilung am 8. November Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt.

Unsere Parteigenossen haben zu den Wahlen folgende Kandidaten aufgestellt:

- Im zweiten Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Gmerel, Johann-Georgstr. 18, Halensee, zur Ergänzung den Gastkontrolleur Kurt Luderemann;
- Im dritten Wahlbezirk, Wahllokal Restaur. Kröfel, Konstanzer Straße 58, zur Ergänzung den Hausbesitzer August Gahn;
- Im vierten Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Wedell, Uhlandstraße 138, zur Ergänzung den Zigarrenhändler F. Pieper und den Hausbesitzer August Gahn;
- Im fünften Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Jörß, Kaiser-Allee 211, zur Vermehrung den Maurer Otto Poggensee;
- Im sechsten Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Sella, Brandenburgerstraße 69, zur Vermehrung den Hausbesitzer August Gahn;
- Im siebenten Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Pafel, Wilhelmstraße 112, zur Vermehrung den Schriftsteller Dr. Rud. Breitsheld;
- Im achten Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Passow, Berliner Straße 8, den Stullateur Otto Gladigow;
- Im neunten Wahlbezirk, Wahllokal Restaurant Groß, Kaiserplatz 14, und Restaurant Sieg, Weidenburgerstraße 14, zur Ergänzung den Einseger R. Becker und den Hausbesitzer August Gahn.

Das Zentralwahlbüro der sozialdemokratischen Partei befindet sich im Restaurant Schilling, Lauenburger Straße 20. Die Wahlzeit ist vom Magistrat ziemlich günstig angesetzt. Es ist das alte Mal, daß auch in Wilmerdorf in einem Sonntag gewählt wird: die Wahlhandlung dauert von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends. Mit Ausnahme des neunten Bezirks, wo ein Teil der Beamten usw. an dem Verhalten des bisherigen Stadtverordneten Kaufmann Fischer berechtigten Anstoß nimmt, stehen die Bürgerlichen überall der Sozialdemokratie geschlossen gegenüber. Fortschrittler, Nationalliberale, Zentrumslente und

Konservative marschieren aller früheren Gegnerschaft zum Trost Arm in Arm, um ein weiteres Vordringen der Sozialdemokratie zu verhindern. Es wäre dank dem Rückzug, das das Verhalten der „großen Fraktion“ vielfach auch in bürgerlichen Kreisen erweckt hat, den Fortschrittlern bei einem entzündeten Vorgehen ohne Zweifel möglich gewesen, in der 1. und 2. Abteilung durch eigene Kraft ansehnliche Erfolge zu erringen. Aber es fehlte den Herren an Mut, und so machten sie sich von der Gnade der Konservativen abhängig, die ihnen denn auch unter Pöngeln und Wärgen ein paar Mandate hingeworfen haben. Daß es unter diesen Umständen in den Reihen der Sozialdemokraten eifriger Arbeit bedarf, wenn auf dem ungenügenden Wilmerdorfer Boden neue Siege errungen werden sollen, leuchtet ein. Nur dann können wir am nächsten Sonntag auf Gewinn rechnen, wenn ausnahmslos alle Mitglieder der Wahlvereine sich in diesen Tagen an der Agitationsarbeit beteiligen, und wir erwarten, daß niemand bei dieser wichtigen Aufgabe versagen wird.

Neukölln.

Ein unaufgelärter Todesfall beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Der Kammermüller Max Reinde aus der Bergstr. 58 wurde gestern früh um 6 1/2 Uhr auf dem Treppenhof des Hauses tot aufgefunden. Ein Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen. Die Leiche wurde deshalb beschlagnahmt. Wahrscheinlich ist der 34 Jahre alte Mann einem Herzschlag erlegen. Der Todesfall bedarf aber auch deshalb noch der weiteren Aufklärung, weil das Portemonnaie Reindes, das etwa 150 M. enthalten haben muß, bei der Leiche nicht gefunden wurde. Man nimmt an, daß die Leiche beraubt worden ist. Die Kriminalpolizei hat bisher den Aufenthalt Reindes bis 1 1/2 Uhr nachts festgestellt. Von da an muß noch weiter nachgefragt werden. Wer den Mann seit der Zeit noch gesehen hat, wird ersucht, sich bei der Neuköllner Kriminalpolizei zu melden.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenwahlen. Für die am 17. November vorzunehmenden Wahlen der III. Abteilung sind 22 Bezirke vorgesehen, die je einen Stadtverordneten zu wählen haben. Im 2., 7., 9., 11., 13., 14., 15., 16., 18., 19. und 20. Bezirk müssen die gewählten Hausbesitzer sein. Die II. Abteilung wählt in 8 Bezirken, und zwar am 18. November. Im 5. und 6. Bezirk sind je zwei, in den übrigen 6 Bezirken je 3 Stadtverordnete zu wählen. Unter diesen müssen im 1., 7. und 8. Bezirk je zwei Hausbesitzer gewählt werden. Aus den anderen 5 Bezirken ist je 1 Hausbesitzer zu entsenden. Die Erstwähligen wählen am 20. November in einem Bezirk 23 Stadtverordnete, darunter 11 Hausbesitzer. Der Magistrat hatte bei der Einteilung insofern eine sehr glückliche Hand, als er die Bezirke so zurechtänderte, daß in jedem relativ möglichst viele Beamte und solche Wähler wohnen, auf die man hoffen darf — wegen der öffentlichen Wahl — Gewissenszwang ausüben zu können. Da auch noch der bekannte Wahlrechtsraub hinzukommt, sind unsere Gegner guter Hoffnung. Wir müssen dafür sorgen, daß trotzdem und alledem aus der reaktionären Mauer diverse Steine ausgebrochen werden. Verschiedene Mandate der II. Abteilung werden unserem Ansturm, wenn er mit der nötigen Wucht einsetzt, nicht standhalten können.

Treptow-Baumschulweg.

Ein bedeutendes Schadenfeuer brach am Sonnabend in später Abendstunde im Ortsteil Baumschulweg aus. Um 10 1/2 Uhr wurde die dortige Feuerwehr nach der Scheiblerstraße gerufen, aus der bei ihrem zehn Minuten später erfolgtem Eintreffen bereits viele Rauchwolken herabdrangen. Im Hause Nr. 26 brannte der Dachstuhl lichterloh. Die alsbald herangeholte mechanische Drehleiter wurde bis zur Höhe des Dachstuhls aufgeschraubt. Von hier aus konnte der Wasserstrahl in die Flammen gerichtet werden, während eine zweite im Treppenhause hochgelegte Schlauchleitung der Ausbreitung des Feuers im Innern entgegentrat. Gegen Mitternacht war das Schadenfeuer in der Hauptsache abgloscht. Die Aufräumarbeiten zogen sich jedoch noch lange hin. Außer dem vollständig abgebrannten halben Dachstuhl hat vor allem das oberste (dritte) Stockwerk unter den Wasserstrahlen gelitten. Die Bewohner des Hauses, die bei Ausbruch des Brandes bereits im tiefen Schlaf lagen, sind, vom materiellen Schaden abgesehen, mit dem Schrecken davon gekommen. Unter dem Einfluß des steigenden Rauches haben allerdings einige Feuerwehrlente gelitten, die sich aber bald erholten. Ueber die Ursachen des Brandes ist noch nichts bekannt geworden.

Das weithin leuchtende Flammenmeer hatte auch die Wehren von Nieder-Schöneweide und Karlsdorf herangeholt, die aber nicht mehr in Aktion zu treten brauchten. Anerkennenswert ist das schnelle Eingreifen unserer freiwilligen Feuerwehr, wie sich andernteils auch das Vorhandensein der großen Drehleiter als vorteilhaft erwies. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß alsbald auch der Berliner Ortsteil mit einer solchen ausgerüstet werden soll.

Tempelhof.

Zum Fleischverkauf. In dem für den Seefischverkauf eingerichteten Laden in der Ringbahnstr. 60, Dienstag und Donnerstag von 8—12 Uhr, hat nunmehr die Gemeinde auch einen Fleischverkauf eröffnet. Dieser soll voraussichtlich jeden Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend erfolgen. Bereits an den ersten Verkaufstagen war der Andrang so enorm, daß der Verkauf zeitweise bei geschlossener Ladenüre erfolgte. Durch große rote Plakate aufmerksam gemacht, gedachten auch am Sonnabend viele Frauen dort ihr Fleisch einzukaufen, zumal sie an den früheren Tagen kein Fleisch erhalten konnten. Der Andrang in der frühesten Morgenstunde war aber auch diesmal so groß, daß der Laden bereits vor der öffentlich bekannt gegebenen Zeit eröffnet wurde. Zu der um 8 Uhr angelegten Öffnungszeit war nur noch wenig Suppenfleisch vorhanden und auch dieses war in kurzer Zeit verkauft. Hunderte von Frauen, die den weiten Weg nicht scheuten, mußten wieder umkehren. Bemängelt wurden von den Frauen auch die völlig unzureichenden Vorrichtungen, die einen geregelten Verkauf des Fleisches nicht gewährleisten. Auch wurde bemerkt, daß selbst Herrschaften ihre Dienstmädchen nach Fleisch schicken und so der ärmeren Bevölkerung das Fleisch weglaufen, für die es eigentlich bestimmt sein sollte. Zu wünschen wäre, wenn in Zukunft bessere Regelung des Verkaufs erfolgen und auch im südlichen Teile der Gemeinde ein dergleichen Laden eingerichtet würde.

Ober-Schöneweide.

Die Entwicklung des Volksschulwesens in der Gemeinde nimmt einen ungemein raschen Fortgang, so daß in jedem Jahre circa acht neue Klassen zu schaffen sind. Jetzt werden 2231 Knaben und 2118 Mädchen, insgesamt 4349 Kinder unterrichtet; davon entfallen auf die katholische Schule 582 und auf die Hiltsschule 40 Kinder. Die Gemeinde muß jetzt zum Bau der fünften Schule schreiten und hat in diesem Jahre an lausenden Schulausgaben die Summe von 423 600 M. aufzuwenden.

Der Seefischverkauf der Gemeinde findet an jedem Dienstag und Donnerstag von 8 1/2 Uhr vormittags ab durch die Ränderwarenhandlungen Semel, Siemendstr. 15, und Schmidt, Wilhelmshofstr. 45, zu den von der Gemeinde festgesetzten Preisen statt.

Der Verkauf frischen Rind- und Schweinefleisches soll demnächst beginnen; die Schlächterinnung hat sich bereit erklärt, in einem von der Gemeinde bereitgestellten Laden an drei Tagen der Woche den Verkauf gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen; die Preise werden von der Gemeinde festgesetzt, so daß die Schlächterinnung lediglich die Verteilung vorzunehmen hat. Das Fleisch soll in Mengen von 1—2 Pfd. abgegeben werden bei einem Wochenquantum von 30 Zentnern.

Unsererzeit verantw.: Th. Blodt, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Beeskow.

Zum ersten Male nach den Reichstagswahlen hatten unsere Genossen am vorigen Sonntag bei Beeskow und Umgebung eine Versammlung nach unserem Versammlungsplan einberufen. Trotz des recht schlechten Wetters waren Frauen und Männer zahlreich erschienen, um dem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Jubeil über das Thema „Nach den Reichstagswahlen“ zuzuhören. Zunächst unterzog Genosse Jubeil das Verhalten der Polizei sowie der Stadtverwaltung Beeskows einer derben Kritik. In diesem schwärzesten Winkel unseres Wahlkreises stünde die Saalabtreibung in vollster Blüte. Als das Lokal, in welchem unsere Genossen bisher ihre Versprechungen abhielten, den Besitzer wechselte, sei dem neuen Inhaber von der Polizei befohlen worden, wenn das so weiterginge, die Verteilung der Konzession lange dauern könne. Die Wirkung dieser Drohung sei nicht ausgeblieben, denn bald sei auch dieses Lokal unseren Genossen entzogen worden. Auf diese Weise sei die Sozialdemokratie gezwungen, selbst bei schlechtestem Wetter die Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, ein Zustand, dem erst abgeholfen werde, wenn demnächst als Ersatz ein 3-Zimmer errichtet werde. Trotzdem müsse gesagt werden, daß die Behörden durch dieses Verhalten ein gutes Stück Agitationsarbeit für uns geleistet haben. Auch die Kreisblätter seien in der Belämpfung der Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe. Während bei irgendwelchen Anlässen die Kreispresse unsere Partei in der offensichtlichsten Weise verleumdete, hat dieselbe Presse die Reichstagsrede unseres Genossen Jubeil über die postalistischen Zustände der Stadt Beeskow ihren Lesern untergeschlagen. Deshalb verlas Genosse Jubeil das Protokoll jener Reichstagsitzung, aus welchem hervorgeht, daß, seitdem die Fürstentwälderbahn eröffnet sei, die Post statt um 7 Uhr morgens erst kurz vor Mittag einlaufe. Ein Mißstand, der gerade für die Geschäftswelt große Nachteile bringe. Die zu spät eintreffende Post komme für die Dispositionen des Tages nicht mehr voll in Betracht. Des heute sei keine Abhilfe geschaffen und bei der Verhandlung des Postrats werde der Postminister Rede und Antwort stehen müssen. Sodann geistelte der Referent die heutige miserable Wirtschaftspolitik, in deren Folge die notwendigen Lebensmittel künstlich eine unerwünschte Preishöhe erreicht hätten. Eine neue Gefahr für das deutsche Volk sei in Sicht, der Ausbruch eines allgemeinen Weltkrieges. Ganz Europa sei an den Ereignissen auf dem Balkan interessiert und Tausende von Menschen haben bereits ihr Leben eingebüßt. Als nun der zu Anfang der Versammlung einsetzende Regen immer bestiger wurde, schloß Genosse Jubeil seine Rede mit der Aufforderung an die Landtagswähler, bei den bevorstehenden Wahlen zum Dreiklassenparlament ihre Schuldigkeit zu tun. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde mit 10 Stimmen der Stadtv. Karl Ginge gewählt. Das alte Förstereigrundstück mit ca. 2 Morgen Land wird nun endgültig zum Preise von 4000 M. verkauft. Der Landrat fordert die Erbauung eines Feuerwehredeposits oder Gerätehauses. Es wird dies einstimmig abgelehnt, da zunächst noch wichtigere Bauten, wie Forsthaus, Armenhaus, Turnhalle vorzunehmen sind. Der Stadtv. Gaaße hat seine Zusage zur Wahl als Magistratsmitglied, nachdem der zur gleichen Zeit mitgewählte frühere Stadtverordnetenvorsteher Köppen schon in sein neues Amt eingeführt wurde, zurückgezogen. Die Renovation findet in der nächsten Sitzung statt. Gen. Richter frug dann an, ob der Magistrat schon Schritte zu dem einstimmig angenommenen Antrag auf Vinderung der Feuerung unternommen hat. Der Bürgermeister entgegnete, daß bisher noch nichts geschehen sei, im übrigen werde die Regierung ja wohl auch getan haben, was sie gut halte, und da wird eine Petition von Trebbin nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Gen. Richter bezweifelt, daß die getroffenen Maßnahmen der Regierung genügen, zum mindesten hätte der Magistrat auch seinen Teil zur Vinderung der Not beitragen müssen. Die Herren schwiegen sich hierauf aus und gingen zur Tagesordnung über. Die Not der ärmeren Bevölkerung regt die Speicher nicht auf. Zum Protokollführer wurde Stadtv. Siebels und zum stellvertretenden Schriftführer der Stadtv. Drachholz gewählt.

Weissenfe.

Der Obmann des Wahlausschusses der freien Vereinigung, an den die Helfer für die am Sonntag, den 8. November, stattfindende Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung ihre Adressen abzugeben haben, wohnt nicht, wie es in der Notiz in der Sonntagnummer irrtümlich heißt, Streufstraße, sondern V e h d e r s t r. 71 III.

Nieder-Schönhausen.

Unter starkem Zuspruch fand am Sonnabend der erste Verkauf von russischem Fleisch durch die Gemeinde statt. Obwohl der Verkauf erst um 5 Uhr nachmittags angelegt war, herrschte bereits eine Stunde vorher ein so starker Andrang, daß schon um 4 Uhr mit dem Verkauf begonnen werden mußte. Nach 8 Uhr war der ganze Vorrat, 7 1/2 Zentner Rindfleisch, ausverkauft; dabei hatte der größte Teil der Bevölkerung noch gar keine Kenntnis von dem Verkauf. Der nächste Verkauf wird wieder durch Plakate bekannt gemacht.

Vernau.

Zu der Stadtverordnetenversammlung wurde über die Veräußerung der Arbeiten und Lieferungen zur Erbauung eines Wohnhauses für den Oberarzt des Krankenhauses beraten. Durch ablehrende Entschlüsse gewirkt, hatten sich Magistrat und Stadtverordnete zum erstmaligen öffentlichen Ausschreiben verstanden. Beim ersten Los betreffend die Maurer- und Erdarbeiten, welche dem Unternehmer Schreiber in Franz-Buchholz zum Preise von 9330,50 M. übertragen wurden, hatte ein hiesiger Maurermeister Gruppe dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in einem langen Schreiben auseinanderzusetzen gesucht, daß es doch richtiger wäre, wenn die Arbeiten ihm, der zwar 9012,20 M. gefordert habe, aber doch Vernauer Steuerzahler wäre, übertragen würden. Dadurch würde auch den Vernauer steuerzahlenden Arbeitern Arbeitsgelegenheit gegeben. Genosse Jubeil trat dieser Ansicht und Annahme des betreffenden Briefschreibers entgegen, zugleich sprach er seine Verwunderung darüber aus, daß mit einem Male Vernauer Unternehmer ihr großes Herz für die hiesigen steuerzahlenden Arbeiter entbedeten. Er befragte demnach, dem Unternehmer Schreiber den Zuschlag zu erteilen, zumal Schreiber mehr Vernauer Maurer und Arbeiter beschäftige als die Vernauer Maurermeister alle zusammen. Die anderen Lose gingen glatt von statten, es erhielt Wadewitz den Zuschlag für Zimmerarbeiten zum Preise von 4061,87 M., Pafel für Dachdeckerarbeiten 1188,20 M., Wafelsch für Tischlerarbeiten 1032,50 M., Wahlenhaupt für Schlosserarbeiten 878,25 M., Schwemmel für Malerarbeiten 678,19 M., Angkl u. Co. für Zentralheizung 2040,05 M. Widam wurde der Magistratsvorlage, betreffend die Pensionsberechtigung der hiesigen Rastwächter, zugestimmt. Verschiedenen Änderungen am Bedarfsplan gab die Versammlung ihre Zustimmung bis auf die Regelung des Lohmühlenweges, welche zur nochmaligen Prüfung der Bedarfsplan-Deputation überwiesen wurde.

Reinickendorf.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern morgen in der Provinzstraße ereignet. Eine unbekante etwa 50 Jahre alte Frau aus den besseren Ständen hatte einen noch in der Fahrt begriffenen Motorwagen der Linie 35 verlassen wollen. Sie sprang in der verkehrten Richtung ab, kam zu Fall und schlug so festig mit dem Hinterkopf auf das Straßenpflaster auf, daß sie benimmungslos liegen blieb. Die Verunglückte wurde nach dem Wichow-Krankenhaus gebracht, wo die Ärzte einen schweren Schädelbruch bei ihr feststellten.

Tageblatt von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Charlottenburg. Mittwoch, den 30. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Wahl des zweiten Bürgermeisters auf 12 Jahre; Wahrgen gegen die Lebensmittelerzeugung und den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Drangenbergstraße. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW.